

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 26 vom 27. Juni 1980

14. Jahrgang

1 DM

Der 17. Juni wurde zum antifaschistischen Kampftag

Barrikaden stoppten Nazis

FRANKFURT. — Man hatte es sich so schön vorgestellt, als man den 17. Juni zum Nationalfeiertag erklärt hatte. Einen Kampftag des Revanchismus und Militarismus wollte man einrichten. Und ausgerechnet diese Domäne der ultrarechten Kriegstreiber wurde vorletzten Dienstag in einen Kampftag gegen Reaktion und Faschismus verwandelt. Diesmal hatten die Faschisten das Nachsehen. In Frankfurt war ihr „Deutschlandtreffen“ bereits verboten worden, im nordhessischen Philippsthal wurden die Nazis auseinandergejagt.

20 000 Menschen demonstrierten in Frankfurt für das Verbot aller faschistischen Organisationen. Daß der Frankfurter Oberbürgermeister in diesem Jahr den Nazis nicht gestattete, in der Mainmetropole ihr Unwesen zu treiben, ist ein großer Erfolg der im Anwachsen begriffenen Bewegung gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in unserem Land.

Doch die Faschisten gaben nicht auf. Im nordhessischen Grenzgebiet wollten sie den 17. Juni auf ihre Weise begehen. Das zuständige Verwaltungsgericht hatte ihnen kurz vorher ausdrücklich die Genehmigung erteilt. 3 000 Antifaschisten hatten sich ebenfalls eingefunden; wenn das Gericht den Nazis den Weg ebnet, müssen andere Maßnahmen ergriffen werden. Die Antifaschisten regelten Philippsburg vollständig ab. Kaum ein Nazi kam durch.



20 000 demonstrierten in Frankfurt.

Als die Faschisten dazu übergingen, Anschläge auf Leib und Leben der Demokraten zu verüben, wurde zurückgeschlagen. Für die meisten Zeitungen jedoch war der Fall schon vorher klar. Wieder einmal waren es Linksextremisten und Chaoten, die da ihr Unwesen trieben.

ben haben sollen. In Wirklichkeit war es wie üblich genau andersherum.

Nach dem 1. Mai war der 17. Juni ein neuer Höhepunkt im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Der nächste ist der Antikriegstag! (Lesen Sie mehr auf Seite 9.)

Geheimabkommen mit USA

Putsch in der Türkei droht!

Bundesregierung lobt Türkeihilfe

BONN/ANKARA. — Die Schwierigkeiten des türkischen Regimes, eine ausreichende politische Basis für seinen diktatorischen Kurs zu erreichen, verstärken die Gefahr eines Militärputsches enorm. Offensichtlich gibt es dafür konkrete Pläne in der Umgebung des Faschistengenerals Evren.

Hintergrund dieser Entwicklung, wie sie jetzt der Journalist Jürgen Roth in einer Rundfunksendung enthüllte, ist das Verlangen des USA-Imperialismus, die Türkei als Aufmarschbasis für seine aggressiven Truppen gegen die Völker des Nahen Osten zu mißbrauchen. Die islamische Gerechtigkeitspartei weigert sich aber, Demirels Regierung zu unterstützen, solange nicht islamische Staaten von den USA-Aggressionsplänen ausgenommen werden.

Ohne Kenntnis der Parlamente in den USA und der Türkei sind aber genau gegenteilige Abmachungen in einem Geheimabkommen getroffen worden, die den USA auf dem türkischen Territorium völlig freie Hand lassen. So besteht

jetzt die Möglichkeit über die Türkei auch einen atomaren Aufmarsch zu organisieren.

Unterstützt werden diese Kriegspläne einmal mehr von der Bundesregierung. Einen Tag nachdem im Bundestag der Widerstand einer Reihe von SPD-Abgeordneten überwunden war (siehe Artikel auf Seite 12), begrüßte die Bundesregierung jetzt ausdrücklich die Türkeihilfe. Diese Türkeihilfe, so wird demagogisch behauptet, diene nur zur Erfüllung der türkischen NATO-Verpflichtungen.

Selbst wenn dies zutreffen würde — was widerlegbar ist — zeigt sich anhand der US-Kriegspläne mit der Türkei, daß diese Art der Hilfe ein Verbrechen gegen die Völker ist.

Streikbewegung in Südafrika

VW-Arbeiter Südafrikas im Streik

Firmenleitung schließt das Werk

PORT ELIZABETH. — Seit Montag, den 16. Juni, befinden sich die Arbeiter des größten südafrikanischen Autoproduzenten, VW Südafrika, im Streik. Die beiden — illegalen — Gewerkschaften, in denen rund zwei Drittel aller schwarzen und farbigen VW-Arbeiter organisiert sind, wollen mit diesem Streik die Forderung nach einer Erhöhung des Stundenlohns von 1,15 auf 2 Rand (ca. 2,40 Mark) durchsetzen.

Als Reaktion auf den Streik beschloß das VW-Management die Schließung des Montagewerks Uitenhage bei Port Elizabeth. Damit haben sich die westdeutschen Kapitalisten einmal mehr die diktatorischen Verhältnisse der Herrschaft der südafrikanischen Rassisten zunutze gemacht. Die weit überwiegend schwarzen und farbigen Arbeiter des Landes haben in Wirklichkeit weder ein Streik- noch ein Organisationsrecht.

Gerade in einem Augenblick, da die rassistische Diktatur wild um sich schlägt und

schießt, zeigt sich so also in aller Deutlichkeit, daß die westdeutschen und südafrikanischen Kapitalisten eines Geistes Kind sind.

Vor dem Hintergrund der blutigen Terrorwelle aus Anlaß des Jahrestags von Soweto (siehe Artikel Seite 11) ist die Schließung des VW-Werks ein Beitrag zur Unterstützung des Regimes der Apartheid. Die gewerkschaftlich organisierten VW-Arbeiter haben inzwischen beschlossen, den Streik fortzusetzen und forderten die Unterstützung des Internationalen Metallarbeiterbundes.



Günter Routhier, Mitglied der KPD/ML, ist am 18. Juni vor sechs Jahren im Essener Klinikum an einem Blutgerinnsel im Gehirn gestorben. In unzähligen Gerichtsverhandlungen waren gegen Kommunisten und Demokraten zum Teil drakonische Geldstrafen verhängt worden, weil sie erklärt hatten, der Tod des Genossen Günter sei nicht zufällig erfolgt, sondern die Folge eines brutalen Polizeieinsatzes auf die Zuschauer einer Duisburger Arbeitsgerichtsverhandlung. Am 18. Juni gedachten Freunde und Genossen der KPD/ML des 6. Todestages. Mitglieder des Essener Eisler-Chores sangen am Grab.

Umorganisierungen bei Mannesmann

3 000 Arbeitsplätze gefährdet!

Wird bei Mannesmann ein Kuhhandel angestrebt?

DÜSSELDORF. — Die Pläne der Mannesmann-Konzernleitung, die Mannesmann-Hüttenwerke in die Mannesmann-Röhrenwerke aufgehen zu lassen, haben in den letzten Tagen für große Aufmerksamkeit in der Presse gesorgt. Denn durch diese Maßnahmen würde der Konzern die Bestimmungen der Montanmitbestimmung umgehen und stattdessen in Zukunft nur unter das allgemeine Mitbestimmungsgesetz von 1976 fallen.

Während aber davon sehr viel geredet und geschrieben wird, fällt kein Wort darüber, daß mit den Beschlüssen, die der Aufsichtsrat am 26. Juni fällen soll, ein Plan zur brutalen Rationalisierung gegen die Belegschaft abgesegnet werden soll. Durch diese Maßnahmen würden zunächst einmal unmittelbar rund 3 000 Arbeitsplätze gefährdet werden.

Auch die IG Metall hat sich in ihren bisherigen Stellungnahmen, wie offensichtlich auch der Betriebsrat auf den Angriff gegen die Montanmitbestimmung konzentriert und nichts von Kampfmaßnahmen gegen die geplante Arbeitsplatzvernichtung verlauten lassen.

Natürlich ist der Versuch, die Montanmitbestimmung abzuschaffen, von seiten der Leute um Mannesmann-Boß Overbeck eine Maßnahme, um sozusagen den Ablauf der Entscheidungsfindung störungsfrei zu halten. Aber kein Gewerkschafter kann dem von IGM-Chef Loderer entwickelten sogenannten Kompromißvorschlag zustimmen. Danach will die IGM-Spitze den Rationalisierungen und damit der Vernichtung der Arbeitsplätze zustimmen, wenn Overbeck die Montanmitbestimmung bei Mannesmann nicht antastet. Ein solcher Kuhhandel ist unannehmbar. Die Arbeitsplätze bei Mannesmann müssen erhalten bleiben!

Aus dem Inhalt

Bündnispartner Kirche

Anlaßlich der Feierlichkeiten zur Vorbereitung zum 500. Geburtsjahr Martin Luthers macht sich in der DDR ein Luther-Verständnis breit, das im krassen Gegensatz zur Auffassung von Marx und Engels steht. Lesen Sie mehr auf Seite 3.

Moderne Sklaverei

Eine bisher noch unveröffentlichte Studie des Bundesarbeitsministeriums deckt skandalöse Praktiken bei illegalen Verleihfirmen in der Branche auf. Hintergründe auf Seite 6.

Die geistigen Väter

Die Anschläge auf pro Familie in Bremen und Hamburg gehen auf das Konto jener Herren in Parteien, Staat und Kirche, die seit längerem eine infame Hetze gegen die Schwangerschaftsunterbrechung aus sozialen Gründen betreiben. „Die Saat des Kardinals geht auf“, Seite 7.

Was ist los am Persischen Golf?

Zweifelslos gehört der Persische Golf gegenwärtig zu den explosivsten Krisengebieten. Seite 10 bringt Hintergrundmaterial.

IV. Internationales Jugendlager

Zum Stand der Vorbereitungen lesen Sie Seite 13.



Streikverbot und Polizeiterrror — Südafrika heute

Kommentar

Ist die Bundesrepublik Deutschland ein souveräner Staat? Vor einem Jahr noch wäre eine solche Frage als schlichter Blödsinn abgetan worden. Aber das war vor der neuen Zeitrechnung, die in den imperialistischen Beziehungen unter dem Stichwort „Afghanistan“ begonnen hat. Heute muß man schon beide Augen fest zudrücken, um diese Frage mit einem uneingeschränkten Ja zu beantworten.

Da plant also der Regierungschef dieses Staates, seinen lange angekündigten Besuch in Moskau anzutreten. Zwei Wochen vor dem Beginn der Reise kommt ein Brief aus Washington. Jimmy Carter beehrt sich, dem Bonner Kanzler mitzuteilen, was der in Moskau zu tun und vor allem, was er zu lassen hätte. Das ganze im Stil einer Instruktion abgefaßt, wie sie wohl normalerweise einem Unterstaatssekretär des amerikanischen Außenministeriums zugeht.

Moskaureise mit Hindernissen

Und die Reaktion in Bonn? Entrüstung, Empörung, starke Worte des Bundeskanzlers gegen diesen massiven Eingriff in die Außenpolitik seiner Regierung? Weit gefehlt. Schmidt hüllt sich in Schweigen. Sein Sprecher Bölling eilt vor die Fernsehkameras und versichert, die Reise des Kanzlers habe die „ausdrückliche Zustimmung“ des amerikanischen Präsidenten. Jimmy hat es uns doch erlaubt! Etwas anderes fällt der Bonner Regierungskoalition nicht mehr ein. Und auf den Begriff dieser jämmerlichen Katzbuckelei kann zur Zeit ihre ganze Außenpolitik gebracht werden. Jimmy hat es so gewollt — Raketenbeschluß, Olympia- und Iran-Boykott. Jimmy hat es erlaubt — dem Kanzler wurde gnädig gestattet, seine Reise gen Osten anzutreten.

Carter verlangt von Schmidt dabei nur eine „Kleinigkeit“, die heute in Bonn schon für das Selbstverständliche angesehen wird: Der Kanzler soll gefälligst als Sprachrohr der amerikanischen imperialistischen Interessen auftreten. Und worum geht es dabei? Wieder einmal um den Raketenbeschluß. Washington hat sich im vergangenen Jahr von seinen NATO-Partnern die Zustimmung geben lassen, in einigen westeuropäischen Ländern — vor allem auf dem Boden der Bundesrepublik — atomare Mittelstreckenraketen zu stationieren.

Uns ist die Rolle zugeordnet, für die Weltherrschaftspläne der Wall-Street-Bosse zu verbluten. Und diese Perspektive wollen sich die amerikanischen Finanzhyänen durch nichts verderben lassen, auch nicht durch mögliche Zugeständnisse des Bonner Kanzlers an die Kremlherren. Deshalb Carters Brief. Deshalb seine ultimative Forderung, Schmidt solle alles unterlassen, was zu einer Verzögerung bei der Aufstellung der amerikanischen Raketen in der Bundesrepublik führen könnte.

Und Bonn kuscht vor diesem Ultimatum.

Die Bonner Regierung läßt im Gegenzug verlauten, die für unser Land so gefährlichen Raketenbeschlüsse wären „ohne jeden Abstrich gültig“. Und Schmidt selbst bittet den amerikanischen Senator Biden zu sich, um seinen Instrukteur Carter der bedingungslosen Treue zu versichern. Wie Biden später in Washington mitteilte, sagte Schmidt: „Ich möchte, daß die USA wissen, daß sie sich auf die bloody Germans (verdammten Deutschen) verlassen können.“

Solche Töne allerdings kennt man schon. „The Germans to the front“ hieß es früher, wenn es darum ging, daß die Deutschen für andere imperialistische Mächte die Katanien aus dem Feuer holen sollten. Und um nichts anderes geht es auch heute wieder. Wenn Schmidt nach Moskau fährt, wird er nicht nur um Geschäfte für Krupp, Salzgitter oder Mannesmann kungeln. Er wird — durch die Bonner Reaktionen auf den Carter-Brief festgelegt — vor allem als Vollstrecker der Befehle aus Washington auftreten. Als Verfechter einer amerikanischen Strategie, die im Ernstfall unser Land einem militärisch ausgetragenen Konkurrenzkampf der beiden imperialistischen Supermächte opfern will.

Nichts könnte besser als diese Tatsache zeigen, daß die Moskaureise des Kanzlers nichts mit Entspannung oder Friedenssicherung zu tun hat. Sie ist vielmehr ein neuer Ausdruck des Bankrotts der Bonner Politik, die Westdeutschland immer mehr zum Spielball der amerikanischen Kriegspolitik gemacht hat. Diese Politik ist längst zu einem bedrohlichen und tödlichen Sicherheitsrisiko geworden. Ihr gilt es entschieden entgegenzutreten, indem jede Bindung der Bundesrepublik an die amerikanischen Kriegstreiber bekämpft wird.

Weg mit den NATO-Raketenbeschlüssen!

Keine Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik!
BRD — raus aus der NATO!

—ds

Wahlparteitag in München

CSU in den Fußstapfen der Nazis

Wer Strauß wählt, wählt Reaktion, Faschismus und Krieg!

MÜNCHEN. — Vor einer Woche ging in der bayrischen Landeshauptstadt der zweitägige Wahlparteitag der CSU über die Bühne. Der Aufmarsch der gesamten CDU-Prominenz mit ihrer devoten Strauß-Huldigung zeigte, daß die CDU zu einer bloßen Reserve der Machtstrategen um Franz Josef Strauß verkommen ist. Die Art und Weise der Selbstdarstellung von Strauß muß dem Letzten gezeigt haben, daß die CSU sich auf einem ähnlichen Marsch bewegt, wie ihn die Nazis vor 1933 angetreten hatten.

„Der Ton macht die Musik“, heißt eine alte Volksweisheit. In seiner Parteitagssprache nähert sich dieser ehemalige nationalsozialistische Offizier für wehrgeistige Führung immer mehr der Klangfarbe fanatischer, gehässiger und pogromhafter Vernichtungsstrategie, mit der die Nazis damals die Öffentlichkeit gegen den „inneren und äußeren Feind“ eingepeitscht haben.

Strauß zog vom Leder gegen eine „Volksfrontgemeinschaft“ zwischen „linken Sozialdemokraten, Jungsozialisten, Kommunisten, Kryptokommunisten, pseudoliterarischer Subkultur“, die von der Rauschgiftszene über Hitlers Propagandahelden, vom rechten Scheckbetrüger bis zum linken Sittenverderber reiche.

Strauß machte ein ganzes Heer von „halbintellektuellen und subkulturellen Helfershelfern“ aus, die allesamt von der DDR finanziert würden und von KGB-Agenten durchsetzt seien.

Der Wahltag bekam die Dimension des jüngsten Gerichts, des historischen Bruchpunktes, der geschichtlichen Weichenstellung. Der drohende „totale SPD-Staat“ wurde als der Schrecken aller Schrecken an die Wand gemalt, Helmut Schmidt wurde als Sozialist und Kommunistenfreund entlarvt;



Hetzplakat der CSU

er sei ein Roter, dem man seine bürgerliche Tarnkappe abreißen müsse.

Alpträume sowjetischer Bedrohung wurden in Straußens teuflischer Demagogie entworfen; Franz Josef Strauß setzte alles auf eine Karte, die Karte der Hysterie, der Panikmache, der Volksverhetzung.

Das alles war genau kalkuliert und geplant, das war kein emotionaler Ausrutscher, keine Übertreibung aus rhetorischen Gründen. Hier war genau überlegt worden, alles paßte zusammen, angefangen von der Strauß-Hetze über die Sprüche

Stoibers über die Gleichsetzung von Faschisten und Sozialisten bis hin zum rückgratlosen Helmut Kohl, der eine „Pogromstimmung, die jetzt in Deutschland veranstaltet wird“ ausgemacht hatte — gegen Strauß, versteht sich.

Durch den Wust der widerwärtigen Hetztiraden scheint der materielle Boden der Strauß-Politik hindurch. Eigentlich hat der Mann aus Bayern nur zwei Wahlkampfthemen, die Bedrohung aus dem Osten und die Staatsverschuldung. Beides soll, verpackt in eine bodenlose Hetze gegen jeden Andersdenkenden, dem Volk weismachen, die eigenen Ansprüche gefälligst zurückzuschrauben: Rigorose Heraufsetzung des Rüstungsetats, drastische Verkürzung des Sozialetats im Interesse seiner Herren, der aggressivsten Kreise des westdeutschen Finanzkapitals, deren Willen Strauß vollstrecken will, und zwar mit allen Mitteln, das hat der Parteitag gezeigt.

Wer heute von Pseudoliteratur und Subkultur, von Ratten und Schmeißfliegen, von einer unheiligen Allianz von Kryptokommunisten und anderem scheußlichem Getier spricht, der verbrannt morgen nicht nur Bücher. Das Programm von Franz Josef Strauß ist der Marsch in ein neues '33.

Parteitag in Dortmund

Grüne beteiligen sich an der Bundestagswahl

Parteiprogramm abgeschwächt

DORTMUND. — Mit überwältigender Mehrheit stimmten die Delegierten des Parteitags der Grünen am Wochenende für eine Beteiligung an der Bundestagswahl. Dennoch war die Entscheidung nicht unumstritten.

So machten Vertreter des ultrarechten Flügels schon in Dortmund deutlich, daß sie sich diesem Votum nicht beugen werden. Darunter waren der Bremer Landesverband und die Gruppe um Baldur Springmann (Schleswig-Holstein). Ein anderer Wortführer des reaktionären Flügels, der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl, ging ebenfalls auf deutliche Distanz zu den Ergebnissen des Dortmunder Parteitags. Gruhl ließ sogar durchblicken, daß er mit dem Gedanken einer Spaltung der Grünen spielt.

Unmittelbarer Anlaß dafür war die Nachwahl eines der drei Sprecher des Parteivorstands. August Haußleiter, früherer Vorsitzender der AUD, war zurückgetreten, nachdem die bürgerlichen Medien Einzelheiten über seine Vergangenheit veröffentlicht hatten. Dabei ging es um ein Kriegstagebuch, das Haußleiter während des Überfalls der Nazi-Truppen auf die Sowjetunion geführt hatte und um seine Zusammenarbeit mit faschistischen Gruppen in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Gruhl hatte für die Nachfolge Haußleiters kandidiert, wurde jedoch im zweiten Wahlgang von dem Nürnberger

Ingenieur Dieter Burgmann mit 432 gegen 371 Stimmen geschlagen.

Gruhl wertete dieses Ergebnis als „Linksruck“ in der grünen Partei, eine Darstellung, die weitgehend auch von den bürgerlichen Medien übernommen wurde. Die tatsächlichen inhaltlichen Ergebnisse des Parteitags jedoch widersprechen einer solchen Einschätzung. So war dieser Parteitag zum einen gekennzeichnet von einem weitgehenden Ausklammern aller zwischen den verschiedenen Flügeln strittigen Fragen. Der Tagesordnungspunkt „Ökologie und Ökonomie“, der einer grundsätzlichen Klärung des Standorts der Grünen dienen sollte, wurde erst innerhalb der Tagesordnung verschoben und dann an einen späteren Parteitag verwiesen. Unter der Hand und ohne größere Diskussionen wurde das auf dem Saarbrücker Parteitag der Grünen beschlossene Programm, das eine Reihe von fortschrittlichen Forderungen enthielt, weitgehend für unverbindlich erklärt. Stattdessen wurde in Dortmund eine Wahlplattform verabschiedet, die auf viele dieser Forderungen verzichtet oder sie abschwächt. Eine politische Debatte, die

kennzeichnend ist für den gegenwärtigen Standort der Grünen, entwickelte sich am zweiten Tag anläßlich einer vom Westberliner Rechtsanwalt Schilly eingebrachten Resolution gegen den Faschismus. Obwohl diese Erklärung weder die Wurzeln des Hitler-Faschismus benennt, noch eine Aussage darüber trifft, von wem heute die faschistische Gefahr ausgeht, fand sie nicht die Unterstützung des Parteitags. Statt ihrer wurde eine andere Resolution angenommen, die Faschismus und Kommunismus faktisch auf eine Stufe stellt und gleichermaßen verurteilt.

Positive Akzente setzte der Parteitag der Grünen dagegen auf dem Gebiet der Friedenspolitik. Die Grünen treten unter anderem für die Auflösung der Militärblocke, den Abzug fremder Truppen und die Vernichtung der ABC-Waffen ein. Die geplante Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen wird abgelehnt; gegen den NATO-Raketenbeschluß und die Kriegspolitik im allgemeinen wollen die Grünen auch Aktionen unternehmen.

Im nächsten RM werden wir ausführlicher auf die Ergebnisse des Dortmunder Parteitags eingehen.

Auch '81 wird Strom teurer

HANNOVER. — Auch 1981 müssen die Verbraucher mit zweistelligen Erhöhungen der Strompreise rechnen. Das erklärte der Sprecher der Preußen-Elektra, Ulrich Segatz, in Hannover. Und offensichtlich soll es mit solcher maßlosen Preistreibeerei dann immer weiter gehen. Segatz jedenfalls verlangt von den Verbrauchern, daß sie sich gefälligst an „neue Größenordnungen“ in bezug auf die Preise gewöhnen.

Solidarität mit VW-Südafrika

WOLFSBURG. — Der Gesamtbetriebsrat der Volkswagenwerke hat sich in einem Telegramm solidarisch mit den streikenden Arbeitern von VW-Südafrika erklärt. Das Telegramm drückt den Wunsch aus, daß die schwarzen und farbigen Kollegen mit ihrer Kampfaktion Erfolg haben mögen (siehe auch Artikel aus Seite 1 und Seite 11).

„Aussperrung verletzt Menschenwürde“

WESTBERLIN. — Professor Fritz Eberhard, einer der letzten noch lebenden Verfasser des Grundgesetzes, hat den Kasseler Urteilsspruch zur Aussperrung scharf kritisiert und als Verfälschung des Grundgesetzes bezeichnet.

In einem Interview mit der Zeitung „Die Neue“ warf Eberhard den Richtern aus Kassel vor, sie hätten „den Artikel 1 des Grundgesetzes nicht gelesen“. Dieser Artikel verpflichte alle staatlichen Einrichtungen dazu, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Durch die vom Bundesarbeitsgericht für rechtmäßig erklärte Aussperrung werde jedoch die Menschenwürde der Arbeitnehmer verletzt. „Ihr Schicksal und das ihrer Familien werden als Mittel zum Zweck der Niederhaltung ihrer Einkommen und der Hochhaltung der Profite mißbraucht.“

Eberhard sagte in dem Interview, daß bei der Erarbeitung des Grundgesetzes das Thema Aussperrung zwar nicht angesprochen wurde; ein Verbot der Aussperrung hätte jedoch dem Willen der Väter des Grundgesetzes entsprochen.

„Sterben für die USA?“

Aus redaktionellen Gründen erscheint die neue Folge unserer Serie „Sterben für die USA? Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!“ nicht in dieser Ausgabe. Die Serie wird im nächsten RM fortgesetzt.

Hinweis

Das Solidaritätskomitee, das sich anläßlich der Entlassung der beiden Dortmunder RGO-Betriebsräte bei Hoesch gegründet hatte, hat eine Neuaufgabe der Dokumentation über den Skandal herausgegeben. Dieser Neuaufgabe ist auch die Solidaritätsadresse des Betriebsrats der Westberliner Mercator-Druckerei entnommen, die wir im letzten RM veröffentlicht hatten.

Bestellungen bei: Alice Siemon, Barsinghauser Str. 23, 4600 Dortmund 14, Tel.: 0231 / 236815; Preis: 2 Mark.

Zitat der Woche

„Ein Rollkommando gegen die Demokratie und soziale Erbschaften mit einem faschistoiden Politwüstling an der Spitze.“
(Juso-Chef Willi Piecyk zum CSU-Parteitag.)

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postcheckkonto Nr. 79800-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Korruption in der DDR

Die großen und die kleinen Gauner

Aus: „Roter Morgen“, Ausgabe der Sektion DDR der KPD ML

Da hat es einer geschafft, über dreieinhalb Jahre ein Luxusleben zu führen, ohne einer geregelten Arbeit nachgegangen zu sein. Sein durchschnittliches monatliches „Einkommen“ betrug in dieser Zeit rund 9000 Mark, wenn man den von der Staatsanwaltschaft ermittelten Gewinn aus seinen „Geschäften“ von ca. 38.000 Mark als Realität ansieht. Die Dunkelziffer liegt sicher darüber, aber schon 9000 Mark sind für einen einfachen Werktätigen eine traumhafte Summe.

Gemeint ist ein Herr **Bernd Ganzkow** — „(...)ein eleganter Asozialer, der im roten Volvo umherfuhr (...) der mit kaum zu überbietender Skrupellosigkeit Lücken zwischen Angebot und Nachfrage zu seinem Vorteil ausnutzte, der mit ungeheurem Fleiß, mit Geschick und Beredsamkeit andere über den Löffel barbierte und dabei vier- und fünfstellige Summen zu sechsstelligen zusammenmanipulierte, so daß er leben konnte wie ein Fürst (...)“ So Herbert Vogt in seinem „Wochenpost“-Artikel („Wochenpost“ 4/80). Kurz und gut: ein Mann, der sich durch den schwunghaften Handel mit allen Gegenständen, die in unserem Staat rar und somit auch teuer sind, angefangen bei Handbohrmaschinen über Autos und Autoanmeldungen bis hin zu Grundstücken auf Kosten der Gesellschaft bereicherte — ein Parasit, wie ihn Herbert Kopietz am 6.2.80 in der „Berliner Zeitung“ bezeichnete. Aber das ist nur die halbe Wahrheit, der andere Teil wird von unserer Presse „vergessen“. Passieren konnte das über einen so langen Zeitraum und in dem Ausmaß nur aufgrund der Verhältnisse in dieser Gesellschaft. Was ist denn in unserem Staat seit Jahren gang und gäbe? Beziehungen sind alles. Diejenigen, die nicht an irgendeiner Quelle sitzen, müssen zahlen. Soll der Handwerker kommen, zahlst du einen kleinen Vorschuß, und damit er auch wiederkommt, legst du noch etwas dazu. Brauchst du ein Ersatzteil für's Auto, Baumaterial oder ähnliches, ohne lange und oft ohne Erfolg zu warten und zu rennen — ein Schein muß rübergebracht werden.

Brauchst du eine Wohnung, brauchst du Möbel — hin und wieder ein kleines Geschenk — es kann ja auch aus dem Westen sein — öffnet die Herzen. Ja, selbst im Krankenhaus versuchen die Patienten mit Geschenken an Schwestern und Pfleger in der Massenabfertigung auf sich aufmerksam zu machen, um sich ihre Lage etwas erträglicher zu gestalten. Das größte Ausmaß hat das Draufzahlen auf dem „freien“ Automarkt und beim Häuser- oder Grundstückshandel angenommen.

Dieselben Zeitungen, die Kritik an Ganzkow und seinesgleichen üben, veröffentlichen auf anderen Seiten umfangreiche Spalten über Verkauf, Ankauf und Tausch. Da ist so gut wie alles zu haben: Grundstücke, Autos, Baumaterial, Zentralheizungen, Antiquitäten, Heimwerkerbedarf usw. usf.

Das alles zeigt schon die ganze Doppelzüngigkeit; zeigt, daß Geschäfte, wie sie Ganzkow betrieb — bleiben sie „im Rahmen“ — den Herren nicht ungelogen kommen. Denn dadurch kann eine gewisse zahlungskräftige Bevölkerungsschicht ihre Bedürfnisse befriedigen und murrst nicht zu sehr über diesen Staat.

Aber unsere Herren wissen sehr gut, daß über all diese Zeichen moralischen Verfalls eine breite Diskussion in der Bevölkerung existiert. Ganzkow wurde zum Sündenbock gemacht, um den Werktätigen zu zeigen: „Seht her, wir unternehmen was, wir lassen uns das nicht länger bieten.“ In Wahrheit aber gehen die Geschäfte munter weiter — mit staatlicher Duldung und Förderung — siehe oben.

Was sind nun die Gründe für die mehr und mehr um sich greifende Trinkgeldgeberei für Schwarzarbeit, für Bestechung, für Schiebereien usw. usf.?

Einerseits sind es die immer größer werdenden Engpässe, das Vorbeiproduzieren an den Bedürfnissen der Bevölkerung und das mangelhaft ausgebaute Dienstleistungswesen. Kurz gesagt: die ganze Mißwirtschaft.

Andererseits gehört das parasitäre Leben einer dünnen Oberschicht zum Alltag. Diese Schicht reicht von wohlhabenden Handwerkern, Geschäfts- und Restaurantbesitzern über privilegierte Künstler, Betriebsdirektoren usw. bis in die oberen Spitzen unserer Gesellschaft. Die Vertreter dieser Schicht leben nach dem Prinzip: raffen, ohne Rücksicht und auf Kosten der Gesellschaft — allen voran die führenden Vertreter des Staates. So ist es kein Wunder, daß sich in der ganzen Gesellschaft Erscheinungen der kapitalistischen Moral wie gegenseitige Übervorteilung, Raffgier, Renomierrucht und das Jeder-ist-sich-selbst-der-Nächste-Denken breitmachen und kriminelle Formen annehmen. Diese Moral wird öffentlich gefördert. „Wer der Gesellschaft durch seine Arbeit mehr gibt und ein höheres Einkommen erhält, soll sich dafür auch etwas kaufen können.“ So

Honecker auf der 11. Tagung des ZK im Dezember 79. Wenn du also im Betrieb arbeitest und dein Einkommen gerade bis zur einigermaßen eingerichteten Wohnung, zum „Trabant“ und eventuell zur kleinen Datscha reicht, so gibst du halt der Gesellschaft nicht soviel, wie diejenigen Herren SED-Genossen, Künstler usw., die sich in den schönsten Gegenden unseres Landes Villen errichten lassen, in einem dicken Westwagen vorfahren und sich und ihre Sippe von Hausmädchen und Chauffeur bedienen lassen. So einfach ist das, mein Lieber. Die Leute, die um ihr eigenes und das Luxusleben ihres Hofstaates zu rechtfertigen, ständig vom Leistungsprinzip faseln, die Intershops, Exquisit-Läden, Delikatläden usw. wie Pilze aus dem Boden schießen lassen, die in ihren Massenmedien eine „Haste-was-dann-biste-was“-Ideologie verbreiten, lassen nun ihre Zeitungen ausrufen „Halte den Dieb“. Wie sieht es denn aus im Regierungsviertel Wandlitz? Handwerker, die dort zu tun hatten, berichten, daß vom Wasserhahn bis zur Klimaanlage so gut wie alles aus dem Westen ist. Das Beste vom Besten aus der DDR ist diesen Herrschaften schon nicht mehr gut genug. Es muß etwas Teures, Ausgefallenes aus dem Westen sein. Und wenn es der Frau des Politbüromitgliedes heute einfällt, daß der teure Parkettfußboden nicht mehr ihren Ansprüchen genügt, sondern es irgend ein anderer Fußboden sein muß, so wird das Parkett halt herausgerissen.

Schaut euch doch nur die Villa des Herrn Naumann, SED-Chef von Berlin und Politbüromitglied, in Berlin-Schmöckwitz am Langen See und das danebenliegende Häuschen, in dem sich Tag und Nacht seine Gorillas aufhalten, an. Wenn ihr das gesehen habt, könnt ihr ungefähr ermessen, was im Heiligtum Wandlitz los

ist. Einige der oberen Herren können den Kanal gar nicht voll genug bekommen. So erhalten Minister, ZK- und Politbüromitglieder durch Kungeleien mit der Direktion der Yachtwerft Berlin kostenlos Yachten — als „Erprobungsmuster“. Bei Betriebsbesuchen der Minister ist es gang und gäbe, daß die hohen Herren als „Geschenk“ etwas mitgehen lassen — etwa teure Möbel bei Besuchen in der Möbelindustrie.

Villen, Luxuserholungsheime, Luxusautos, Yachten, Lagerhallen vollgestopft mit westlichen Genußmitteln, sinnlose Prassereien auf Banketten und Feiern usw. usf. — das alles ist selbstverständlich kein Parasitismus. Da die führenden Genossen und ihr Gefolge unserer Gesellschaft ja so unendlich viel geben, müssen sie auch (unendlich) viel von ihr erhalten (sich nehmen können) — sozialistische Moral à la Honecker.

Und diese Herrschaften wollen Ganzkow und den Leuten, die ihm Überpreise zahlten, Moral predigen — ein sinnloses Unterfangen. Auch nicht zuletzt deshalb wird die Diskussion zu diesem Fall so halbseiden und so oberflächlich geführt.

Nichts verbindet uns Werktätige mit Leuten wie Ganzkow, aber erst recht verbindet uns nichts mit den Oberparasiten, die sich als Moralprediger aufzuführen und in Wahrheit noch viel mehr Dreck am Stecken haben als der dazu im Verhältnis kleine Gauner Ganzkow.

„Sollten wir uns nicht alle ein wenig mehr dafür verantwortlich fühlen, daß die Früchte unserer gemeinsamen Arbeit nicht durch Parasiten geschmälert werden?“ fragt Herbert Kopietz am Ende seines Artikels in der BZ. Allerdings, das sollten wir. Aber in einem weitaus größeren Rahmen als Herr Kopietz das meint.



Lutherkomitee in der DDR gegründet

Bündnispartner Kirche

Am Freitag, den 13. Juni, konstituierte sich in Ostberlin das staatliche Martin-Luther-Komitee. Es soll — parallel zu dem Komitee der Evangelischen Kirche — die Aktivitäten zum 500. Geburtstag des Wittenberger Reformators vorbereiten. In dem Komitee sind höchste staatliche und kirchliche Repräsentanten vertreten. Den Vorsitz führt Erich Honecker.

Die Gründung des Komitees stellt zweifelsohne einen neuen Höhepunkt der Annäherung zwischen dem revisionistischen Staat und der Evangelischen Kirche der DDR dar. Es ist ein Ausdruck des Bemühens der Ostberliner Machthaber, die Evangelische Kirche als Bündnispartner zu gewinnen, indem ihr Zugeständnisse gemacht werden, indem ihr mehr Einfluß eingeräumt und sie gesellschaftlich aufgewertet wird.

Daß angesichts der zunehmenden Krise und der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung das Regime einen zusätzlichen Rückhalt ausgerechnet in der reaktionären Institution der Kirche sucht, zeigt klar den wahren Charakter des angeblichen „Landes des realen Sozialismus“. Im 31. Jahr der DDR, keine drei Jahrzehnte nach der Zerschlagung des Sozialismus, greifen die Herrschenden wieder auf die religiösen Dunkelmänner zurück, auf die Träger der Kutten und Ornate, auf die Apostel des Aberglaubens und der Verdummung. — Ein Gesichtspunkt der zunehmenden Verbrüderung mit der Kirche ist sicher auch die Überlegung, den Dissidenten einen Zufluchtsort zu nehmen: In anderen Ländern des Ostblocks spielen die Kirchen eine bedeutende Rolle bei der Formierung der bürgerlichen Opposition.

Wie sehr es den Ostberliner Herren darauf ankommt, ihren „historischen Kompromiß“ mit der Evangelischen Kirche voranzutreiben, zeigt sich an ihrem „geläuterten“ Lutherbild. Sie scheuen sich nicht, öffentlich die marxistisch-leninistische Einschätzung des Werkes und der Person Luthers zu verfälschen und zu verdrehen. Sie sind dazu übergegangen, die zweifellos großen Verdienste und Leistungen Luthers als Initiator der Reformation, als Vereinheitlicher der deutschen Sprache einseitig hervorzuheben, die reaktionären Seiten jedoch vollständig zu verschweigen oder zu vertuschen. Dies zeigte sich deutlich auch an der Rede Honeckers anläßlich der Gründung des Martin-Luthers-Komitees.

Da es uns hier nicht darum geht, das Problem umfassend

zu diskutieren, führen wir nur einige Beispiele auf:

In seiner Schrift: „DER Deutsche Bauernkrieg“ schreibt Engels, daß die Reformation schließlich immer mehr unter die Kontrolle der reformierten Fürsten geriet: „Luther selbst wurde mehr und mehr ihr Knecht, und das Volk wußte sehr gut, was es tat, wenn es sagte, er sei ein Fürstendiener geworden wie die andern.“ — Von „Fürstenknecht“ ist bei Honecker nicht mehr die Rede; in den DDR-Lehrbüchern wird dies mittlerweile völlig in Abrede gestellt: „Ein ‚Fürstenknecht‘ ist Martin Luther nicht geworden. Wenngleich er am Prinzip der göttlichen Einsetzung der Obrigkeit festhielt, hat er den Fürsten immer wieder kräftig ‚die Leviten gelesen‘“ (Lehrbuch der Deutschen Geschichte [Beiträge]).

Luther hat jemand anderem die Leviten gelesen: „Gegenüber der Revolution wurden alle alten Feindschaften vergessen“, schreibt Engels. „Bürger und Fürsten, Adel und Pfaffen, Luther und Papst verbanden sich, wider die mörderischen und räuberischen Rotten der Bauern.“ — Honecker umschreibt den Verrat mit dem Begriff „Luthers Tragik“.

Als ein Verdienst Luthers führt Honecker an, daß er nach der Niederschlagung des Bauernkriegs zäh und beharrlich um die Fortführung der Reformation gerungen habe. Die Marxisten sehen dies jedoch anders; Engels sprach von „jenem Markten und Feilschen um die beizubehaltenden oder zu reformierenden Institutionen und Dogmen, jenem widerwärtigen Diplomatisieren, Konzedieren, Intrigieren und Vereinbaren, dessen Resultat die Augsbургische Konfession war, die schließlich erhandelte Verfassung der reformierten Bürgerkirche.“

„Widerwärtiges Diplomatisieren, Konzedieren, Intrigieren und Vereinbaren“ ist gegenwärtig auch bei der Schaffung des neuen Lutherbildes in der DDR am Werke. Am Ende wird allerdings keine Augsburgische Konfession stehen, sondern das Spektakel der Lutherfeiern und ein „historischer Kompromiß“ mit der Evangelischen Kirche.

Ein Arbeitergenosse aus Karl-Marx-Stadt schreibt:

„Ein Sieg auf der ganzen Linie“

Aus jeder Brigade unseres Betriebes erschienen einige Kollegen zur Rechenschaftslegung der alten Konfliktkommission und zur Aufstellung der neuen Kandidaten. Eine routinemäßige Versammlung mit BGL-Vorsitzendem, Betriebsleiter, KK-Vorsitzendem und Chefs noch und noch auf der Tribüne war vorgesehen. Dem nicht langweiligen Rechenschaftsbericht folgten die üblichen „Diskussionsbeiträge“. Im Zuschauer-raum nickte man gelangweilt mit den Stühlen. Als der Redefluß der Funktionäre über sozialistisches Recht und kollegiale Zusammenarbeit von sozialistischen Leitern und Arbeitern verebbte, gab der BGLer kurz bekannt, daß laut Beschluß vom soundsovielten Kollege M. wegen nichtsozialistischen Verhaltens im Kollektiv nicht als Kandidat bestätigt wurde und die Zahl der Kandidaten auf 17 festgelegt wurde. Schon ging er zum nächsten Punkt der Tagesordnung über, als sich der Vertrauensmann des Kollegen M. meldete, sehr kämpferisch und kollegial für ihn eintrat und dem Beschluß des ganzen Kollektivs zufolge den Kollegen M. wiederum als Kandidaten vor-

schlug. Postwendend meldete sich der für Kollege M. zuständige Leiter und gab über M. eine vorbereitete Stellungnahme ab. „Wichtige“ banale Vorwürfe gepaart mit offensichtlicher Miesmacherei waren der Inhalt. Daraufhin entfachte sich eine Diskussion, bei der sich zwei Seiten klar herauskristallisierten. Der gesamte Vorstandstisch, durch die Bank hinweg, schloß sich den Vorwürfen gegen den Kollegen M. an, und jeder fügte noch irgendeinen Blödsinn hinzu. Die geladenen Vertrauensleute und Gäste, ob sie Kollege M. kannten oder nicht, waren anderer Meinung. Seine Arbeitskollegen konnten mit treffsicheren Gegenargumenten überzeugen, so daß sich Redner zu Wort meldeten, die Kollegen M. gar nicht kannten, jedoch für ihn eine Lanze brachen. Daß hier offensichtlich ein unbehaglicher Mitarbeiter, der den Chefs rechtskundig und in aller Schärfe für die Interessen der Kollegen auf den Pelz rückte, ausgeschaltet werden sollte, wurde durchschaut und auch klar geäußert. Es kam Stimmung in den Saal.

Der Versammlungsleiter

versuchte, die Situation mit dem Hinweis auf die bereits gestellten 17 Kandidaten zu retten, weshalb Kollege M. nicht mehr als 18. Kandidat nominiert werden könne. Beschluß ist eben Beschluß, frohlockte man im Präsidium. Doch sie rechneten nicht mit der Solidarität der Anwesenden. Ein bereits aufgestellter Kandidat trat zugunsten des Kollegen M. von seiner Kandidatur zurück. Dem Versammlungsleiter blieb nichts anderes übrig, als über den Antrag, Kollege M. wiederum als Kandidaten für die Konfliktkommission aufzustellen, abstimmen zu lassen. Dies wurde auch getan und verlief sehr dramatisch, daß man die Stimmenthaltungen unterschlagen wollte. Das Ergebnis war überwältigend.

Die Chefs mit nicht mehr als 20 Neinstimmen unterlagen den etwa 50 „Ja“ und den ca. 40 Stimmenthaltungen. Ich bin mir sicher, daß nicht mehr als 30 Prozent der Anwesenden den Kollegen M. kannten, und der Rest, der mit „Ja“ stimmte, einfach gefühlsmäßig die Intrige durchschaute und hier klassenbewußt handelte. Ein Sieg auf ganzer Linie.

Die Massenentlassungen bei Opel sind ein Schlaglicht

Weltweite Krise der Automobil- industrie

Der kapitalistische Kampf um den Maximalprofit ist die Ursache



Nachdem die Veröffentlichung der Pläne der Opel-Geschäftsleitung zur Personalreduzierung, wie es in eiskaltem Kapitalistendeutsch heißt, immer weiter fortschreitet, nachdem immer klarer wird, wie tiefgreifend die Maßnahmen der Detroit-Bosse in das Alltagsleben vieler westdeutscher Städte und Gemeinden eingreifen wird, stehen die Propheten Schlange. Keine Zeitung, kein Fernsehmagazin, wo nicht eine eigene Prognose über die Perspektive der Autoindustrie der achtziger Jahre erarbeitet wird.

Alles dies dient natürlich letztendlich zur Verwirrung der Arbeiter, die sich berechtigter Sorgen um ihre Arbeitsplätze machen. Nur zu gut erinnern sie sich an

Betrachtet man die Zahl der neu verkauften Autos, so wird schnell deutlich, daß es sich nicht um ein fehlerhaftes Management handelt, das etwa Opel und Ford in den Keller gefahren hätte. In den ersten vier Monaten des Jahres 1980

wurden rund 959 000 Autos verkauft. Im selben Zeitraum des Vorjahres waren es 1 062 000 und bis April 1978 waren es 998 000 gewesen. Nach den einzelnen Betrieben aufgeteilt, ergibt sich folgendes Bild:

Zugelassene Neuwagen nach Marken (in Tausend)

Firma / Zeitraum	Jan.-Apr. 78	Jan.-Apr. 79	Jan.-Apr. 80
Volkswagen	213	232	214
Opel	202	199	161
Ford	139	135	100
Daimler-Benz	67	88	89
BMW	54	61	55
Fünf japanische Firmen	29	45	78
Peugeot	17	18	14
Fiat	43	42	34

Diese Tabelle beweist also, daß mit Ausnahme der japanischen Firmen und Daimler-Benz alle anderen gegenüber dem Vorjahr, dem bisherigen westdeutschen Autorekordjahr, Einbußen im Absatz erlitten. Besonders stark eben Opel und Ford, bei denen sich diese Entwicklung schon im Vorjahr angedeutet hatte. Und natürlich sind die Einbrüche bei den großen Modellen beträchtlich. Nicht nur der Senator oder Rekord von Opel schneiden da schlecht ab, sondern zum Beispiel auch die 5er Reihe von BMW. Und auch bei Daimler-Benz gehen die Lieferzeiten zu-

rück, wird das Geschäft mit den Jahreswagen wieder angekurbelt, um Einbrüche zu vermeiden, ist bei den großen Modellen und Dieseln ein Rückgang zu sehen.

Wie schon 1974 zeigt sich also, daß die Legende von der Unanfälligkeit der Autoindustrie für Krisen tatsächlich eine Legende ist.

Was damals zutage trat, bestätigt sich heute umso mehr: daß in der Automobilindustrie die Krisen sich stärker als in anderen Branchen international entwickeln, über Ländergrenzen hinweg. Warum?

Der höchste Grad der Monopolisierung

Tatsache ist, daß von allen Industriezweigen die Automobilindustrie den höchsten Monopolisierungsgrad aufweist. In nahezu jedem Land, das zu den führenden Autoproduzenten gehört, gibt es ein Monopol, das alleine mindestens ein Drittel des Gesamtumsatzes bestreitet.

32,2 Prozent betrug der Marktanteil von VW in der Bundesrepublik in den ersten vier Monaten dieses Jahres. 37,9 Prozent des japanischen Autoumsatzes werden von Toyota bestritten. Die General

Motors Company in den USA beherrscht 60,2 Prozent des US-Markts. Die französische Peugeot-Gruppe produzierte im letzten Jahr in Frankreich, zusammen mit den übernommenen Citroen- und Simca-Werken 76,8 Prozent der verkauften Autos. Auch die italienische Fiat-Gruppe hat über zwei Drittel Marktanteil.

Wie bereits betont, gibt es einen solchen Grad der Monopolisierung in anderen Branchen nicht. Das allein jedoch verschafft noch kein ausreichendes Bild, um die Ausgangs-

position der gegenwärtigen Krise beurteilen zu können. Denn auch die Kräfteverhältnisse auf dem Weltmarkt weisen auf eine hohe Konzentration hin.

1. General Motors Company	63,2 Milliarden Dollar
2. Ford Motor Company	42,7
3. Toyota Motors	25,8
4. Peugeot	17,3
5. Volkswagen	16,2

Die Weltproduktion an Fahrzeugen (PKW und Nutzfahrzeuge aller Art) wurde von 1974, dem ersten Jahr der letzten Krise, bis 1979 von 34,2 auf 41,7 Millionen Fahrzeuge erhöht. Davon waren rund 32 Millionen PKWs.

Im Jahre 1974 produzierte General Motors rund neun Millionen Fahrzeuge, grob gerechnet also 27 Prozent der gesamten Weltproduktion. Im letzten Jahr lag die Produktion der GMC wieder bei rund neun Millionen Fahrzeugen, bei einer Kapazität von fast zwölf Millionen. Der Anteil an der Weltproduktion sank also auf 23 Prozent. Trotz dieses Rückgangs bleibt die GMC, rechnet

Die Generale von Detroit

Die General Motors Company (GMC) ist offiziell eine Publikumsgesellschaft auf Aktien, sozusagen der verkörperte „Volkskapitalismus“. Es gibt Hunderttausende von Aktionären, Kleinaktionären. Das — so kürzlich der Artikel einer westdeutschen Presseagentur, der in mehreren Zeitungen veröffentlicht war — sei der Vorteil der GMC gegenüber Ford. Ford, das Familienunternehmen, habe die falschen Manager ausgesucht, während der Druck der Massenaktionäre bei GMC die schlechten Manager aussondere.

Nun sehen die Tatsachen aber ganz anders aus. Die Finanzgruppe der Dupont de Nemours besitzt, persönlich und über ihre Großbank, den „Wilmington Trust“, rund 26 Prozent der Aktien der GMC, die Finanzkönige vom Bankhaus Morgan, Stanley und Co. verwalteten ein weiteres Viertel der

die letzte Automobilkrise vor sechs Jahren, als überall auf der Welt die Produktion zusammenbrach, als die großen amerikanischen Monopole nur noch die Hälfte ihrer Vorjahresproduktion absetzen konnten, als Hunderttausende auf die Straße geworfen wurden.

Damals traf die Krise Westdeutschland nicht so stark wie die USA. Aber dieses Mal? Wie sehen die Perspektiven der Autoindustrie aus, betrachtet vom wissenschaftlichen, vom marxistischen Standpunkt aus? Was sind die wirklichen Ursachen der heutigen Krise, wenn man dem Geschwätz vom Mißmanagement nicht glauben will?

Im Jahre 1978 ergab sich folgendes Bild der größten Automonopole auf Weltebene, nach ihrem Umsatz in Milliarden Dollar gemessen:

rund 66 Prozent dessen von GMC betrug, der Profit mit etwa 2,1 Milliarden Dollar sich gegenüber dem von GMC mit rund 3,5 Milliarden Dollar auch sehen lassen konnte, der Börsenwert von Ford nur etwa bei 31 Prozent dessen von GMC lag.

Hinzukommt, daß die GMC für die früheren Schießpulverhersteller Dupont längst das

Flaggschiff ihrer Finanzgruppe geworden ist, daß die Dupont-Gruppe Chemie beträchtlich an Boden verlor, weil sie sich — lange Zeit zu Recht — mehr Profit vom Auto versprach und deshalb hier ihre Kapitalien konzentrierte. Aus diesen Gründen erscheint es realistisch zu sagen, daß Ford der größte Leidtragende der GMC-Offensive sein kann.

Der Weg in die Überproduktion

Die in den offiziellen Propagandaorganen regelmäßig verbreitete Meinung, die gestiegenen Benzinpreise seien die Ursache für den Einbruch einiger Firmen, ist so nicht richtig, sondern dient dazu, das Wesen der Krise als einer „normalen“ kapitalistischen Überproduktionskrise zu verschleiern.

Wenn man die Bundesrepublik betrachtet, so sind nach

offiziellen statistischen Angaben die Summen der für den „Konsum“ zur Verfügung stehenden Gelder von 1970 bis 1979 um 31,5 Prozent gewachsen.

Im selben Zeitraum stiegen die Automobilpreise um 53,9 Prozent, die Durchschnittspreise aller Waren um 56,4 Prozent.

Entwicklung von Konsum und Teuerung von 1970 bis 1979

Nationaler Konsumfonds in der BRD	+ 31,5 %
Allgemeine Warenpreise in der BRD	+ 56,4 %
Preise für Produkte der Autoindustrie	+ 53,9 %
Benzinpreise in der BRD	+ 72,4 %

Die große Besonderheit des PKW-Marktes gegenüber anderen Branchen ist nun aber die, daß sie fast ausschließlich von privaten Verbrauchern gekauft werden. Der staatliche und betriebliche Käuferanteil bei PKWs liegt weit unter 10 Prozent. Das heißt, für den Kauf von PKWs ist ganz entscheidend die Kaufkraft der privaten Kunden, in ihrer überwiegenden Mehrheit werktätige Menschen, die die oben ange deuteten Inflations- bzw. Teuerungsverluste voll hinnehmen mußten.

Die These von den Benzinpreisen als Schuldige der Autokrise wird weiterhin durch eine Reihe von Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre widerlegt. So gab es zum Beispiel in den USA auch Mitte der sechziger Jahre eine Absatzkrise der Automobilindustrie, obwohl im gesam-

ten Zeitraum der Jahre 1960 bis 1968 die Benzinpreise um 8 Prozent fielen!

Nun sind in den siebziger Jahren die Benzinpreise um 72,4 Prozent gestiegen, und es sind tatsächlich die größeren Modelle, die die größten Absatzverluste haben, bzw. die Mittelklassewagen, jene also zwischen anderthalb und zwei Litern Hubraum. Aber bezeichnend ist, daß auch im Jahre 1974, als die Benzinpreise längst noch nicht so hoch gestiegen waren, das aber für die BRD und die EG das Jahr mit der höchsten Teuerungsrate bis 1980 war, jede Menge Autos auf der Halde blieben. Damals ein Rückgang um 15,2 Prozent in der ganzen EG, etwas mehr, knapp 20 Prozent, in der BRD.

Ebenso kommt heute der gewaltige Einbruch in den USA nicht wegen der Benzinpreise. Diese sind zwar auch dort über-

proportional gestiegen, aber ein Liter Benzin kostet dort höchstens 40 Prozent des westdeutschen Preises. Dagegen aber betrug die allgemeine Teuerung in den USA im letzten Jahr sage und schreibe 13,2 Prozent, bei durchschnittlichen Lohnerhöhungen von rund 5 Prozent ein Kaufkraftverlust von über 8 Prozent.

Nun ist es nicht so, daß die großen amerikanischen Monopole mit ihrer Haldenproduktion im letzten Jahr etwa Verluste gemacht hätten. GMC weist für 1979 einen offiziellen Gewinn von 2,9 Milliarden Dollar aus, rund 600 Millionen Dollar weniger als im Jahr zuvor, aber für einen normalen Menschen immer noch eine unvorstellbare Summe. Und auch Ford wurde um 1,5 Milliarden Dollar reicher. Nicht gerechnet sind jeweils die Überweisungen der Tochterfirmen im Ausland. Opel zum Beispiel schickte von 1976 bis 1978 jährlich rund eine halbe Milliarde Mark nach Detroit.

Aber bei zurückgehenden Gewinnen ist es so, daß das investierte Kapital nicht den erwarteten oder in anderen Branchen erzielten Ertrag bringt, und das ist die Triebfeder des wirtschaftlichen Handelns im Kapitalismus. Das wird in Amerika offen gesagt, hier in der BRD mit sozialer Marktwirtschaft umschrieben. Deshalb rüsteten die amerikanischen Monopole zu einer Art weltweitem Endkampf. Ungeheure Investitionsprogramme wurden vorbereitet. GMC allein hat in den Jahren bis 1985 ein Programm von 40 Milliarden Dollar. Daß der Konkurrent Chrysler nicht von den Banken gestützt wurde, dafür macht man in USA offen die

Duponts und Mayans verantwortlich.

Die Taktik der Detroit-Bosse heißt dabei: Weltauto! Was die Konkurrenz lange befürchtete und was in Detroit nicht gemacht wurde, weil zu hohe Investitionen die Profite geschnitten hätten, ist jetzt der Trumpf.

GMC hat die meisten Werke weltweit und beutet mit Abstand die meisten Arbeiter aus. Jetzt werden allein in Europa zwölf neue Werke geplant, alle mit veränderbaren Produktionsbändern, wo ein Band für mehrere Typen eingesetzt werden kann. Es wird konkret für ein weltweites Einheitsmodell Maß genommen, dessen Produktion auch ständig verlagert werden kann.

Und dies, obwohl innerhalb Westeuropas auch der Export, für den VW zum Beispiel zu 43 Prozent, Peugeot aber zu 59,6 Prozent produziert, zurückgeht. Obwohl in Europa schon im letzten Jahr eine enorme Überkapazität bestand, die über eine Million Wagen umfaßte.

Auch die Investitionsprogramme der anderen Automonopole sind durch ihre Rekordgröße bekanntgeworden. Das heißt in einem Moment, da der Absatz zurückgeht, wird die Produktion weiter erhöht.

Das heißt, es handelt sich bei dieser jetzt beginnenden Autokrise zum ersten um eine im kapitalistischen Wirtschaftssystem unumgängliche Krise der Überproduktion. Das heißt weiter, es handelt sich bei dieser Überproduktionskrise um eine weltweite Krise. Und dieser Krise versuchen die Autoweltmonopole mit einem gnadenlosen Verdrängungswettbewerb zu begegnen.

liegt, was auf einer Konferenz des Internationalen Metallarbeiterbunds im Juni 1979 festgehalten wurde. Daß gerade VW für seine ausländischen Werke solche Länder als Standorte bevorzugt, in denen gewerkschaftliche und politische Rechte stark eingeschränkt sind, ist bekannt.

Betrachtet man im weiteren die gesamten Produktionsanlagen und Produktionsgänge der Automobilindustrie, dann kommt man zur Feststellung, daß sie einen jener Industriezweige ist, die prozentual den höchsten Anteil an ungelernten Arbeitern beschäftigt. Die Fließbänder in den großen Hallen sind das charakteristische Merkmal der Autoproduktion.

Von daher ist es kein Zufall, daß gerade in der Autoindustrie zum einen die unteren Lohngruppen verhältnismäßig stark vorhanden sind und, daß zum anderen die Krise der Autoindustrie stets eine besonders hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen hervorbringt.

Und dort, wo wie in der Bundesrepublik die Durchschnittslöhne der Automobilarbeiter verhältnismäßig hoch liegen, zeigt sich die ungeheure Steigerung der Ausbeutung vor allem durch die Vergrößerung der Produktion. Im baden-württembergischen Metallarbeiterstreik von 1978 zum Beispiel waren es die Daimler-Benz-Arbeiter, die mit allem Nachdruck darauf aufmerksam machten, daß in den siebziger Jahren die Belegschaft des Sindelfinger Werkes etwa damals zwar um rund 20 Prozent gestiegen war, die Produktion aber um rund 110 Prozent hochgeschraubt wurde. Von

daher ist es auch keine Überraschung, wenn man zur Feststellung kommt, daß die angeblich sogut bezahlten Automobilarbeiter nicht nur stets aktiv an der Streikfront standen, sondern daß auch nahezu zahllose kleine Streiks auf Abteilungsebene gegen neue Rationalisierungsmaßnahmen stattgefunden haben, die oftmals in der breiteren Öffentlichkeit gar nicht bekannt wurden.

Ebenfalls eine Tatsache ist es, daß im Streik der baden-württembergischen Metallarbeiter von 1974, als es um die Durchsetzung des Lohnrahmentarifvertrags II ging, wiederum die Automobilarbeiter eine ganz entscheidende Kraft im aktiven Kampf gewesen sind. Sie waren sowohl stark an einer Pausenregelung interessiert als auch an der Vergrößerung der Taktzeiten an den Fließbändern.

Die gesamten neuen Rationalisierungssysteme in allen Bereichen, wie zum Beispiel das berühmte ISA bei Daimler-Benz, waren ebenfalls Objekte größerer Widerstandsbewegungen von Seiten der Automobilarbeiter.

Offensichtlich sind bei GMC und Ford verschiedene Pläne vorhanden, den relativ hohen übertariflichen Lohnanteil (bis zu 30 Prozent) abzubauen.

Die Entwicklung der Jahre 1974 und 1975 in der weltweiten Autoindustrie beweist schließlich auch die Tatsache, daß immer mehr alle Monopole dem berühmten Motte der amerikanischen Bosse „hire and fire“ folgen, Belegschaften schnell aufstocken und ebenso schnell und brutal wieder auf die Straße werfen.

Dieser Aufschwung wiederum geschah in Unter- und Mittelklassewagen gleichzeitig.

Gegen eine solche Theorie der Beschränkung der Krise auf größere Modelle sprechen aber nicht nur eine Reihe von Zahlen, wie wir sie jetzt wiedergegeben haben.

Dagegen spricht vor allem die kapitalistische Organisation der westdeutschen Wirtschaft selbst. Vom Ziel des maximalen Profits ausgehend werden die Automonopole natürlich die günstige Möglichkeit nutzen und die Preise für gesuchte und gefragte Unterklassewagen übermäßig erhöhen. Bereits jetzt hat der VDA, der Verband der Automonopole, eine sogenannte E-Formel für neue, als benzinsparend angepriesene Modelle in die Öffentlichkeit gebracht, die diese Absichten bestätigt. Für ein Modell, das einen um 2 Liter geringeren Verbrauch auf 100 Kilometer aufzuweisen hat, seien grundsätzlich mindestens 1400 Mark mehr zu bezahlen. Angeblich neue Entwicklungen sollen die Ursache dafür sein, Forschungskosten und ähnliches. Tatsache aber ist, daß die Entwicklung von Leichtmetallgie-

rungen in der Automobilindustrie sowie die konzentrierte Kunststoffforschung schon seit langem betrieben werden. Die durch Anwendung einer solchen Technik erreichte Gewichtsverminderung soll Hauptquelle eines geringeren Verbrauchs werden. Die angeblich entstandenen Forschungskosten sind längst bezahlt, denn die Gewichtsreduzierung stand aus verschiedensten Gründen schon lange auf der Tagesordnung und wurde seit mindestens zehn Jahren systematisch betrieben.

Weiter spricht gegen einen „allgemeinen Kleinwagenmarkt“, wie es in einer Zeitung genannt wurde, auch die Tatsache, daß die kleinen Modelle, mit geringeren Fertigungszeiten und oft weit weniger Ausstattung trotz Preiserhöhungen weniger profitträchtig sind. Eine weitere Steigerung der Profite wäre nur durch weitere Verschlechterungen zu erreichen. Das wurde versucht, stößt aber auf Widerstand.

Gerade die amerikanischen Multis lieferten hier schreckliche Beispiele des Mordes aus Profitsucht.

Niedriglohn und schnelle Bänder

Um den Konkurrenten aber verdrängen zu können, ist es vor allem nötig, mehr Profit aus der eigenen Produktion zu ziehen als die anderen.

Dafür verwenden die Automonopole die seit langem bekannte Praxis der Verlegung in sogenannte Billiglohnländer. VW hat über 20 Werke und Montagewerke in aller Welt, ebenso Daimler-Benz. Ford und General Motors haben die ganze Welt mit ihren Produktionsstätten überzogen. Peugeot hat die Produktion in Westafrika begonnen und die japanischen Monopole beginnen damit, sich im süd- und südostasiatischen Raum auszubreiten. Aber auch im eigenen Land versuchen speziell die japanischen und amerikanischen Monopole eine Niedriglohnpolitik

durchzusetzen.

So haben die acht Werke von General Motors in den Südstaaten der USA, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, einen durchschnittlichen Stundenlohn der rund einen Dollar niedriger liegt als jener in den nördlichen US-Staaten, wo die Kontrakte mit der UAW-Gewerkschaft geschlossen werden.

Die japanischen Automonopole sind auf internationaler Ebene gesehen die einzigen, die sich gegenwärtig im Vormarsch befinden. Es sind die enorm konzentrierten japanischen Finanzgruppen wie Mitsubishi, die hinter diesen Riesenwerken stehen. Sie diktiert die Regierungspolitik voll auf die japanische Exportoffensive.

Und jetzt das Ende?

Betrachtet man die Arbeitsweise der heutigen bürgerlichen Propaganda — was die Automobilindustrie betrifft — so fällt nicht nur die schon erwähnte Tatsache auf, daß versucht wird, die Ursachen auf Mißmanagement oder Benzinpreise zu schieben. In Ergänzung dazu wird auch eine fatalistische, schicksalhafte Betrachtungsweise gefördert, die natürlich dazu dienen soll, die Automobilarbeiter vom Kampf um ihren Arbeitsplatz abzuhalten.

So heißt es zum einen, der Markt sei jetzt gesättigt, die Nachfrage würde von jetzt an ständig zurückgehen. Es werden bevölkerungspolitische Argumente über die Alterspyramide herangezogen, die zu einem Abnehmen der Zahl der Autokäufer führen würde und anderes mehr.

Nun, solche Argumente gab es vor sechs Jahren auch schon, und sie trafen allesamt nicht zu. Es ist zum einen Tatsache, daß heute in der Bundesrepublik rund 80 Prozent des Personen- und über 50 Prozent des Warenverkehrs mit Autos durchgeführt werden. Bei einer allgemeinen durchschnittlichen Fahrzeuggebruuchszeit von 9,5 Jahren und einem Anteil von fast 40 Prozent der Fahrzeuge, die älter als sieben Jahre sind, kann man von einer Sättigung des Marktes im Sinne eines endgültigen Umschwungs natürlich nicht reden. Nahverkehrssysteme

und steigende Preise auch bei öffentlichen Transportunternehmen bieten heute keine echte Alternative zum PKW.

Es ist andererseits aber auch nicht so, daß sozusagen nur eine Krise der großen Modelle bevorsteht. Mit Sicherheit wird es die größten Einbrüche im oberen Bereich geben, bei den teuren und stark benzinverbrauchenden Modellen.

Tatsache ist, daß auch bei den kleineren Fordmodellen nicht nur der technisch überholte Escort, der enorme Rückgänge zu verbuchen hat, betroffen ist, sondern auch vom Fiesta wurden im ersten Trimester dieses Jahres bereits 1500 Wagen weniger verkauft als im Vorjahr. Der Derby von VW büßte gegenüber dem Vorjahr fast 50 Prozent ein, rund 8000 Wagen weniger. Daimler-Benz hatte Rückgänge auch beim kleinen Diesel, die Dieselmotoren insgesamt verloren rund 10000 verkaufte Wagen, über 25 Prozent.

Den größten Sprung nach oben machten auch in Westdeutschland die im Vergleich zur Qualität der gebotenen Ware recht billigen japanischen Autos, die innerhalb eines Jahres den Marktanteil von 4,3 auf 8,3 Prozent ausweiten konnten und wohl noch in diesem Jahr Frankreich als größtes Exportland ablösen werden, nachdem sie Italien schon vom zweiten Platz verdrängt haben.

Steuern für die Bosse

Ob Wien oder Saragossa, Valencia, Bremen oder Kaiserslautern: überall dort, wo die Monopole der Automobilindustrie ihre neuen Werke hochziehen, verlangen sie, unter dem demagogischen Vorwand der Schaffung neuer Arbeitsplätze, massive Hilfe durch staatliche Gelder. Bei der General Motors Company sieht das so aus, daß ganz offen zu dem eigenen Investitionsplan von rund 40 Milliarden Dollar weitere mindestens 30 Milliarden an Subventionen eingerechnet werden.

So wird das Wiener Werk fast zu zwei Dritteln vom österreichischen Staat finanziert. So sind den neuen spanischen Werken vor allem Exportaufgaben zugewiesen worden, um die staatliche Hilfe mit einer Verbesserung der Handelsbilanz zu honorieren.

Auch die anderen Konzernzentralen bestimmen über ihre weltweit verteilten Werke, ohne irgendwelche Rücksichten auf die Arbeitsplätze zu nehmen.

Keine einzige der enormen staatlichen Hilfsmaßnahmen aber konnte die Chefs der Automonopole dazu bewegen, Garantien für die Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen zu geben. Da werden sogar, wie in den Fällen Opel/Kaiserslautern und Daimler/Bremen einzelne Bundesländer gegeneinander ausgespielt. Parteien und Verwaltungen beeilen

sich stets, den Forderungen der Monopole nachzukommen, ohne auch nur wenigstens zum Schein Anstrengungen zur Sicherung der Arbeitsplätze zu machen.

Wohin die Pläne der Autogiganten in Wirklichkeit gehen, zeigt sich nicht nur jetzt an den aktuellen Ereignissen bei Opel/Rüsselsheim. Tatsache ist, daß schon die letzte Investitionswelle der Jahre 1974 bis 1977 nahezu ausschließlich der Rationalisierung von Arbeitsplätzen diente. In diesem Zeitraum erhöhte sich die Produktivität der Autoindustrie weltweit gesehen um 25 Prozent, was die bereits bestehenden Werke betrifft.

Der anstehende Verdrängungskampf wird also angesichts der Verhältnisse auf dem Automobilmarkt gigantische Ausmaße annehmen. Ein beispielloser Rationalisierungsfeldzug steht vor der Tür, in dem die Möglichkeit der Schließung ganzer Werke — durch die Struktur der gegenwärtigen Investitionen bedingt — als sehr wahrscheinlich gelten kann. Denn die staatlichen Zuschüsse in ihrer jetzigen, von den Monopolen diktierten Form begünstigen die Schaffung neuer Werke, den Ausbau kleinerer Werke nicht als Möglichkeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern als Methode zu deren Verringerung und Verlagerung.

PKW-Produktion in einzelnen Ländern (in Millionen Stück)			
Land / Jahr	1965	1975	1978
USA	9,34	6,72	9,14
BRD	2,73	2,91	3,90
England	1,72	1,26	1,22
Frankreich	1,36	2,44	3,62
Italien	1,09	1,35	1,52
Japan	0,70	4,55	5,98

Im Vergleich zu Westdeutschland beträgt der Lohn der japanischen Automobilarbeiter ziemlich genau 65 Prozent. Andererseits sind die japanischen Monopole am weitesten fortgeschritten, was die Rationalisierung der Produktion betrifft. Ein Schlaglicht darauf wirft die in Japan weitgehende Robotisierung des Arbeitsprozesses. Bei Nissan (Datsun) führen Roboter zum Beispiel über 2800 der 3000 Schweißvorgänge aus.

Aber auch die westdeut-

schen Automonopole sind nicht untätig. So ist zum Beispiel VW seit längerem dazu übergegangen, aus den Tochterfirmen bereits zu exportieren. So wurden zum Beispiel Algerien und Ägypten von VW do Brasil beliefert, die zu 50 Prozent billiger produziert.

Von den 6000 Beschäftigten von VW Südafrika sind rund 4500 Afrikaner. Ungefähr 2500 von ihnen erhalten einen Nettolohn, der unter der offiziellen staatlichen Armutsgrenze von 151 Rand im Monat

Marktanteile ausländischer Werke in der BRD (PKW)			
Land / Zeitraum	Jan.-Apr. 78	Jan.-Apr. 79	Jan.-Apr. 80
Frankreich	10,1 %	10,7 %	10,6 %
Italien	4,6	4,5	4,2
Japan	3,7	4,3	8,3
USA (Opel, Ford)	33,2	30,5	26,2
Ausländer insgesamt	55,6	53,1	51,1
Ausländer ohne USA	22,4	22,6	24,9

Sonderschichten und dann?

Wenn heute noch wie beim Kaddett oder Golf Sonderschichten gefahren werden, dann kann man glauben, alles dies wären leere Hirngespinnste. Nun haben wir an den statistischen Zahlen gesehen, daß auch bei kleineren Wagen die Rückgänge bereits angefangen haben. Und es ist eine Erfahrungstatsache, daß Sonderschichten in den kapitalistischen Betrieben immer so lange gefahren werden, wie es irgend möglich ist — am liebsten selbst mitten in der Krise mit der halben Belegschaft. Die heute wieder stark steigende allgemeine Teuerung und die niedrigen Lohnabschlüsse werden aber die Situation insgesamt weiter verschärfen.

In dieser Situation ist es die Aufgabe der Metallgewerkschafter, von neuem und mit aller Kraft den Kampf um die Erhaltung jedes einzelnen Arbeitsplatzes zu beginnen. Dabei muß in jedem Betrieb der

Kampf gegen die konkreten betriebsbezogenen Rationalisierungsprojekte geführt werden, sei es die Einführung oder weitere Ausdehnung von MTM- oder MTM-ähnlichen Arbeitsverfahren. Von neuem gewinnt die Forderung nach der 35-Stunden-Woche große Aktualität als ein Mittel, Arbeitsplätze auf Kosten der kapitalistischen Profite zu schaffen bzw. zu erhalten. Ebenso muß der Kampf darum geführt werden, daß Subventionen aus Steuergeldern nur gegeben werden, wenn damit eindeutige Arbeitsplatz-erhaltungsgarantien verbunden sind.

So stehen die Aufgaben für die Metallgewerkschafter. Bei diesem Kampf werden die Betriebszellen unserer Partei ein entscheidender Faktor der Initiative und der Organisation sein.

Helmut Weiss

Illegale Leiharbeitspraxis treibt kriminelle Blüten

Geschunden für Niedrigstlöhne und ohne Versicherung

„Selbst alte und angesehene Unternehmen machen mit“

Das „Arbeitnehmerüberlassungsgesetz“ von 1972, das die gesetzlich zulässige Verleiharbeit regelt, verpflichtet die Bundesregierung, alle zwei Jahre einen Erfahrungsbericht über die Leiharbeitsfirmen zu erstellen. Der Bericht für 1980 liegt vor, verfaßt vom Bundesminister für Arbeit und Soziales. Obwohl noch nicht veröffentlicht, sind breite Passagen bereits über die Tagespresse bekannt geworden. Die im Ehrenberg-Bericht zusammengefaßten Fakten sind schlicht gesagt haarsträubend.

So wurden bereits bei den 1 600 zugelassenen, von der Bundesanstalt für Arbeit kontrollierten Leiharbeitsfirmen schwerwiegende Mängel und Gesetzesverstöße beobachtet.

Da werden ausländische Kollegen ohne Arbeitserlaubnis an Fremdfirmen verliehen, die dann aufgrund ihres illegalen Status zum Freiwill unternehmerischer Willkür werden. Vielfach wird die gesetzlich vorgeschriebene Dreimonatsfrist drastisch überschritten, durchschnittlich verleihen die zugelassenen Leiharbeitsfirmen ihre Arbeitskräfte für acht Monate.

Für die Unternehmer, die befristete Leiharbeiter einstellen, besteht der Vorteil, den eigenen Beschäftigtenstand mit Kündigungsschutz und ähnlichem „Sozialklimbim“ möglichst klein zu halten. Zweifellos belebt das die Bilanzen, gleichzeitig aber stabilisiert es die Misere auf dem Arbeitsmarkt und spaltet die Belegschaft.

Hauptsächlich beschäftigt sich der Bericht mit der verbrecherischen Tätigkeit der illegalen Leiharbeitsfirmen. Ehrenberg muß feststellen, „Daß die Zahl der illegalen Leiharbeiter ein Mehrfaches der Zahl der legalen Leiharbeiter beträgt.“

Während in der Baubranche, wo die illegalen Firmen am ungehemmtesten ihr schmutziges Geschäft betreiben, knapp 6 000 legale Leiharbeiter tätig sind, liegt die Zahl der illegalen bei rund 200 000, ein riesiger schwarzer Arbeitsmarkt, wenn man bedenkt, daß die Gesamtzahl der legalen Leiharbeiter bei 36 318 liegt (Stand: 30. 6. 79).

„Bei bandenmäßig organisiertem illegalen Verleih werden Leiharbeiter sogar durch Einschüchterungen und Drohungen davon abgehalten, ihren vollen Lohnanspruch geltend zu machen“, heißt es in dem Bericht.

Abgesehen davon, daß solches auch in Betrieben mit festen Stammbesetzungen

schon vorgekommen ist, zeigt die Einschätzung des Ministers, daß hier vollständige unternehmerische Freiheit gegenüber den außerhalb jeden gesetzlichen und gewerkschaftlichen Schutz stehenden illegalen Leiharbeiter geübt wird. Illegale Leiharbeiter sind vogelfrei.

Krankschreiben gibt es nicht, denn sie sind nicht krankenversichert. Krankheit bedeutet fristlose Kündigung, „wobei der illegale Verleiher Arbeitsverweigerung unterstellt“. Illegale Leiharbeiter erwerben weder Anwartschaften auf Rentenzahlungen noch auf Arbeitslosengeld. Ihr Status entspricht dem der Arbeiterklasse des letzten Jahrhunderts.

Weiter stellt der Bericht fest: „Im Baubereich haben wegen

der Preisunterbietungen durch illegale Verleiher selbst alte und angesehene Unternehmen von illegalen Verleihern Leiharbeiter entliehen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. (...) Unternehmen, die mit illegalen Verleihern zusammenarbeiten, erhalten oft Arbeitskräfte zu Kosten, die unter denen für eigene Arbeitnehmer liegen, weil die illegalen Verleiher keine Sozialversicherungsbeiträge abführen und Steuern nicht oder unvollständig entrichten und daher den Entleihern niedrige Stundensätze für die illegal entliehenen Leiharbeiter berechnen können.“

Der Minister hat angeregt, die Leiharbeit am Bau zu verbieten. Eine gute Idee, Herr Minister, doch warum nur am Bau?

Festzustellen bleibt folgendes:

Die Organisatoren und Hintermänner der illegalen Verleihfirmen sind handfeste Kriminelle, die die Notlage insbesondere ausländischer Kollegen auf das Übelste mißbrauchen. Sie

verdienen sozusagen an der sich verschärfenden Krise; im Riesenheer der Arbeitslosen finden sie ein geeignetes Rekrutierungsfeld. Sie sind moralisch verkommene Elemente.

Darüberhinaus aber dürfen wir nicht vergessen, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung selbst es ist, die solche Verbrecherorganisationen hervorbringt und in Krisenzeiten zu ungeahntem Reichtum kommen läßt. Denn in dem Maße, wie die Konkurrenz sich im Angesicht der Krise mehr und mehr verschärft, umso skrupelloser nutzen die Unternehmer jede sich bietende Gelegenheit, die Produktionskosten so gering wie möglich zu halten. Und die Lohnkosten sind nun einmal — besonders in der Baubranche — ein erheblicher Teil der Produktionskosten. Die illegalen Verleiher sind Schmarotzer im Gefolge der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Beide müssen weg, die Schmarotzer und das System, das sie hervorgebracht hat und sie ernährt.

Reaktionen zum Aussperrungsurteil

Loderer laviert

KPD/ML fordert gesetzliches Verbot

FRANKFURT.— Die Taktik der DGB- und insbesondere der IGM-Führung, den gewerkschaftlichen Kampf gegen die Aussperrung einseitig und ausschließlich auf die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes in Kassel zu konzentrieren, hat mit dem Urteil vom 10. Juni endgültig Schiffbruch erlitten. Welche Konsequenzen zieht nun IG-Metall-Chef Loderer aus dem Kasseler Urteil?

Zunächst einmal trifft Loderer eine recht realistische Einschätzung. Auf die Frage, ob er sich ein Verbot der Aussperrung auf tarifpolitischem Gebiet vorstellen könne, antwortet der Gewerkschaftsführer: „Für die Gewerkschaften (...) ist die Position klar: Jeder ausgesperrte Arbeitnehmer ist ein Aussperrter zuviel. Ich sehe praktisch keine Chancen, daß sich dies in eine tarifliche Absprache umsetzen ließe, daß, konkret gesprochen, die Arbeitgeber auf die Aussperrung verzichten werden.“

Auf die Möglichkeiten eines gesetzlichen Verbots angesprochen, wird er schon unverbindlich: „Gleichzeitig haben wir aber deutlich gemacht, daß wir unseren grundsätzlichen Anspruch an diesen Staat, und das schließt alle seine Organe ein, ein demokratisches und soziales Arbeitskämpfrecht zu schaffen, nicht aufgeben können.“

Für jeden Kollegen, der nun daraus den Schluß zieht, daß man nach dem negativ ausgefallenen Urteil nun an den Bundestag herantreten sollte, fügt Loderer gleich einen Dämpfer hinzu. Nach seiner Meinung sei der Gesetzgeber in Bonn „in seiner derzeitigen Zusammensetzung“ wohl schwerlich für ein Aussperrungsgebot zu gewinnen.

Einverstanden, Kollege Loderer, von sich aus werden die im Bundestag vertretenen Parteien nicht im Traum daran denken, die Aussperrung zu verbieten. Aber wie wäre es, wenn die Gewerkschaften all

ihre Kampfkraft und ihren Einfluß in die Waagschale werfen würden, um eine Mehrheit der Abgeordneten zu einem entsprechenden Schritt zu veranlassen?

Loderer ist da anderer Meinung: „Zunächst muß das Ergebnis der Bundestagswahl abgewartet werden.“

Sauber! Erst geht Loderer hin und warnt die Gewerkschafter davor, gegen den Gewerkschaftsfeind Nr. 1 zu mobilisieren, und hernach will er uns auf den nächsten Bundestag vertrösten. Diese Logik mag in den Kreisen der reaktionären DGB-Bonzen stichhaltig sein, für den einfachen Gewerkschafter ist sie es jedenfalls nicht.

Wahrscheinlich tut man Loderer nicht unrecht, wenn man ihm unterstellt, für ihn sei ein Bundestag mit sozialdemokratischer Mehrheit ein geeigneter Ansprechpartner. Aber haben nicht Schmidt und Wehner trotz gegenteiliger Initiativen der SPD-Basis klipp und klar darauf hingewiesen, daß bei ihnen ein Aussperrungsverbot nicht drin sei? Hat Loderer das überhört?

Man kann es drehen und wenden, wie man will, Der Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung muß geführt werden, wobei die Betonung auf Kampf liegt. Wären die Aktionen der Kampagne für das Verbot der Aussperrung vom ganzen DGB getragen worden, wären wir heute dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung einen großen Schritt näher!

Zum Abschluß des 9. ÖTV-Kongresses

Wichtige Forderungen verwischt

WESTBERLIN.— Auf dem 9. Verbandstag der Gewerkschaft ÖTV wurden neben den grundsätzlichen Auseinandersetzungen wie sie um Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die Organisation der Tarifpolitik geführt wurden (siehe die ausführliche Berichterstattung in der letzten Ausgabe des „Roten Morgens“) auch eine Vielzahl konkreter Beschlüsse gefaßt, die zum Teil sehr klare Forderungen für verschiedene Bereiche der Arbeit der ÖTV umfassen.



Ein Blick in den Tagungssaal des Gewerkschaftstages

So wurde vom Gewerkschaftstag beschlossen, den Kampf gegen die Aussperrung trotz des Kasseler Urteils als politischen Kampf weiterzuführen. Aber auch hier gelang es der ÖTV-Führung um Kluncker, die Delegierten von einer präzisen Forderung abzuhalten. Man könne nicht, so Kluncker demagogisch, das gesetzliche Verbot der Aussperrung fordern, weil das nur einen Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht und von diesem ein reaktionäres Urteil einbringen würde. Zwei Dinge sind bei dieser Argumentation sehr peinlich für Kluncker. Zum einen kann er niemandem einreden, das Bundesverfassungsgericht in Kassel sei weniger reaktionär als das Karlsruher Verfassungsgericht — in Kassel aber wurde prozessiert.

Zum anderen kann man mit dieser Begründung schlichtweg jeden Kampf um irgendeine echte Reform abschreiben. Nein, die Absicht dieser Herren, als sie die Delegierten dazu brachten, ausgerechnet diesen Beschluß so unklar zu fassen, war nichts anderes als die, den geforderten weiteren Kampf möglichst auf dem Pa-

pier zu lassen.

Dagegen gab es zu anderen, wichtigen Fragen klare Beschlüsse und Forderungen dieses Gewerkschaftstages, die den Wünschen der Mitgliedschaft und der aktiven Gewerkschafter entsprachen.

So wurde unter anderem gefordert, jede Neuauflage der „konzertierten Aktion“ zu verhindern, die Überwachung von Betriebs- und Personalräten durch Organe des Verfassungsschutzes einzustellen und alle gesammelten Daten zu vernichten.

Ebenso wurde, wenn auch nicht konkret, die weitere Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre und die Verbesserung der Lage der Frauen gefordert.

Die Delegierten des Gewerkschaftstages beschlossen auch, den Antikriegstag in diesem Jahr zu einem Höhepunkt der gewerkschaftlichen Friedenspolitik zu machen.

Nachdrücklich unterstrichen wurde die positive Bedeutung der Aktionen zum 8. März, dem Internationalen Frauentag, der so gegen die An-

griffe der Reaktionäre aus der DGB-Führung verteidigt wurde.

Einen breiten Raum nahmen weiter die Debatten und Beschlüsse zur Arbeit der Gewerkschaft in den kirchlichen Institutionen ein, dem unsozialsten aller Unternehmer, der bis zum Ende des zwanzigsten Jahrhunderts seinen Beschäftigten das Recht auf einen Tarifvertrag verweigert.

Die Liste solcher und ähnlicher Beschlüsse ist lang und könnte weitergeführt werden für nahezu alle Bereiche der ÖTV-Arbeit. Aber immer wieder tauchen dabei eben jene Schwächen auf, die bereits in der Analyse der Ergebnisse des Gewerkschaftstages im letzten „Roten Morgen“ genannt wurden. Auch und gerade jene Beschlüsse, die eindeutig von der Basis der Gewerkschaft kamen, bei denen man die guten Absichten, die richtige Stoßrichtung erkennen kann, sind oft schwammig formuliert, oder besitzen einfach zu wenig klare politische Stoßrichtung. Oft sorgte sich die Mannschaft Klunckers selbst sehr intensiv darum, daß dies so wurde. So mit dem eingangs erwähnten Beschluß zur Aussperrung. So aber auch mit den Beschlüssen zur Friedenspolitik, wo es trotz recht großen Unmuts, der am Rande des Gewerkschaftstages geäußert wurde, nicht dazu kam, eine offene Debatte um die SPD-Politik zu führen.

Sicher ist es gut und richtig, wenn von beiden Militärblöcken gefordert wird, konkrete und zählbare Schritte zur Abrüstung zu unternehmen. Aber zu den gegenwärtig brennenden Fragen der Kriegsgefahr — etwa zu den zusätzlichen NATO-Atomraketen — wurde ebenso wenig etwas beschlossen, wie die Frage der NATO-Mitgliedschaft überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Tarifrunde Chemie

WESTBERLIN.— Ohne Ergebnis auf den 27. Juni vertagt wurden die Tarifverhandlungen in der Westberliner Chemiebranche. Während der letzten Verhandlungsrunde am Mittwoch, den 18. Juni kam es zu einer Protestversammlung von knapp 150 Belegschaftsmitgliedern der Schering AG. Die Kollegen zitierten ein Mitglied der Tarifkommission der IG Chemie herbei und forderten Rechenschaft über den Stand der Verhandlungen.

Die Tarifkommission wurde aufgefordert, auf keinen Fall die Abschlüsse in Westdeutschland, die bei 7 bzw. 7,1 Prozent liegen, zu übernehmen. Das sei angesichts der Preissteigerungen nicht zu vertreten.

Die Forderung der IG Chemie für die rund 12 000 Beschäftigten der Westberliner Chemieindustrie liegt bei 190 Mark mehr für alle und einer Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 58 Mark. Dem gegenüber steht ein Unternehmerangebot von 7,1 Prozent.

Sickert gibt auf

WESTBERLIN.— Der Westberliner DGB-Vorsitzende Sickert, ein Exponent des reaktionären gewerkschaftsfeindlichen Flügels im DGB, der sich unter anderem durch positive Äußerungen zum Aussperrungsterror einen Namen gemacht hat, wird bei der nächsten Westberliner DGB-Delegiertenkonferenz nicht mehr für den Vorstand kandidieren. In den letzten Monaten war Sickert aus den Einzelgewerkschaften scharf angegriffen worden. Die Landesbezirkskonferenz der HBV hatte seinen Rücktritt gefordert. Nun mußte Sickert die Konsequenzen ziehen. Bravo!

Warnstreik bei Krupp

DUISBURG.— Mehr als 1 500 Beschäftigte der Krupp Industrie- und Stahlbau (KIS) in Duisburg-Rheinhausen legten am Mittwoch, den 18. Juni die Arbeit nieder.

Die Protestaktionen der Belegschaft richteten sich gegen die von der Werksleitung angekündigte Verlagerung von 400 Arbeitsplätzen nach Essen. Aus Essen sollen hundert Kollegen nach Rheinhausen verschoben werden. Hintergrund der Verschiebeaktion sind unternehmerische Pläne, den Stahlbaubereich der KIS in Rheinhausen zu konzentrieren, während der Maschinenbau auf Essen beschränkt werden soll.

Durch diese Umstrukturierung werden in erster Linie zahlreiche Arbeitsplätze im Angestelltenbereich vernichtet. Genaue Zahlen sollen erst nach den Sommerferien veröffentlicht werden.

Entlassungen bei Ford?

KÖLN.— Noch ist der öffentliche Schock über die geplanten Massenentlassungen bei Opel-Rüsselsheim nicht überwunden, haben die seit langem auf Kurzarbeit gesetzten Ford-Arbeiter in Köln ähnliche Hiobsbotschaften zu erwarten.

Wie ein Pressesprecher der Ford-Werke in Köln bekannt gab, sei eine Reduzierung der Arbeitsplätze um 2 500 „denkbar“. Gegenwärtig hat Ford in Köln 35 000 Belegschaftsmitglieder.

„Rettet das Leben von Erdal Eren!“

Aufruf des Solidaritätskomitees

Am 19. März 1980 wurde der jugendliche Antifaschist Erdal Eren in Ankara in der Türkei von einem Kriegsrechtsgericht zum Tode verurteilt. Die Militärrichter kündigten die schnellstmögliche Hinrichtung an.

Sollte nun wie erforderlich das türkische Parlament dieses Todesurteil bestätigen, dann muß Erdal Eren sterben. Unschuldige, einzig und allein deshalb, weil er ein Antifaschist ist. Einzig und allein deshalb, weil die Demirel-Regierung angesichts des wachsenden antifaschistischen Widerstandes in der Türkei offensichtlich ein Exempel statuieren will.

Worum geht es? Am 31. Januar 1980 wurde in Ankara der jugendliche Sinan Sünar auf offener Straße von einem Leibwächter des faschistischen MHP-Abgeordneten Cengiz Gökcek niedergeschossen, als er eine antifaschistische Parole auf eine Mauer malen wollte. Als er erst zwei Stunden später von der Polizei in das Krankenhaus eingeliefert wurde, war er bereits verblutet. Gegen diesen faschistischen Mord protestier-

ten am 2. Februar rund 1000 Demonstranten. Armee-Einheiten gingen gegen die Demonstranten vor und eröffneten das Feuer. Bei einem Schußwechsel wurde ein Soldat getötet. Nach diesem Vorfalle wurde Erdal Eren zusammen mit 20 anderen am Ort des Geschehens verhaftet. Noch am gleichen Tag erklärten verantwortliche Stellen, der Mörder des Soldaten sei gefaßt worden und würde umgehend bestraft.

In nur drei Verhandlungstagen verurteilte das Kriegsrechtsgericht Erdal Eren zum Tode, ohne auch nur einen stichhaltigen Beweis zu haben. Selbst die elementarsten Rechtsgrundsätze wurden bei diesem Schnellverfahren mißachtet. Das Verfahren fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Anwälte des Angeklagten wurden unter Druck gesetzt, ihnen wurde sogar mit Verhaftung gedroht. Ihre Anträge wurden häufig ohne Begründung abgelehnt. Eine gerichtsmässige Untersuchung von Erdal Eren wurde nicht gestattet, obwohl dieser angab, von der Polizei gefoltert worden zu sein.

Die Ankündigung des Gerichts, daß das Urteil rasch vollstreckt werde, wurde von Regierungschef Demirel und Generalstabschef Evren unterstrichen, die unter anderen erklärten: „Der Mörder des Soldaten wird bestraft werden, wir werden Rache nehmen, das Blut wird nicht umsonst geflossen sein!“

Alles weist darauf hin, daß dies keine leeren Worte sind. Faschistischer Terror steht in der Türkei schon längst auf der Tagesordnung. Allein in den letzten Wochen wurden Dutzenden Menschen auf offener Straße erschossen. In den Gefängnissen der Türkei wird gefoltert. Aufgrund des seit einem Jahr bestehenden Kriegsrechts kommt es immer wieder zu Massenverhaftungen. Regierungschef Demirel mußte kürzlich selbst zugeben, daß allein in den letzten drei Monaten 866 Menschen getötet, über 39000 Menschen aus politischen

Gründen festgenommen und 14000 von ihnen inhaftiert worden sind.

Doch der Widerstand des Volkes läßt sich nicht brechen. Jetzt soll an dem jungen Erdal Eren ein Exempel statuiert, erstmals seit vielen Jahren ein Todesurteil vollstreckt und damit geprüft werden, wie weit sich die Brutalität und Unmenschlichkeit noch steigern läßt. Seine Hinrichtung soll der Auftakt zu verschärftem Terror gegen alle Demokraten, Antifaschisten und Revolutionäre sein.

Verhindern wir die drohende Hinrichtung und retten wir das Leben von Erdal Eren! Bringen wir machtvoll unsere internationale Solidarität zum Ausdruck! Alle demokratisch und antifaschistisch gesinnten Menschen sind aufgerufen, gegen das geplante Verbrechen an dem jungen Antifaschisten Erdal Eren zu protestieren!

Weg mit dem Todesurteil gegen Erdal Eren!

Weg mit dem Kriegsrecht!

Schluß mit der Folter und dem faschistischen Terror in der Türkei!

Joachim E. Berendt, Schriftsteller, Baden-Baden; Wolfram Heyn, Dipl.-Soziologe, MdL Hessen, Bruchköbel; Prof. Dr. Ulrich Sonnemann, Gundersberg; Günter Harrer, Gewerkschaftssekretär, Bielefeld; Detlef Freistein, Soziologe, Bielefeld; Hein Hunger, MdL NRW, Bielefeld; Prof. Rainer Roth, Frankfurt; Prof. Dr. Hans G. Bartels, Hochschullehrer, Kelheim; Hildegard Hofmann, Pfarrer, Nürnberg; Eberhard Hahn, Pfarrer, Bielefeld; Gerd Flint, Rechtsanwalt, Dortmund; Rainer Ahues, Rechtsanwalt, Dortmund; Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim, Berlin; Prof. Dr. Theodor Mahlmann, Marburg; Hanno Botsch, Arzt, Berlin; Prof. i. R. Dr. Walter Warnach, Köln; Roman Pohl, Arzt, Köln; Christian Stolze, Pfarrer, Bielefeld; Dr. Henning Scherf, Senator, Bremen; M. Hoff, MdEP, Hagen und viele weitere

Verein der Arbeiter und Studenten aus der Türkei in Mönchengladbach und Umgebung; Verein der Arbeiter und Studenten aus der Türkei in Bielefeld und Umgebung; Verein der Arbeiter und Studenten aus der Türkei in Duisburg-Hochfeld und Umgebung; Verein der Arbeiter und Studenten aus der Türkei in Hagen und Umgebung; Verein der Patrioten aus der Türkei in Köln; Verein der Arbeiter aus der Türkei in Bünde; Solidaritätsverein der Arbeiter aus der Türkei in Bonn; Verein der Arbeiter aus der Türkei in Frankfurt; Verein der patriotischen Arbeiter und Studenten aus der Türkei in Gelsenkirchen und Umgebung; Verein der Arbeiter aus der Türkei in Witten und Umgebung; Verein der Arbeiter und Studenten aus der Türkei in Hamburg und Umgebung; Verein der Arbeiter aus der Türkei in Ulm und Umgebung; Verein der Arbeiter aus der Türkei in Rüsselsheim; Kultur- und Solidaritätsverein in Berlin

Solidaritätsveranstaltung in Bielefeld

Etwa 250 Besucher besuchten eine Veranstaltung, die in der vergangenen Woche unter der Losung „Rettet das Leben von Erdal Eren!“ in Bielefeld durchgeführt wurde. Erdal Eren, ein junger türkischer Antifaschist, steht gegenwärtig — wie der RM wiederholt berichtete — vor einem Militärgericht des türkischen Regimes in Ankara und ist von einem Todesurteil bedroht.

Mitglieder und Freunde des Komitees „Rettet das Leben von Erdal Eren!“ hatten vor der Veranstaltung eine breite Aufklärungsarbeit in Bielefeld entfaltet, um über den Fall des jungen Antifaschisten aufzuklären und die Solidarität mit ihm zu organisieren. 18 Organisationen erklärten ihre Unterstützung für den Aufruf zur Veranstaltung, über 600 Personen bekundeten ihre Solidarität durch ihre Unterschrift unter den Aufruf. Darunter waren auch zwei Gewerkschaftssekretäre und Bielefelds Oberbürgermeister Klaus Schwickert.

Die Veranstaltung selbst wurde von einem Mitglied des Komitees „Rettet das Leben von Erdal Eren!“ eröffnet: Die Westbäckerin Schriftstellerin Ingeborg Drewitz las Gedichte des türkischen Dichters Nazim Hikmet. Ein darin anschließendes Referat mit Lichtbildern informierte anschaulich über die wirtschaftliche und politische Lage in der Türkei. Frau Drewitz nahm noch einmal das Wort. Sie sprach über den Fall Erdal Eren und betonte die Entwicklung einer breiten Solidarität mit diesem Gefangenen des türkischen Regimes, an dem ein blutiges Exempel statuiert werden soll.

Ingeborg Drewitz verurteilte unter anderem auch das von den Behörden weitgehend geduldete Treiben der Grauen Wölfe in der Bundesrepublik und den jetzt angelaufenen Austausch von türkischen Lehrern in unserem Land, mit dem das Regime in Ankara ihm nicht genehme Lehrer aus der Bundesrepublik abziehen will.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion betonte der Bielefelder Arbeiter Cafer Cebe, ebenfalls Mitglied des Komitees, die Notwendigkeit, daß sich die deutschen Werktätigen mit ihren Kollegen aus der Türkei zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus in Westdeutschland und in der Türkei zusammenschließen.

Die Veranstaltung in Bielefeld war ein großer Erfolg für das Komitee und ein nachahmenswertes Beispiel dafür, wie der Fall Erdal Eren breiter bekannt gemacht werden kann. Die Besucher der Veranstaltung übten auch unmittelbar praktische Solidarität. So wurden etwa über vierzig Briefe an den türkischen Parlamentspräsidenten geschrieben, in dem die Forderung erhoben wird, das Todesurteil nicht zu bestätigen. Darüber hinaus wurden 360 Mark für die Unterstützung der Solidaritätsarbeit gespendet. Eine Gruppe von albanischen Arbeitern aus dem jugoslawischen Kosovo spendete außerdem noch 400 Mark.

Unsere Leser fordern wir auf, die Arbeit des Komitees zu unterstützen. Flugblätter mit dem Aufruf auf deutsch und türkisch, Unterschriftenlisten, Protestkarten an das türkische Parlament und eine Fotoausstellung können bei der Kontaktstelle des Komitees bezogen werden:

Cafer Cebe, Ellerstr. 20, 4800 Bielefeld 1

Spenden auf das Konto:

Cafer Cebe, Nr. 6885826, Commerzbank Bielefeld, (BLZ 480 400 35).

Pro-Familia-Häuser in Bremen und Hamburg verwüstet

Die Saat des Kardinals geht auf

Stoppt die Progromhetze der CDU/CSU!

BREMEN/HAMBURG. — Von bisher unbekannten Tätern ist in der Nacht von Samstag auf Sonntag (15./16. Juni) die Beratungsstelle „pro Familia“ in Bremen in der Stader Straße zerstört worden. In den frühen Morgenstunden des 18. Juni drangen Unbekannte in eine unmittelbar an der Alster gelegenen Beratungsstelle in Hamburg ein, kippten Schränke um, demolierten Karteikästen und zerschnitten die Sitzmöbel des Wartezimmers.

Beide Überfälle wurden mit beispiellosem Fanatismus durchgeführt. Der Bremer

Überfall, bei dem mit ätzenden Säuren operiert und anschließend ein Brand gelegt wurde,

verursachte einen Sachschaden von 250000 Mark.

Mit welcher skandalöser



Am Mittwoch, den 18. Juni, demonstrierten zahlreiche Menschen — unter anderem auch Mitglieder der VOLKSFRONT — in Bremen gegen die Terroranschläge.

Nachlässigkeit die Polizei auf die gewaltsamen Übergriffe reagierte, zeigt sich unter anderem daran, daß es einem unbekannten Täter am Montag, den 16. Juni erneut gelang, in die demolierte Bremer Beratungsstelle einzusteigen. Nur den durch die Beschäftigten von pro Familia getroffenen Sicherheitsmaßnahmen ist es zu verdanken, daß der Täter lediglich die Toiletteneinrichtung zerstören konnte.

Mit dem Überfall auf Beratungsstellen von pro Familia ist die pogromartige Hetzkampagne der schwarz-braunen Reaktion gegen Befürworter der Abtreibung endgültig in ein neues, terroristisches Stadium getreten. Denn ohne Zweifel richteten sich die faschistischen Übergriffe gegen jene Praxis von pro Familia, Schwangerschaftsunterbrechungen aus sozialen Gründen zu erleichtern.

Am Freitag vor dem Anschlag in Bremen war ein religiöser Fanatiker in der Beratungsstelle erschienen, hatte zu randalieren begonnen und die Mitarbeiter von pro Familia des Massenmords bezichtigt. Schon vorher waren verschiedene anonyme Drohungen eingegangen; dabei wurde pro Familia unter anderem als „Mördersyndikat“ diffamiert. All das unterscheidet sich kaum noch von jenen Terroraktionen, die die Schlägerbanden von SA und SS schon vor 1933 gegen Demokraten und Antifaschisten, gegen alles „Undeutsche“ inszeniert hatten.

Doch wäre es völlig falsch, die Verantwortung der Vorherrschaft in Bremen und Hamburg einer Handvoll wirklichkeitsfremder, fanatisierter Spinner zu überlassen. Diese Terrorakte sind vielmehr das zwangsläufige und gewollte Resultat einer bereits im Sommer des vergangenen Jahres begonnenen zynischen Hetze gegen die Befürworter der Abtreibung.

Insbesondere der Vorsitzende des gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU, der Internist Dr. Hartwig Holzgartner, hatte sich damit profiliert, die Abtreibung aus sozialen Gründen mit dem Massenmord an Juden zu vergleichen, und die reaktionären Kirchenfürsten vom Schlage eines Kardinal Hoffners hatten sich beeilt, dieser an Abscheulichkeit kaum zu überbietenden Hetze unter dem verlogenen Vorwand des Schutzes ungeborenen Lebens beizustimmen.

Diese Herren sind die wahren Verantwortlichen für die Pogrome in Hamburg und Bremen. Diese Herren, versteckt unter dem bußfertigen Talar der hohen Geistlichkeit, eingebettet in die Gesellschaft der Honoratioren der CSU haben die schreckliche Saat gesät, die nun aufgeht.

Am Mittwoch, den 18. Juni, fand in Bremen eine Demonstration gegen die Anschläge auf pro Familia statt. Roß und Reiter wurden beim Namen genannt. „Stoppt die Pogromhetze von CDU/CSU“, hieß es auf einem Transparent.

Kongreß-Dokumentation erschienen

Die auf dem Dortmunder Kongreß gegen Reaktion und Faschismus am 26. Januar vorgebrachten Wortbeiträge liegen jetzt gedruckt vor. Das kleine etwa hundert Seiten umfassende Bändchen ist mehr als nur die Dokumentation eines erfolgreichen antifaschistischen Kongresses.

Es ist zugleich ein Lesebuch über bundesrepublikanische Zustände — und über den Kampf dagegen. Der Leser kann sich anhand der einzelnen Beiträge schnell und doch fundiert über alle Bereiche der Faschisierung in unserem Land informieren, von den Berufsverböten über die Zensur und das Auftreten faschistischer Banden bis hin zur Aussperrung und den Todesschüssen der Polizei. Wichtiger noch: Die Redner des Kongresses, Aktivisten der Bewegung gegen Reaktion und Faschismus machen ihn mit den verschiedenen Möglichkeiten des Kampfes, mit erfolgreichen Beispielen des Widerstands bekannt. Von besonderer Aktualität ist dabei sicher die Rede des Vorsitzenden der VOLKSFRONT, Eike Hemmer, mit dem programmatischen Titel: „Stoppt Strauß!“

Die Dokumentation umfaßt 96 Seiten, ist reichlich bebildert und kostet 5 Mark. Bestellungen an:

Ulrich Leicht, Schaffleweg 4, 4600 Dortmund 14.

Antifaschisten verhindern Veranstaltung der Grauen Wölfe

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Am Donnerstag fand ein Mitglied der VOLKSFRONT einen Handzettel in einer Telefonzelle, der unter dem Symbol der Grauen Wölfe für Samstag zu einer Kulturveranstaltung aufrief. Er gab diese Information sofort an den Vorstand weiter. Am Freitag liefen die Vorbereitungen der VOLKSFRONT bereits auf vollen Touren, unterstützt von Genossen der KPD/ML. Das Telefon stand nicht mehr still. Innerhalb eines Tages mußten nun möglichst viele antifaschistische Organisationen und Menschen, deutsche wie türkische, gegen diese unerhörte Provokation mobilisiert werden. Denn die

Antifaschisten vor der Kneipe versammelt. Dann bekam die VOLKSFRONT heraus, daß die Grauen Wölfe ihren Aufmarsch in eine Mormonenkirche verlegt hatten. Im Nu wurden erst einmal die VOLKSFRONT und die KPD/ML dorthin, um ebenfalls die frommen Herren von der Vermietung ihrer Kirche abzubringen. Die stellten sich aber vollständig taub. Sie hätten nichts mit Politik im Sinn und deshalb würden sie auch diese Kulturveranstaltung bei sich durchführen lassen. Von den Grauen Wölfen wußten sie nichts.

Jetzt rückte auch die Polizei

ferischer, die Entschlossenheit der Antifaschisten unmißverständlich deutlich, diese provokative Veranstaltung zu verhindern.

Die Polizei ging zwischen die beiden Fronten und hielt sie in einem Abstand von 20 Metern auseinander, bewaffnet mit Helmen, den Schlagstock in der Hand. Weitere Verstärkung rückte noch an. Die Grauen Wölfe schafften in dieser Situation Frauen und Kinder weg. Unversöhnlich standen sich nun Faschisten und Antifaschisten gegenüber.

Angesichts dieser bedrohlichen Lage zogen nun endlich die Mormonenführer ihre Zustimmung zurück und bliesen die Veranstaltung ab. Als die VOLKSFRONT dieses Ergebnis über Megaphon bekannt gab, war der Jubel natürlich groß. Die Stimmung erreichte ihren Siedepunkt. Dennoch wurden die Reihen fest geschlossen gehalten, da ja dem Gegner jeder Trick zuzumuten ist. So dauerte es auch noch eine Stunde lang, bis die Faschisten wirklich abgezogen waren. Die Polizei hielt BVG-Busse an und bugsierte die Grauen Wölfe dort hinein. Erst als der letzte Faschist gegen 19 Uhr verschwunden war, gingen auch die Antifaschisten zufrieden nach Hause.

Die Grauen Wölfe zogen sich in ihr Weddinger Vereinslokal zurück. Die Antifaschisten hatten sie also wieder in ihre Löcher vertrieben. Statt der geplanten 700 bis 900 Mann, war nur ein 50 Mann starkes Häuflein von Anführern übriggeblieben. Die Veranstaltung war ihnen gründlich versalzen worden. Für die Antifaschisten war dies ein schöner Tag, ein wirklich guter Erfolg. Es hatte sich gezeigt, wie notwendig der Zusammenschluß aller Antifaschisten ist, und wie wirkungsvoll! Und es hatte sich auch gezeigt, daß die VOLKSFRONT schon heute eine entscheidende Kraft ist, um diesen Zusammenschluß gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in die Hand zu nehmen und zu erkämpfen.

Wirtschaftsförderung = Kriegsförderung?

Volkskorrespondenz aus Heilbronn

200 Arbeitsplätze hat man in Heilbronn geschaffen. Dazu noch bei AEG-Telefunken. Im ersten Moment mag es verwunderlich erscheinen. Hat doch der „Rote Morgen“ berichtet, daß Tausende von Arbeitsplätzen bei AEG nach dem Sanierungsplan der Großbanken vernichtet werden sollen. Krisenbewältigung auf dem Rücken der Arbeiter. Sollte das in Heilbronn anders sein?

Ein kurzer Blick hinter die Kulissen gibt allerdings den Kommunisten recht. 100 Millionen Mark kostet das neue Projekt mit dem harmlos klingenden Namen Wärmebildgeräte-Betrieb. Dem Ökologen lacht das Herz. Solche Geräte werden doch benutzt, um Wärmeverlustquellen bei Gebäuden festzustellen. Wie schön. Endlich wird mal was gegen die Energieverschwendung getan. Vorbei ist es mit dem Ausbau der Kernkraftwerke. Ins Stutzen gerät unser lieber Freund jedoch, wenn er hört, daß 50 Millionen Mark, also die Hälfte der Kosten, vom Bundesver-

Der 17. Juni, „Tag der deutschen Einheit“, zeigt von Jahr zu Jahr deutlicher die Absicht seiner Erfinder. Der deutschen Einheit soll gedacht werden, also der Einheit, die nach dem Krieg durch die Westmächte verhindert wurde. Sowohl Adenauer als auch Schumacher tragen hierfür die Verantwortung. Doch davon ist weder bei der Bundestagsdebatte noch bei den Feiern der bürgerlichen Parteien im Lande die Rede. Sinn und Zweck des 17. Juni zeigte sich wieder mal ganz deutlich bei der Feier, bzw. der Gedenkstunde in Weinsberg (Nahe Heilbronn).

Die Vereinigung der „Opfer des Stalinismus“ hatte dorthin zu einer zentralen Veranstaltung eingeladen. Was sich dort zusammenrottete, Gift und Galle spuckte, war der Sumpf der schwarz-bräunlichen Reaktion. In trauriger Einheit marschierten da die Vertreter der Stadt Weinsberg, der neofaschistischen NPD und die Strauß-Truppe CDU zum „Gedenken“. „Von der Maas bis an die Memel, vom Etsch bis an den Belt“ sangen sie und steckten damit neuerlich ihre Kriegsziele ab. Friedlich erst mal, wie der CDU-Abgeordnete Mühlberger betonte, unter Einsatz wirtschaftlicher Möglichkeiten. Daß neben der Propaganda für den Wirtschaftskrieg die Aufforderung nach Entfernung von Kommunisten aus Schulen und Behörden nicht fehlen durfte, ist selbstverständlich. Ruhe an der Heimatfront ist ja die Voraussetzung für die ehrgeizigen Ziele dieser Herren.

Der Mangel an Nachwuchs war allerdings unverkennbar. Der Jugend wollten sie ihre Gedanken von „Freiheit und Einheit“ einpflanzen. Mit einer Ausnahme war aber gar kein Jugendlicher erschienen. Offensichtlich hatte sich die Jugend entschlossen „Verrat an unseren Schwestern und Brüdern in der DDR“ zu begehen, denn sie war der Aufforderung zur Gedenkstunde ja nicht gefolgt. Zur Freude all jener „vaterlandslosen Gesellen“, die sich nicht zum Kanonenfutter der Kriegsgewinnler verheizen lassen wollen.

digungsministerium bezahlt werden. Seit wann interessiert die Kriegsplaner die Umwelt? Der Schleier lichtet sich für den der weiß, daß alle gepanzerten der Bundeswehr mit Nachtsichtgeräten ausgerüstet werden sollen. Für sie wird in Heilbronn die Wärmebildtechnik entwickelt und künftig soll der Heilbronner Betrieb den Bedarf der Bundeswehr an Wärmemodulen decken.

Unsere Partei schreibt in ihrem Programm: „Die Monopole benutzen den Staat, um zu versuchen, sich durch sogenannte Antikrisenmaßnahmen politisch und ökonomisch vor den Auswirkungen der unvermeidlichen kapitalistischen Krise zu schützen. Die verstärkte Militarisierung, die rücksichtslose steuerliche Ausplünderung der werktätigen Massen und die Plünderung der Staatskasse durch die Monopole sind weitere Grundtendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus.“ (Programm der KPD/ML, S. 12/13.) Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Zwei Arten, den 17. Juni zu begehen

Volkskorrespondenz aus Heilbronn

Eine Veranstaltung ganz anderer Art begab sich zum gleichen Zeitpunkt in Asperg, 30 Kilometer entfernt. Junge und Alte, Frauen und Männer aus allen Schichten unseres Volkes hatten sich dort zusammengefunden, um gemeinsam ihrer Forderung nach einer Gedenkstätte von Freiheitskämpfern, Demokraten und Antifaschisten Ausdruck zu geben. Viele hundert waren gekommen und hatten die Stadthalle in Asperg bis zum Brechen gefüllt. Eine 3/4 Stunde von Ludwigsburg entfernt steht da ein ringsum von Weinbergen umgebener Bergkegel, gekrönt von einer Festung, Hohen-Asperg genannt. Seit 700 Jahren sperrt man dort Menschen ein. Bis heute. Vorzugsweise politische Gefangene schmerten in seinen Kerkern. Lückenlos läßt sich anhand der Gefangenenliste die Praxis der jeweils Herrschenden nachweisen, sich ihrer politischen Gegner mit Terror und jahrelanger Haft zu entledigen. Aufständische Bauern in den Tagen des großen Bauernkrieges, Kämpfer gegen Despotismus und Feudalismus, der demokratischen Revolution, Künstler und Denker wie Schubart, Friedrich Liszt, Berthold Auerbach.

Die entstehende Arbeiterbewegung, Opfer der Sozialistengesetze fanden sich auf dem Asperg wieder. Die Niederschlagung der November-Revolution und die politische Justiz der Weimarer Republik füllten die Kerker. Wer in den Jahrgängen der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ blättert, stößt immer wieder auf den Namen Asperg, findet der Arbeiterbewegung vertraute Namen. Zwölf Jahre Faschismus hinterließen auf dem Asperg blutige Spuren. Kommunisten, Demokraten und Antifaschisten wurden hier gesammelt und dann in Konzentrationslager verschickt, Zigeuner zur Deportation nach Auschwitz fertiggemacht. Der Häftlingsfriedhof kündigt noch heute von erschütternden Schicksalen.

Kurze Zeit nach dem Krieg war der Asperg Entnazifizierungslager. Aber dieser Lichtblick in seiner Geschichte saßen bald wieder in den höchsten Positionen, wie der Fall

Filbinger beweist. Im Jahre 1957 konnten die alten Nazis auf dem Asperg schon wieder eine Veteranenfeier abhalten, während die Opfer des KPD-Verbots die Zellen füllten. Die Chronik schließt vorläufig mit den Gefangenen der RAF, die von Stammheim auf den Asperg gelegt wurden.

„Tränen-, Höllen- und Schicksalsberg“, der „Demokraten- und Jammerbuckel“, das sind die Namen des Asperg im Volk bis heute. Nicht so für die Herrschenden. Für sie war und ist er Bollwerk ihrer Macht, steingewordene Drohung gegen das Volk. Die ach so christliche, freiheitliche, soziale Landesregierung des ehemaligen Neuen-Heimat-Chefs und jetzigen Ministerpräsidenten Späth beabsichtigt nun den Asperg zu „modernisieren“. Sie stellt sich damit erwartungsgemäß in die Tradition all ihrer blutigen Vorgänger. Daß das unter dem Deckmantel des „humanen Strafvollzugs“ geschah, kann man nur als Provokation auffassen.

Doch noch ist es nicht zu spät. Gewerkschaften, Naturfreunde, antifaschistische und demokratische Organisationen haben zum Widerstand aufgerufen. Was sich hier zusammenfand, war VOLKSFRONT, wenn auch noch wenige der Teilnehmer in der VOLKSFRONT organisiert waren. Selbstverständlich war es auch, daß die Genossen unserer Partei, der KPD/ML, zu dieser Kundgebung aufgerufen hatten. Wir fordern, daß der Hohe-Asperg zur Gedenkstätte für die freiheitlich-demokratische und antifaschistische Bewegung in Baden-Württemberg gemacht wird. Wir fordern, daß der Terror der Herrschenden gegen die Arbeiterbewegung bis zum heutigen Tage dort dokumentiert wird. Die Besten unseres Landes saßen in diesen Kerkern, und gerade der 17. Juni ist der Tag, an dem wir für die Freiheit eintreten müssen. Die Herrschenden haben einen Feiertag beschreiben sie für ihre revanchistischen Ziele benutzen wollen. Wir aber fordern am 17. Juni ein neutrales, friedliebendes Deutschland, das in der Tradition seiner Kämpfer für Freiheit, Frieden und Sozialismus steht.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich
DM 60.-

☐ halbjährlich
DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD/ML

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

☐ Ich möchte Mitglied der KPD/ML werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteilbüro der KPD/ML, Wellinger Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30



Demonstration gegen die Grauen Wölfe vor der Mormonenkirche

einladenden drei Vereine sind nämlich die stadtbekannten Tarnorganisationen der faschistischen Grauen Wölfe, die im Januar dieses Jahres den Metallarbeiter Celatin Kesim hier in Westberlin ermordet haben. Das mußte selbst der Staatsschutz am Telefon zugeben, der aber trotzdem nicht gegen diese Veranstaltung vorging.

Nun wurde eine Presseerklärung verfaßt und mit einer Kopie des Handzettels am gleichen Abend an die Tagespresse und den Rundfunk verteilt. Die KPD/ML hat sofort den Versuch unternommen, den Wirt zur Auflösung des Saalvertrages zu bewegen. Dieser war empört, als er erfuhr, was für eine Laus er sich da in den Pelz gesetzt hatte. Denn die Veranstaltung hatte ein feiner türkischer Herr in Schlips und Kragen lediglich unter seinem Namen (Karakus) als Kulturveranstaltung angemeldet. Im Vertrag hat er unterschrieben, daß es sich um keine Tarnveranstaltung der Grauen Wölfe handelt. Es kämen 700 bis 900 Leute zur Veranstaltung, zum Teil auch aus Westdeutschland. Die fehlenden 200 Stühle wollten sie selbst mitbringen.

Nun wurde der Vertrag sofort aufgelöst. Herr Karakus bekam eine telegrafische Absage. Der Wirt informierte die Polizei, da er befürchtete, daß sich die Faschisten aus der Türkei eventuell selbst gewaltsam Einlaß verschaffen würden. Nach einer Viertelstunde kam ein Einsatzkommando vorbei. Der Wirt legte ihm den Handzettel vor. Die Polizisten stellten sich aber dumm und leugneten, jemals das Symbol der Grauen Wölfe gesehen zu haben. Sie würden am Samstag nur kommen, wenn wirklich etwas passiert. Die eingeleitete Mobilisierung durch die VOLKSFRONT bestätigte sich also als richtig und dringend notwendig.

Am Samstag um 15 Uhr waren dann auch ungefähr 300

mit zehn Mannschaftswagen heran. Die VOLKSFRONT nahm sofort die Verhandlung mit dem Einsatzleiter auf, und berichtete, worum es sich bei dieser Veranstaltung handelt. Der Einsatzleiter hörte sich das zwar an, beteuerte ansonsten aber nur, daß die Polizei angeblich eine neutrale Rolle spielte. Er würde auf alle Fälle dafür sorgen, daß diese Veranstaltung stattfindet, wenn die Kirchenleitung das wünscht, und zwar mit allen Mitteln.

Nun kamen zuerst die Anführer der Grauen Wölfe und setzten sich mit der Polizei zusammen, um ihr Vorgehen zu beraten. Dazu kamen dann zwei Verantwortliche der Mormonenkirche. Eins wurde schnell klar und auch von den Kirchenfürsten unmißverständlich gesagt. Sie wollten unbedingt diese Veranstaltung in der Kirche durchführen. Allerdings zeigte sich da schon, daß die Mormonen eine wachsende Angst vor einer gewaltsamen Auseinandersetzung bekamen und um ihre Kirche fürchteten, angesichts des entschlossenen Auftretens der Antifaschisten. In der Zwischenzeit waren auch die restlichen Antifaschisten von der anderen Kneipe hierher gekommen. 300 Mann hielten nun den Kircheneingang besetzt.

Jetzt rückten die Grauen Wölfe an. In Zehnerreihen kamen sie langsam auf die Kirche zu. Aber mit Frauen und Kindern in ihrer Mitte. Hatten sie doch mit einer so schnellen Reaktion der VOLKSFRONT nicht gerechnet. Als der Zug der Faschisten herankam, schlossen sich die Reihen der Antifaschisten immer enger zusammen. „Türkischer Mörder“, „Faschisten raus aus Westberlin“, „Sofortiges Verbot der Grauen Wölfe“, „Tod dem Faschismus, Freiheit dem Volk“ diese und andere Parolen wurden den Faschisten kraftvoll entgegengeschleudert. Die Stimmung wurde immer kämp-

Frankfurter DGB-Kundgebung am 17. Juni

20 000 fordern Verbot faschistischer Organisationen

Der Anlaß für eine antifaschistische Demonstration war das „Deutschlandtreffen“ der NPD, das alljährlich am „Tag der deutschen Einheit“ in Frankfurt stattfinden soll. 40 000 Antifaschisten demonstrierten im letzten Jahr, obwohl oder gerade weil Oberbürgermeister Wallmann eine Demonstration des DGB verboten hatte. In diesem Jahr waren

die Vorbereitungen zur Verhinderung des faschistischen „Deutschlandtreffens“ schon sehr frühzeitig angelaufen. Die Forderung nach dem Verbot der Faschistenversammlung fand außerordentlich breite Unterstützung, die bis hinein in die Kirchen reichte.

Angesichts dieses öffentlichen Drucks sah Oberbürgermeister Wallmann sich ge-

tigt, die NPD-Kundgebung zu verbieten. Das ist zweifellos ein großer Erfolg der antifaschistischen Bewegung. Trotzdem verzichtete der DGB in Zusammenarbeit mit beiden Kirchen und der Jüdischen Gemeinde nicht darauf, auf dem Frankfurter Römer eine Kundgebung gegen die Nazis durchzuführen, an der sich etwa 20 000 Menschen beteiligten.

Ein großer Teil der Kundgebungsteilnehmer war in einem von „Rock gegen Rechts“ organisierten Sternmarsch auf den Römer marschiert. Auf Transparenten und mit Sprechchören wurde nicht nur das Verbot aller faschistischen Organisationen gefordert, sondern auch Stellung genommen zu Polizeiterrort, Berufsverboten, zum Aussperrungsverbot und zur wachsenden Kriegsgefahr.

Während auf der DGB-Kundgebung ein Sprecher des Landesjugendrings in einem kämpferischen Redebeitrag zu verschiedenen Aspekten der politischen Unterdrückung sprach, gerieten die Reden des DGB und vor allem der beiden Kirchen stellenweise zu offen reaktionären Ansprachen. So forderte DGB-Funktionär Hesselbach die Demonstranten auf, gleichermaßen gegen rechts und links zu kämpfen, was mit zahlreichen Buhrufen quittiert wurde. Die Empörung der Demonstranten erreichte einen Höhepunkt, als eine Kirchenspreche-



Bei antifaschistischen Demonstrationen darf dieser Hampelmann nicht fehlen.

„Deutschlandtreffen der NPD in Philippsthal verhindert

„Den Faschisten die Faust ins Gesicht!“

Zwei Genossen der Roten Garde berichten

PHILIPPSTHAL.— Aus Frankfurt abgedrängt, versuchten die Faschisten der NPD ihre Provokation namens „Deutschlandtreffen“ an der Grenze zur DDR in Nordhessen zu inszenieren. Etwa 3 000 zumeist jugendliche Antifaschisten machten ihnen einen Strich durch die Rechnung. Straßen wurden abgeriegelt, so daß nur wenige Anhänger der Neonazis überhaupt nach Philippsthal kommen konnten. Die Polizei sah sich schließlich gezwungen, trotz gegenteiliger Entscheidung des Verwaltungsgerichts das „Deutschlandtreffen“ zu verbieten, weil sie sich

nicht mehr in der Lage sah, „für Sicherheit und Ordnung“ zu garantieren. Wie zu erwarten war, stimmte die Presse daraufhin ein wütendes Geheul an, von „zahlreichen Rechtsbrüchen der Linken“ war die Rede, „linke Krawallbrüder“ und „Chaoten“ sollen am Werk gewesen sein usw. Über den Terror und die Gewalt der Faschisten „vergaß“ man zu berichten. Im folgenden ein Bericht von zwei Genossen der Roten Garde aus Karlsruhe, die mitgeholfen hatten, den Faschisten den Weg zu verlegen.

Wir sind am 16. Juni nach Philippsthal gefahren, weil wir meinen, daß man gegen die Nazis da protestieren muß, wo sie hinkommen. Abends trafen wir in Eschwege ein, wo gerade ein Festival von „Rock gegen Rechts“ lief. So zwei- bis dreitausend Leute waren da. Am Morgen des 17. Juni sind wir alle um vier Uhr aufgestanden, denn wir wollten verhindern, daß die Nazis überhaupt nach Philippsthal reinkommen. Gegen sechs Uhr ging's schließlich los; in einem riesigen Konvoi sind wir losgefahren. Nur ganz wenige sind in den Nachbarort Sontra gefahren, wo der DGB zum Zwecke der Spaltung eine Demo durchführen wollte.

Um sieben Uhr wurden wir etwa zwanzig Kilometer vor Philippsthal von der Polizei gestoppt. Man wollte keinen Antifaschisten an den Ort des Geschehens lassen. Als nach zwei Stunden Verhandlung zwischen Demo-Leitungen und Polizei immer noch nichts herausgekommen war, hatten wir die



Verstärkung schwebt ein.

Nase voll. Mit einem kleineren Konvoi haben wir einfachen die Straßensperre auf Feldwegen umgangen. Schließlich war es schon sehr spät, und wir hatten uns ja einiges vorgenommen. Drei Kilometer vor Philippsthal wurden wir dann endgültig von der Polizei aufgehalten. Gleichzeitig fuhr eine andere Antifaschisten an die anderen Ortsein-

gänge. Der Ort war abgeriegelt, keiner kam mehr durch.

An unserer Straßensperre waren ungefähr 400 Leute und am Anfang vielleicht 30 Polizisten. Später wurden mit Hubschraubern des Bundesgrenzschutzes weitere 120 und ein paar Wasserwerfer eingeflogen. Wir haben dann erst einmal Barrikaden gebaut, damit die



Der Motorradclub Schinderhannes sammelt Unterschriften für eine Grußadresse nach Philippsthal.



Den diszipliniertesten und kämpferischsten Block bildeten die Genossen aus der Türkei.

rin versuchte, Befürworter der

Schwangerschaftsunterbrechung als Menschen zu diffamieren, die zuwenig Achtung

vor dem Leben hätten.

Man fühlte sich ein wenig an den 1. Mai erinnert, der sich durch zahlreiche kämpferische

Demonstrationen ausgezeichnet hatte, die in scharfem Gegensatz zu den meisten Kundgebungsreden gestanden hatten.



Etwa 3 000 Antifaschisten verlegten den Nazis den Weg zum „Deutschlandtreffen“.

Nazis auch wirklich nicht durchkommen können.

Um zehn Uhr hatten wir mit den Faschisten. Vorweg muß man noch sagen, daß wir inzwischen folgendes erfahren hatten: Auf der Autobahn (am Ende des Konvois) war ein Nazi in eine Gruppe von Antifaschisten gefahren und hatte einen von uns schwer verletzt. So hatten wir also schon die nötige Wut im Bauch.

Also, um zehn Uhr kam dann plötzlich auf der Seitenstraße ein Bus der Nazis angefahren. Sie wendeten sofort, als sie uns sahen, aber wir haben es doch noch geschafft, „Nazis“ auf den Bus zu sprühen.

Etwas weiter oben auf der Straße hatten zwei PKWs der Nazis einen Wagen von uns eingeklemmt. Der Bus ist dann voll hinten draufgefahren, ein paar Nazi-Schläger sind ausgestiegen und haben den Wagen völlig demoliert. Als wir kamen, haben die Nazis sich in die Büsche geschlagen. Einen gut

gepflegten Daimler mußten sie zurücklassen, um ihre Haut zu retten. Der Besitzer wird kurze Zeit später an den dicken Rauchwolken gemerkt haben, welches Schicksal seinen Wagen ereilt hat.

Die Nazis, die dann noch im Laufe des Tages erschienen, zogen es dann vor, gleich wieder kehrt zu machen. Später haben wir dann erfahren, daß wir den Einzug von 1 500 Nazis nach Philippsthal verhindert hatten. Das „Deutschlandtreffen“ war somit geplatzt.

Schließlich haben die Nazis dann doch noch eine Provokation gewagt. Gegen halb eins fuhr plötzlich ein Nazi-Bus auf und parkte auf einem Platz, der etwa hundert Meter von unserem Standort entfernt war. Ein paar Nazis stiegen aus und schwenkten Fahnen. Obwohl die Demo-Leitung den Standpunkt vertrat, man solle da nicht hingehen, und uns eine Diskussion über Gewalt aufzwingen wollte, machten sich die meisten auf den Weg, um

die Nazis zu vertreiben. Und was die Gewalt betrifft, die war längst da, in der Person der Faschisten, die Terror und Krieg wollen, die Antifaschisten umgefahren haben. Und wenn sie nicht freiwillig abhauen, dann muß man eben nachhelfen. Als die Scheiben des Busses zu Bruch gingen, haben die Nazis endlich das Weite gesucht.

Aus der Bevölkerung waren viele positive Stimmen zur Demo zu hören, der Haß auf die Nazis war spürbar. Manch einer ermunterte uns: „Schmeißt bloß den Knüttel nicht weg, die Nazis müssen wissen, was ihnen blüht!“

Wir von der Roten Garde sind folgender Meinung:

Wer die blutige, terroristische Diktatur des Finanzkapitals, den Faschismus herbeiseht, wer KZ-Gräuelt und millionenfachen Massenmord, den Raubkrieg der Monopole und die Verbrechen der Hitler, Himmler und Heß verherrlicht, dem gehört die Faust ins Gesicht!

Im Zentrum der internationalen Spannungen

Die Macht aufs Öl gebaut

Furcht vor dem Krieg, Angst vor Khomeiny

Die Entwicklung in den Staaten, die am Persischen Golf und auf der arabischen Halbinsel liegen, ist in den letzten Monaten immer hektischer verlaufen. Es wird von allen Seiten aufgerüstet, es werden Pakte gesucht, es wird verhandelt. Zum ersten Mal hört man von großen Demonstrationen in den Ölländern, Polizeiaufgebote zerschlagen oppositionelle Kundgebungen in Dubai, Bahrain und Kuwait. Der Überfall auf die Moschee von Mekka hat mit einem Schlag

Die Erbschaft des Schahs

anzutreten haben sich verschiedene Machtgruppen am Persischen Golf aufgemacht. Das faschistische Regime Pahlevis hatte seit Beginn der siebziger Jahre die Rolle der regionalen Großmacht im Auftrag der USA übernommen. Die iranische Marine kontrollierte die Straße von Hormuz, besetzte dort drei Inseln, die Territorium der Vereinigten Arabischen Emirate sind und sandte Truppen nach Oman, um die Herrschaft des Sultans Qabus zu sichern.

Heute sind es zwei Staaten, die sich anschicken, Erben des Schahs zu werden: der Irak und Saudi-Arabien.

Die Ausgangspositionen der beiden Staaten sind dabei unterschiedlich. Verschiedene bürgerliche Gruppierungen wechselten sich im Irak an der Führung der Arabischen Sozialistischen Baath Partei ab, die als Ergebnis des antiimperialistischen Kampfes gegen Britannien die Macht in Bagdad übernahm. Obwohl im Lande der Kapitalismus entwickelt wurde, galt der Irak in der westlichen Propaganda lange Zeit als radikal, weil er im Bündnis mit Moskau stand. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Britannien, Frankreich und Italien waren aber in dieser ganzen Zeit stärker als die zur Sowjetunion. Aber auch den Ölscheichs galten die irakischen Machthaber als verdächtig. Zu jener Zeit, als das Imperium Pahlevis noch bestand, gab es keine gemeinsamen Aktionen des Irak mit Saudi-Arabien. Nach dem Sturz des Schahs aber sah die irakische Bourgeoisie ihre Chance, zur regionalen Vormacht aufzusteigen. Sie verstärkte die Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Imperialisten und löste sich aus den Verträgen mit den Moskauer Imperialisten.

Der Irak, neben dem Iran der einzige Golfstaat, der mit einer starken Armee ausgerüstet war, forcierte seine Aufrüstung weiter, gab Milliardenaufträge für Kriegsmaterial an Frankreich und Italien und verdoppelte seine Kriegsmarine. Während der beiden allislamischen Konferenzen und in verschiedenen diplomatischen Aktivitäten nahm eine Zusammenarbeit zwischen Irak und Saudi-Arabien Form an, die sich auch in wirtschaftlicher Hilfe der Saudis an Irak zeigte. Der Irak steigerte in den letzten Jahren außerdem seine Erdölproduktion so stark, daß er heute nach Saudi-Arabien zweitgrößter Erdölexporteur am Golf ist.

Die irakische Charta

Erster Höhepunkt dieser neuen irakischen Politik war der Vorschlag für eine gemeinsame „Arabische Charta“, den die Regierung in Bagdad am 8. Februar 1980 veröffentlichte. Die

ser Achtunkteplan verlangt unter anderem Solidarität gegen Angriffe auf arabische Staaten, die Entfernung aller ausländischen Truppen und Stützpunkte von arabischem Boden und die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dabei ist unter anderem der Ausbau des bisher als Freihandelszone existierenden gemeinsamen arabischen Marktes vorgesehen, dem unter anderem Irak und Kuwait angehören. Gegen diese Charta haben sich bisher Ägypten und Oman, Südjemen und Syrien ausgesprochen, Saudi-Arabien erklärte seine Bereitschaft über „diesen guten Vorschlag“ zu verhandeln.

Die Saudis ihrerseits, die bereits zu Schah-Zeiten als dessen gleichberechtigter Konkurrent aufgetreten waren, haben die politische Vorherrschaft über die Scheichtümer der Halbinsel, Kuwait ausgenommen. Nach der iranischen Revolution erhöhten sie ihren Militärhaushalt um 23 Prozent, der damit bereits 33,8 Prozent des gesamten Staatshaushalts umfaßt.

In Zusammenarbeit mit den französischen Dassault-Werken versuchen sie, ihre Luftwaffe zu verstärken und aus der totalen Abhängigkeit von den USA zu lösen. Die geplanten drei Militärstützen, die für den Betrag von rund 16 Milliarden Mark mitten in der Wüste aufgebaut werden sollen, dienen vor allem dazu, die Lage im Inneren durch kasernierte Truppen besser im Griff zu haben. Die saudische Militärhilfe an Oman, Bahrain, Qatar und die VAE beträgt 1980 rund 7 Milliarden Mark. Dies ist dreimal so viel wie vor zwei Jahren. Insgesamt verstärken die Saudis ihre Anstrengungen zur engeren Zusammenarbeit mit den Ländern der EG. Ebenso haben sie in den letzten vier Jahren ihre in Afrika und Nahost investierten Kapitalien rund verfünffacht.

Der erste demonstrative Akt des militärischen Anspruchs der Saudis war die Durchführung des größten Militärmanövers der arabischen Geschichte in der Gegend von Assir, zu dem alle Golfstaaten, mit Ausnahme Irans, als Beobachter eingeladen waren. Dabei machten sie ihren Vorschlag bekannt, zweiseitige Beistandspakte anstelle eines großen Paktes zu schließen. Das Manöver, so der saudische Verteidigungsminister, soll dazu dienen, zu beweisen, daß Saudi-Arabien alle islamischen Staaten verteidigen kann.

Die Kommandanten

Aber es ist keineswegs so, daß es sich bei den Armeen der Golfstaaten um eigenständige, unabhängige Armeen handeln würde. Die Armeen Omans und Bahrains werden offiziell von britischen Offizieren befehligt. Unter den 25 000 US-Bürgern, die in Saudi-Arabien leben, sind mehrere tausend Offiziere, die als Berater der Armee tätig sind.

Die arabische Halbinsel ist von britischen und amerikani-

sch Militärlieferanten durchsetzt. In Bahrain gibt es die gemeinsame britisch-amerikanische Militärbasis Jufair, ebenso ist Massira in Dhofar eine gemeinsame Basis dieser beiden Mächte. Die USA haben in Dhahran, im Osten Saudi-Arabiens, eine riesige Militärbasis errichtet. Oman hat weitere Basen angeboten.

Tatsache ist auch, daß diese Ölländer in Wirklichkeit wirtschaftlich abhängig von den USA und Westeuropa sind. Zwar sind die größten feudalen Sippen, die Saudis, die Al Sabahs, die Kuwait beherrschen und die Chalifas aus Bahrain, inzwischen echte Finanzkapitalisten geworden. Kapitalistische Gruppen, die ihr Kapital in verschiedensten arabischen Ländern massiv investiert haben und dort wachsenden Einfluß nehmen wie im Sudan, in Jordanien und im islamischen Mauretanien. Aber durch die Petrodollars sind sie keinesfalls etwa gleichberechtigte Partner geworden. Die Beschlagnahme des iranischen Kapitals bei der Morgan-Bank und der Citi-Bank zeigt sehr deutlich, daß die USA-Imperialisten genügend Macht haben, die Kontrolle auszuüben. Weiter ist es eine Tatsache, daß allein die jüngste Goldspekulationswelle die wirtschaftliche Position etwa Saudi-Arabiens und Kuweits stark verschlechtert hat, da beide kaum Gold, aber viele Dollars besitzen. Weiter muß an die Tatsache erinnert werden, daß es die nordamerikanischen und britischen Ölmultis sind, die über Technik und Personal, Anlagen und Transport die Ölförderung am Golf kontrollieren. Vor kurzem erst wurde zum Beispiel eingestanden, daß es den lange umrätelten Geheimvertrag zwischen der Arabian-American Oil Company (Aramco), der größten Ölförderungsgesellschaft Arabiens, und der Mobil Oil Company über Preisnachlässe (gegenüber dem offiziellen OPEC-Preis) tatsächlich gibt.

Die russischen Karten in der direkten Golfregion sind schlecht. Nur der riesige Militärfaktor von Aden in der Demokratischen Volksrepublik (Süd-)Jemen stellt für sie eine Ausgangsbasis dar. Nachdem sie ihre Einflußmöglichkeiten im Irak zumindest für den Augenblick verloren haben, richtet sich ihre Hoffnung auf die Arabische Republik (Nord-)Jemen. Unter dem Druck des Kampfes der Nationaldemokratischen Front (NDF) löst sich das dortige Regime gegenwärtig aus der Abhängigkeit von Saudi-Arabien und wendet sich einer Kooperation mit dem Südjemen zu. Heute gibt es bereits rund 300 sowjetische Militärberater im Nordjemen.

Die russischen Karten

Bis vor der Iran-Krise war die UdSSR stärker mit ihrer Kriegsmarine rund um den Persischen Golf vertreten als die USA: mit 28 Kampfschiffen, in Südjemen und Äthiopien stationiert, mit Landerechten in Indien. Heute befinden sich dagegen 37 US-Schiffe in diesem Raum, darunter die drei größten US-Flugzeugträger. Daneben kreuzen, von Djibouti aus, inzwischen auch bereits 21 französische Kriegsschiffe in der Region.

Mit dem Verlust der Basen im Irak und dem Wall, den die iranische Revolution einem weiteren Vordringen von Afghanistan aus gesetzt hat, sowie der amerikanisch-britisch-französischen Truppenmassierung in diesem Raum sind die sowjetischen Karten tatsächlich schlecht.

Das Schreckgespenst: Khomeiny

So gilt denn auch die Furcht der feudalen und kapitalistischen Herrscher am Golf viel weniger einer sowjetischen Aggression, als zwei anderen Gefahren.

Zum einen müssen sie eine allzu deutliche Bindung an die USA verhindern. Denn die Grundstimmung der arabischen Völker ist, nicht zuletzt aufgrund der Unterstützung der USA für die zionistische Aggression gegen Palästina, eindeutig anti-amerikanisch. Nur der äußerste Reaktionär, Sultan Qabus von Oman, setzt sich offen für einen Militärpakt mit den USA ein. Die kuweitischen Sabahs sind gegen dieses Projekt auf die größte Distanz gegangen und haben deshalb den irakischen Chartavorschlag begrüßt.

Zum anderen sind die Feudalen seit dem Sturz des Schahs von Furcht vor den eigenen Völkern, richtiger: vor der eigenen Bevölkerung befallen. Das Jahr 1979 wurde nämlich zum Jahr der ersten großen politischen oppositionellen Demonstration in den Golfstaaten. In Bahrain, Kuwait, Dubai und Saudi-Arabien gab es heftige Konfrontationen der Polizei mit Demonstranten, die sich vor allem gegen den USA-Imperialismus wandten. Auch in diesen Bewegungen haben islamische Geistliche, insbesondere unter dem teilweise hohen Prozentsatz schiitischer Bürger einen großen Einfluß.

Ihre Ursache hatten diese Demonstrationen in der völligen Rechtlosigkeit der arbeitenden Bevölkerung dieser Länder. Denn die Werktätigen sind in einer Reihe von Ländern überwiegend Ausländer ohne jegliche politische und gewerkschaftliche Rechte. Dies trifft auf die Ölfelder Saudi-Arabiens genauso zu wie auf die Bauxit- und Aluminiumwerke Bahrains.

In Saudi-Arabien arbeiten zum Beispiel 150 000 Palästinenser, von denen sich fast die Hälfte im letzten Jahr an anti-amerikanischen Kundgebungen beteiligte. Diese Demonstrationen wurden durch Polizei und Armee gewaltsam aufgelöst. Auch die rund zwei Millionen Nordjemeniten, Pakistanis, Südkoreaner und Inder, die in Saudi-Arabien arbeiten, wer-

LÄNDER DER WELT (VIII)



Staaten am Persischen Golf

Die gesamte Region des Persischen (bzw. Arabischen) Golfes ist in den letzten 16 Monaten, seit dem Sturz des Diktators Pahlevi im Iran, ins Zentrum der Schlagzeilen der Weltpresse gerückt.

Staaten, von denen früher einem durchschnittlich informierten Westeuropäer nicht viel mehr bekannt war, als daß es dort viel Sand und noch mehr Öl gibt, werden jetzt ständig genannt. Im Rahmen der Serie „Länder der Welt“, mit der die Redaktion des „Roten Morgens“ ihren Lesern Überblick und Hintergrundinformationen über wichtige Gebiete und Staaten dieser Welt geben will, behandeln wir deshalb dieses Mal verschiedene Staaten, die Anlieger des Golfs sind, mit Ausnahme des Iran.

Läßt man die Islamische Republik Iran aufgrund der bekannten andersartigen politischen Verhältnisse außer Betracht und bezieht dafür die beiden jemenitischen Staaten — geographisch gesehen keine Golfanlieger — mit ein, so sind es neun Staaten, denen diese Betrachtung gilt.

Vereinigte Arabische Emirate (sieben Emirate, von denen allerdings eines — nämlich Abu Dhabi — 90 Prozent der Fläche, 30 Prozent der Bevölkerung und fast die gesamte Militärmacht stellt; Abu Dhabi und das zweitgrößte Emirat Dubai haben das Vetorecht im „Obersten Rat der Herrscher“, der gemeinsamen Regierung); bei einer Fläche von 83 000 Quadratkilometern leben dort 870 000 Menschen, davon rund 61 Prozent Ausländer, Gastarbeiter aus Asien und anderen arabischen Regionen.

Bahrain (Fläche 6 000 Quadratkilometer, 275 000 Einwohner, davon rund 5 000 britische und US-amerikanische Offiziere und Techniker); neben dem Erdöl, das 79 Prozent der Ausfuhr des Landes ausmacht, sind vor allem auch große Aluminiumexporte zu verzeichnen, die weitere 19 Prozent des nationalen Exports ausmachen; die Familie der Chalifas hat nicht nur die sieben wichtigsten 16 Ministerien besetzt, sondern leitet auch die Erdölwirtschaft und die Aluminiumhütten.

Qatar (Fläche 11 000 Quadratkilometer, 200 000 Einwohner, davon 45 Prozent Auslän-

der); die Erdölausfuhr stellen etwa 98 Prozent des Exports dar und gehen zu drei Vierteln nach Britannien, das die Ausbildung der Qatar-Armee übernommen hat.

Jemen (die Arabische Republik Jemen-Nord hat eine Fläche von 195 000 Quadratkilometern und 5,6 Millionen Einwohner, weitere rund 2 Millionen Nordjemeniten arbeiten als Gastarbeiter in verschiedenen arabischen Ländern, vor allem in Saudi-Arabien; die Demokratische Volksrepublik Jemen-Süd hat eine Fläche von 332 000 Quadratkilometern und 1,8 Millionen Einwohner, wird von der jemenitischen Sozialistischen Partei geführt, hat Beobachterstatus beim RGW);

Oman (Fläche 210 000 Quadratkilometer, 840 000 Einwohner); zu Beginn des Jahrzehnts wurde die Diktatur des Sultans Qabus durch breite Massenkämpfe bedroht, die durch den Einsatz der kaiserlichen iranischen Armee zerschlagen wurde, die im Lande blieb.

Kuwait (Fläche 17 000 Quadratkilometer, 1,2 Millionen Einwohner, davon 53 Prozent Ausländer); Kuwait ist das wirtschaftlich am weitesten entwickelte Land der Golfstaaten, obwohl Erdöl- und Ölprodukte immer noch 95 Prozent der Exporte ausmachen. 1976 wurde das bestehende Parlament aufgelöst und die 62. Verfassung aufgehoben; regiert wird das Land von der Großkapitalistensippe Al Sabah.

Saudi-Arabien (Fläche 2,1 Millionen Quadratkilometer, 7,8 Millionen Einwohner, davon 2 Millionen Gastarbeiter, rund eine halbe Million Jemeniten und 150 000 Palästinenser); wird von der Saud-Sippe regiert, ist größter Erdöl- und Exporteur der Welt.

Irak (Fläche 438 000 Quadratkilometer, 12,3 Millionen Einwohner, davon ca. 15 Prozent Kurden); wird von der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei regiert; der Irak hat im letzten Jahrzehnt eine recht große industrielle Entwicklung durchgemacht, wobei Frankreich, Italien und Britannien die wichtigsten Partner waren. Die Verträge, die das Land früher an Moskau banden, sind heute faktisch aufgehoben.

den immer unzufriedener, unternahmen Versuche, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Rund zwei Dutzend Gewerkschaftsorganisatoren wurden im letzten Jahr verhaftet und ausgewiesen.

Auch in Kuwait kam es zu großen Demonstrationen gegen die USA. Dort gab es aber auch direkte Kundgebungen gegen die Diktatur der Al-Sabah-Sippe, die über das gesamte kuweitische Kapital verfügt und alle wichtigen Ministerien selbst verwaltet.

Die Saudis, die aus rund 5 000 Menschen bestehende „königliche“ Sippe, haben in ihrem Staat selbst die mittleren

Armeeposten besetzt, um auch einer Revolte von dort zuvorzukommen.

Von den Kriegsplänen der Imperialisten bedroht, die den Iran zurückerobern wollen und keinen zweiten Fall zulassen möchten, von der wachsenden Unruhe im Innern der Staaten erfaßt und im Kampf um die Schah-Nachfolge engagiert, gehen die Regime der Ölscheichs in das schwerste Jahrzehnt seit ihrer politischen Unabhängigkeit. Währenddessen wächst der Drang der Werktätigen nach Organisation und politischen Rechten, entwickelt sich die antiimperialistische Bewegung.

Helmut Weiss

Polizeimassaker in Kapstadt

Straßenschlachten in Südafrika

Generalstreik und Massenkämpfe zum Soweto-Jahrestag

KAPSTADT. — Zu einem neuen großen Ausbruch des Kampfes der schwarzen und farbigen Bevölkerung ist es in der vergangenen Woche in Südafrika gekommen. Unmittelbarer Anlaß für die Kämpfe war der Jahrestag des Aufstands von Soweto im Jahre 1976, bei dem die Truppen des Rassisten-Regimes über 600 Menschen ermordeten.

Und auch jetzt gingen die bewaffneten Kräfte des Regimes wieder mit faschistischem Terror gegen Demonstranten vor. Allein in der Kap-Provinz wurden mindestens 36 Menschen ermordet. Eine Augenzeugin schildert einen Terrorschritt gegen unbewaffnete Demonstranten in Kapstadt so: „Sechs Polizeiwagen kamen und die Polizisten quollen nur so heraus und schoßen wir verrückt. Niemand warf Steine, aber eine riesige Menschenmenge stand herum. Meine Nachbarin Avriel fiel. Ich dachte, sie sei ohnmächtig geworden, aber dann sah ich all das Blut und das Loch. Sie hatte einen Herzschuß.“

Das Massaker von Kapstadt war keineswegs das Werk besonders enthemmter uniformierter Totschläger. General Mike Geldenhuys, Chef der selbst den Mordbefehl gegeben: Er wies die kriegsmäßig bewaffneten Polizeitruppen an, „auf jeden der Todenschuß abzugeben, der plündert, Brandstiftung begeht oder das Leben von Mitgliedern der Polizei gefährdet.“ Die südafrikanischen Rassisten hatten schon vor Wochen zu verstehen gegeben, daß sie bereit wären, die zu erwartenden Aktionen zum Ge-

denken an die Kämpfe von Soweto im Blut zu ersticken.

So wurde über das ganze Land ein Versammlungsverbot verhängt. Soweto selbst und andere von Schwarzen bewohnte Vorstädte wurden von starken Kampfeinheiten der Polizei besetzt und durch Straßensperren von der Umwelt abgeschlossen. Sogar das Abhalten von Gottesdiensten hatten die Rassisten den Schwarzen und Farbigen verboten. Dazu kam noch eine weitere Verschärfung der Pressezensur. So wurde es allen in- und ausländischen Journalisten verboten, die Wohngebiete der Farbigen zu betreten. Als Begründung dafür mußte die lächerliche Begründung herhalten, es wären Journalisten gewesen, die schwarze und farbige Jugendliche zum Widerstand aufgestachelt hätten. Der wahre Grund für diese Zensurmaßnahme liegt auf der Hand: Das Regime wollte bei seinem blutigen Rachefeldzug gegen die schwarzen Vorstädte keine Zeugen haben.

Sie wollten Rache üben, für die Niederlagen, die ihnen die Widerstandsbewegung in der letzten Zeit beigebracht hat.

• Bewaffnete Patrioten war es gelungen, mehrere Tanks in den Kohleerfüllungsanlagen zu

sprengen; ein schwerer Schlag für das Regime, das sich mit dem Aufbau dieser Anlagen von der unsicheren Öleinfuhr unabhängig machen will.

• In mehreren Teilen des Landes haben Partisanen erfolgreich Polizeistationen angegriffen und Waffen erbeutet.

• Der Versuch, die schwarze Bevölkerungsmehrheit (20 Millionen) von den Farbigen (Mischlinge, Inder usw., 2,4 Millionen) zu spalten, ist in den letzten Wochen eindrucksvoll gescheitert: Bei den seit Wochen anhaltenden Schulstreiks und den damit verbundenen Demonstrationen gegen das rassistische Schulsystem standen Schwarze und Farbige zusammen.

Und diese Einheit zeigte sich dann auch bei den Kämpfen anlässlich des Jahrestags von Soweto. Trotz des brutalen Terror des Regimes, das auftratschenden gewaltigen Polizeimärschen zu Beginn der vergangenen Woche die nichtweißen Belegschaften der großen Betriebe in den Generalstreik. In Kapstadt und anderen Städten hielt der Streik mehrere Tage an. Am Mittwoch versammelten sich dann trotz des Versammlungsverbotes unzählige Menschen auf den Straßen und demonstrierten gegen das rassistische



Kapstadt: Polizei geht mit Tränengas gegen Demonstranten vor.

Regime.

Dem Mordterror der Polizei wurde dabei hinhaltender Widerstand geleistet. Vor allem in Kapstadt — dem Zentrum der Kämpfe — errichteten die Demonstranten Barrikaden aus umgestürzten Autos und brennenden Autoreifen. Das erschwerte das Manövrieren der uniformierten Mordbanden und brachte in mehreren Bezirken die Stadt zum Erliegen. Die Demonstranten griffen auch Einrichtungen des Regimes, Schulen und Fabriken an, die sie in Brand setzten. Nach Berichten von Augenzeugen hingen über Kapstadt weithin sichtbare Rauchschwaden und ganze Wolken des von der Polizei eingesetzten Tränengases.

Angesichts der Kämpfe in Südafrika, vor allem des Mas-

sakers von Kapstadt, heuchelt das offizielle Bonn wieder einmal Mitgefühl mit dem Los der Schwarzen unter dem rassistischen Regime. In diesem Zusammenhang muß jedoch eines klargestellt werden: Ohne die Hilfe der imperialistischen Mächte könnten sich die Mörder in Pretoria keinen Tag an der Macht halten. Und aus der Bundesrepublik fließen in Miß-Beschlüssen nicht nur Kapital und Industriegüter nach Südafrika, sondern auch Waffen.

Während die schwedische Regierung im vergangenen Jahr ein Verbot von Neuinvestitionen in Südafrika beschlossen hat, während sich letzte Woche das niederländische Parlament für einen Ölboykott gegen Südafrika aussprach, werden in Bonn Wirtschaftssanktionen

gegen die Rassisten als Verbrechen gegen die geheiligten Gesetze der Marktwirtschaft verteuelt. (Wenn es allerdings darum geht, den Iran für eine neue amerikanische Aggression sturmreif zu schießen, ist man mit einem Boykott schnell zur Hand. Dann kann es den Herren Schmidt, Strauß und Genscher gar nicht scharf genug ausfallen.)

Angesichts dieser offenen Unterstützung für die Faschisten in Südafrika — an der sich auch Gewerkschaftsführer wie Loderer beteiligen — ist es die Aufgabe der Werktätigen in unserem Land, die Solidarität mit dem kämpfenden Volk von Azania (Südafrika) zu verstärken und jede Hilfe des westdeutschen Imperialismus für das Regime von Pretoria zu bekämpfen.

Streit um Nahost-Erklärung der EG

Der Nahost-Konflikt kann nur von den Völkern gelöst werden

Die auf dem EG-Gipfel in Venedig verabschiedete Erklärung zur Nahost-Frage hat zum Teil heftige Reaktionen ausgelöst. Mit besonders maßlosen Angriffen auf einige Punkte der Er-

klärung tat sich dabei der israelische Ministerpräsident Begin hervor, der seinen Kommentar sozusagen mit Schaum vor dem Mund abgab.

Was Begin nicht paßte, war zweierlei: erstens die in der Erklärung ausgesprochene „Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes“ und zweitens die Feststellung der EG, auch die PLO müsse an Verhandlungen zur Lösung des Nahost-Konflikts beteiligt werden.

Begin befeuerte die PLO als „arabische SS“ und bezeichnete die EG-Erklärung selbst als neues Münchner Abkommen. (Mit diesem Abkommen hatten 1938 die Staatschefs Frankreichs und Britanniens im Rahmen ihrer „Beschäftigungspolitik“ gegenüber dem Faschismus die Tschechoslowakei an Hitler ausgeliefert.) Schon vor dem Gipfel in Venedig war eine solche Propaganda, die alle geschichtlichen Wahrheiten auf den Kopf stellt, massiv vorbereitet worden. In der Bundesrepublik etwa hatten zionistische Organisationen in den großen Tageszeitungen halbseitige Anzeigen platziert, in denen Afarar mit Hitler verglichen und auch schon der Vergleich mit dem Münchner Abkommen gezogen wurde. Und Begins Hetze wurde dann auch von der Springer-Presse und anderen reaktionären Medien kommentarlos übernommen.

denn wirklich mit dem wahnwitzigen Vergleich Hitler — Arafat auf sich?

Hitler war das Werkzeug des deutschen Monopolkapitals, und mit dem Münchner Abkommen schickte er sich an, ein fremdes Land dem Herrschaftsbereich seiner Auftraggeber einzuverleiben. Arafat dagegen steht an der Spitze einer Befreiungsbewegung, die für die Befreiung ihrer Heimat von fremder Herrschaft kämpft. Begins Hetzparolen von der „arabischen SS“ fallen nur auf ihn selbst und sein Regime zurück.

Es sei nur daran erinnert, daß die zionistischen Organisationen mit blutigem Terror nahezu das ganze palästinensische Volk aus seiner Heimat vertrieben haben, um auf dessen Territorium ihren Staat Israel zu errichten. Damals schon war Begin Chef einer illegalen Terrorbande, der Irgun, auf deren Konto zahllose Massaker an Palästinensern gingen. Im vergangenen September veröffentlichte die israelische Zeitung „Davar“ das Testament eines früheren „Mitkämpfers“ von Begin, in dem die Besetzung des palästinensischen Dorfes Duiema durch zionistische Terroristen im Jahr 1948 so beschrieben wird:

„Sie töteten zwischen 80 und 100 Araber, Frauen und Kinder. Um die Kinder zu töten, zertrümmerten sie ihre Köpfe mit Stöcken. Es gab kein Haus ohne Leichen... Ein Kommandant befahl einem Soldaten, zwei Frauen in ein Haus zu bringen, das er im Begriff war, in die Luft zu sprengen. Ein anderer Soldat spries sich selbst, eine Frau vergewaltigt zu haben, bevor er sie

erschoss. Eine andere arabische Frau mit einem neugeborenen Säugling wurde dazu gebracht, den Platz einige Tage lang sauber zu halten. Danach wurden sie und ihr Baby erschossen.“

Von den Massakern des Jahres 1948, die unter dem Kommando des Irgun-Chefs Begin begangen wurden, zieht sich eine Blutspur bis zu den heutigen Überfällen auf libanesischen Dörfer, bis zu den Mordanschlägen auf Bürgermeister des besetzten Westjordanlands, für die der Staatschef Begin verantwortlich zeichnet. Ihn und seinen Gewaltapparat kann man getrost als die „zionistische SS“ bezeichnen.

Aber das Begin-Regime wäre schon längst im Meer des palästinensisch-arabischen Volkskriegs verschwunden, Begin könnte sich seine unverschämten Töne anlässlich der EG-Erklärung nicht leisten, hätte er nicht mächtige Hintermänner, die sein Regime an der Macht halten. Das sind in erster Linie die amerikanischen Imperialisten. Ihre mit dem sogenannten Friedensabkommen von Camp David betriebene Strategie läuft darauf hinaus, Begins Israel und Sadats Ägypten zu waffenstärkenden Bastionen der amerikanischen Supermacht im Nahen Osten zu machen, um antiarabischen Brückenköpfen, von denen aus die Herrschaft der Rockefeller und Co. über das Erdöl des Nahen Ostens gesichert werden soll.

Von dieser strategischen Rechnung aus betrachtet, ist es auch nicht verwunderlich, daß Washington ebenfalls zu den Kritikern der EG-Erklärung gehört, die ja zumindest in Wor-

ten dem palästinensischen Volk und seiner Befreiungsorganisation gewisse Rechte einräumt. Und natürlich hat Carter schon vor dem Gipfel in Venedig seine europäischen Partner massiv unter Druck gesetzt, um ihr Ausscheren aus den amerikanischen Herrschaftsplänen im Nahen Osten zu verhindern. Das Ergebnis: Die Bonner Bundestagsfraktion der SPD schickte flugs eine Ergebnisschleife an Carter, in der sie sich hinter die Camp-David-Strategie stellte. Schmidt sorgte in Venedig dafür, daß die EG-Erklärung so „gemäßigt“ wie möglich ausfiel. Frankreichs Präsident Giscard erklärte denn nach der Tagung auch öffentlich, die Schlußfassung der Erklärung würde weder seinen noch den arabischen Vorstellungen entsprechen.

Bedeutet diese Widersprüche im westlichen Lager nun, daß sich hier ein Kampf zwischen den imperialistischen Interessen der USA und seines Schützlings Israels auf der einen und der proarabischen Haltung einiger europäischer Regierungen auf der anderen Seite abgespielt hätte? Giscard zumindest möchte das gerne behaupten. Tatsächlich aber geht es ihm und den anderen Regierungschefs der EG um alles andere als um eine uneigennützte Unterstützung des gerechten Kampfes der arabischen Völker. In der EG-Erklärung heißt es: „Die neun Mitgliedsstaaten der EG sind der Ansicht, daß die traditionellen Bindungen und gemeinsamen Interessen, die Europa mit dem Nahen Osten verbinden, sie verpflichten, eine besondere Rolle zu spielen.“ Da liegt der Haken im Pfeffer. Die europäischen Imperialisten wollen

im Nahen Osten mit seinen strategischen Reichtümern das Feld nicht alleine der amerikanischen Supermacht überlassen. Sie wollen dort selbst eine „besondere Rolle“ spielen.

Man hat in den Hauptstädten der EG durchaus die Zeichen der Zeit erkannt. Die iranische Revolution hat die amerikanischen Positionen im Nahen Osten stark angeschlagen. Zudem ist die Camp-David-Strategie in eine Sackgasse geraten, weil sie die antiimperialistische Stimmung im Nahen Osten weiter angeheizt und zur weitgehenden Isolierung Ägyptens im arabischen Raum geführt hat. Heute wagen es nicht einmal die reaktionären Potentaten vom Schlage eines Hussein (Jordanien) oder Chaled (Saudi-Arabien), sich offen zu Camp David zu bekennen.

Diese Situation wollen die westeuropäischen Imperialisten ausnutzen, um sich selbst verstärkt ins Spiel zu bringen. Wobei — wie auch in anderen Fragen der Weltpolitik — Paris auf diesem Weg vorangeht, während Bonn in Treue zu Carter den Bremser spielt. Wenn die EG jetzt also einige Kompromisse an die arabische Sache gemacht hat, so dient das nur den eigenen imperialistischen Interessen in dieser Region. Und man darf ja auch nicht übersehen, daß in der EG-Erklärung zwar eine ausdrückliche Garantie für die staatliche Existenz Israels enthalten ist, über das Recht des palästinensischen Volkes auf die Bildung eines eigenen Staates dagegen kein Wort verloren wird. Weiter fehlt auch eine Verurteilung des israelischen Regimes für seine ständigen Terrorakte gegen den Libanon. Und die PLO schließ-

lich wird zwar als möglicher Verhandlungspartner benannt, nicht aber als rechtmäßige Vertreterin des Volkes der Palästinenser anerkannt.

Von daher ist es nur verständlich, daß die EG-Erklärung auch von der PLO abgelehnt wurde. Arafat sprach von „einem Knochen, den man uns hinwirft, um uns zu beschäftigen.“ In diesem Zusammenhang muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Erklärung vom palästinensischen Volk den „Verzicht auf Gewalt“ oder auf die Drohung mit Gewalt“ verlangt. Der palästinensischen Befreiungsbewegung wird ein Knochen hingeworfen — indem man ihr gnädig in Aussicht stellt, sie dürfe auch dabei sein, wenn irgendwo und irgendwann die Imperialisten über das Schicksal ihres Volkes verhandeln. Zugleich wird aber von ihr gefordert, die Waffen zu strecken und den Kampf gegen die zionistischen Besatzer aufzugeben. Hier entlarvt sich der Vorstoß der EG endgültig als ein imperialistisches Manöver, das letztendlich darauf zielt, den revolutionären Kampf der Palästinenser zu liquidieren.

Für die PLO ergeben die in der EG-Erklärung enthaltenen Zugeständnisse zwar einige Möglichkeiten, ihre politischen Positionen weiter auszubauen. Auf der anderen Seite hat sie aber auch völlig richtig erklärt, das palästinensische Volk brauche keine Initiativen von außen, es werde sein Schicksal ausschließlich selbst bestimmen. Oder mit den Worten von Arafat: „Dieses Schicksal wird nur und allein von den palästinensischen Gewehren bestimmt.“

Politisch Verfolgte unerwünscht

Bundeskabinett beschließt Sofortmaßnahmen

„amnesty international“: soziale Zeitbombe

BONN. — Ab sofort erhalten Asylbewerber ein auf zwölf Monate befristetes Arbeitsverbot, das Kindergeld wird gestrichen, die Sozialhilfe wird vorzugsweise in Naturalien ausbezahlt. Das sind die wesentlichen Punkte eines „Sofortprogramms zur Eindämmung der Asylanflut“, das das Bundeskabinett auf seiner Sitzung am Mittwoch, den 18. Juni, verabschiedet hat.

Arbeitsminister Ehrenberg (SPD) hat bereits einen entsprechenden Runderlaß an Arbeitsämter und Ausländerbehörden verschickt. Außerdem beauftragte das Kabinett Bundesinnenminister Gerhard Baum (FDP), auf der nächsten Regierungsrunde am 25. Juni einen Rechtsverordnungsentwurf zur Erweiterung des Visumzwangs für Einreisende aus Indien, Bangladesh und der Türkei vorzulegen, der dann am 4. Juli im Bundesrat beschlossen werden soll.

Darüber hinaus haben die Fraktionen von SPD und FDP einen Gesetzentwurf angekündigt — „zur Vereinfachung des Zulassungsverfahrens“, wie es offiziell heißt. Der Entwurf soll diese Woche in den zuständigen Ausschüssen beraten werden und noch vor der Sommerpause die parlamentarischen Hürden nehmen.

Das zwölfmonatige Arbeitsverbot drängt die Asylbewerber ins gesellschaftliche Abseits, isoliert sie von der deutschen Bevölkerung und ist deshalb geeignet, die in der Bevölkerung vorhandenen Vorbehalte gegen ausländische Kolleginnen und Kollegen zu fördern. Nicht zu Unrecht spricht die westdeutsche Sektion von amnesty international von einer sozialen Zeitbombe, die die Bundesregierung durch ihre Sofortmaßnahmen gelegt habe und die beizeiten hochgehen könne.

Die Erweiterung des Visumzwangs setzt das Recht auf politisches Asyl, das vom Grundgesetz, Artikel 18, garantiert ist, außer Kraft. Wie soll sich ein in

der Illegalität lebender politisch Verfolgter in der Türkei ein Visum besorgen? Er würde, spaziert er in die westdeutsche Botschaft, auf der Stelle verhaftet werden und in den Folterkellern der faschistischen Militärs verschwinden, womöglich auf Nimmerwiedersehen.

Die Vereinfachung des Zulassungsverfahrens, die der Gesetzentwurf der sozialliberalen Koalition erreichen will, ist lediglich ein Vorwand, hinter dem sich ein weiterer Abbau demokratischer Rechte für Asylbewerber verbirgt. Denn es sollen nicht etwa mehr Zulassungsausschüsse eingerichtet werden, um der Bewerbungsflut Herr zu werden; der Instanzenweg wird verkürzt, um die Bewerber umso schneller wieder loszuwerden.

Doch hat es hier einigen Streit gegeben, und es ist zu erwarten, daß sich die CDU/CSU in den Ausschüssen mit einer bloßen Verkürzung des Instanzenweges nicht zufriedengeben wird. Für den bayrischen Innenminister Tandler (CSU), der sich durch die Abschiebung politischer Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei bereits einen Namen in der asylpolitischen Debatte gemacht hat, war der Gesetzentwurf der Sozialliberalen ein „zusammengezimmertes Minimalprogramm“, das sich als „Scheinkolonialisierung“, geboren aus dem Offenbarungseid für die bisherige Bonner Asylpolitik erweise. Die schwarz-braune Reaktion hält nach wie vor an der Einführung von Grenzrichtern fest, die im Gewande der

Rechtsstaatlichkeit, „im Namen des Volkes“, unliebsame Asylbewerber gleich an der Grenze abfertigen sollen.

Regierungssprecher Grünewald beilegte sich, im Abschluß an die Kabinettsitzung vom 18. Juni darauf hinzuweisen, daß das Sofortprogramm der Bundesregierung samt den noch in der Planung stehenden Initiativen keineswegs das Grundrecht auf Asyl beeinträchtigen würden. Und wieder mußte das überstrapazierte verlogene Argument herhalten, bei einem Großteil der Asylbewerber handele es sich um Wirtschaftsflüchtlinge. Belegt wird diese unhaltbare These damit, daß sowieso über 90 Prozent aller Asylbewerber nach dem Anerkennungsverfahren wieder nach Hause geschickt werden. Hier wird die seit Jahrzehnten betriebene reaktionäre Asylpraxis, die zwar die Aufnahme vieler Ostflüchtlinge garantiert, politisch Verfolgten aus Chile oder dem Persien des Schahs aber den Eintritt in unser Land verweigert, zum Kronzeugen für die verschärfte Bestimmungen herangezogen.

In dem Maße, wie die Bundesregierung die Beziehungen zu faschistischen und reaktionären volksfeindlichen Regimen wie Südafrika, Chile, Argentinien, Israel, Türkei etc. mehr und mehr intensiviert, zeigt sie den politisch Verfolgten in arroganter, chauvinistischer Manier die kalte Schulter. „Sollen sie doch in den Folterkellern verrecken“, das ist die Logik der Herren in Regierung und Opposition.

Bei der Debatte um den Nachtragshaushalt

Schamhafte Versuche die Türkeihilfe zu beschönigen

Auseinandersetzungen innerhalb der SPD

BONN. — Am 19. Juni beschloß der Bonner Bundestag über den Nachtragshaushalt 1980. In der Höhe von rund 1,9 Milliarden Mark ist es ein, auch offiziell so bezeichneter, Krisennachtrag. Die wesentlichsten Ausgaben sind dabei Militärausgaben, die mit dem russischen Einmarsch nach Afghanistan begründet werden, nicht zuletzt die berüchtigte „Türkei-hilfe“.

An dieser Türkeihilfe entzündete sich dann auch die breiteste und politisch wichtigste Debatte, die innerhalb der Regierungsparteien geführt wurde. Die CDU tat sich einmal mehr als offene Verbündete faschistischer Regime hervor und beschränkte sich darauf, gerade diesen Posten als einzigen zu verteidigen.

Eine Gruppe von 27 Abgeordneten der SPD hatte die Initiative unternommen, die Türkeihilfe in Frage zu stellen. Das ist das Ergebnis der immer deutlicher werdenden schrecklichen Vorgänge unter der faschistischen Terrorwelle in der Türkei und des stark gewachsenen Unmuts in unserem Lande darüber, daß einmal mehr eine deutsche Regierung es ist, die einem faschistischen Regime auf die Beine hilft.

Die SPD-Führung schlug dabei die übliche Taktik ein, um Aktivitäten, die vom linken Parteiflügel kommen, abzu-bremsen.

Einerseits wurde die Initiative der Form halber begrüßt, anschließend zur Unverbindlichkeit verwässert und beschlossen. Denn: Das faktische Ergebnis, von allen Deutungen befreit, sieht nur so aus, daß die Faschistentruppen des Killergenerals Evren ihre Ausrüstung bezahlt bekommen, und die Regierung der deutschen Bundesrepublik an die Türkei appelliert, sie solle gefälligst auch ein bißchen die Menschenrechte achten.

Andererseits bekommen die antragstellenden Abgeordneten, als sie versuchen doch irgendwie etwas Reales zu erreichen, massiven Druck von der Parteispitze und dem Koalitionspartner.

Die Partei- bzw. Fraktionsdisziplin erdrückt dann am Ende einmal mehr eine positive Initiative aus den Reihen der linken SPD.

Umso mehr muß es eine Aufgabe sein, den wachsenden Unmut über die Türkeihilfe in der Öffentlichkeit zu stärken. Die Türkeihilfe ist einer jener Punkte innerhalb des aktuellen aggressiven NATO-Konzepts, der auf großen unmittelbaren Widerstand stößt. Deshalb muß hier ein politischer Kampf organisiert werden, mit dem Ziel, diese Türkeihilfe zu Fall zu bringen. Eine parlamentarische Initiative die eine breitere Massenbewegung als Grundlage hat, wird auf jeden Fall mehr Aussichten haben, als diese jetzige.

In diesem Zusammenhang sei an die vielfältigen Aktivitäten unterschiedlichster politischer Kräfte gedacht, die zum Ziel haben das Leben des jungen Antifaschisten Erdal Eren zu retten, die genau mit der Türkeihilfe in engem Zusammenhang stehen, bzw. in diesen Zusammenhang gebracht werden müssen.

In den weiteren Punkten der

Debatte um den Nachtragshaushalt, nachdem die 600 Millionen für die Türkei sozusagen unter Dach und Fach waren, wurden die üblichen Schaukämpfe der Vorwahlzeit inszeniert. Die CDU forderte alles und jedes und gleichzeitig Sparmaßnahmen, kritisierte lautstark die wachsende Verschuldungspolitik, während die Regierungsparteien mühsam versuchten, die Tatsache zu vertuschen, daß diese Schuldenlast tatsächlich stets weiter wächst.

Die hauptsächlichsten Ursachen für diese wachsende Schuld an die großen Monopolbanken wurden in der Parlamentsdebatte natürlich nicht genannt. Die Geldverteilung zugunsten der Monopole, die Rüstungsprogramme, die wachsenden Kosten des bürokratischen Staatsapparats und der Gewaltorgane des Staates — alles dies wurde nicht genannt.

Stattdessen wurde einmal mehr mit der weiteren Abschaffung sozialer Errungenschaften gedroht. Offen wurde dabei gesagt, nach der Bundestagswahl werde ein Großereinmachen stattfinden. Man kann jetzt schon sehen, daß es bei weitem nicht nur Franz Josef Strauß ist, der unter der Losung der Schuldentilgung den sozialen Abbau vorantreiben will — von der SPD waren zumindest teilweise gleiche Worte zu hören.

Parteienstreit im Wohnungsbau

1 Million Sozialwohnungen fehlen

CDU /CSU fordert Diktat der Profithäie

BONN. — Der soziale Wohnungsbau in der Bundesrepublik ist ein einziges Trauerspiel. Der von der offiziellen Propaganda viel gepriesene Sozialstaat zeichnet sich durch ein Heer von Wohnungssuchenden aus. Kinderreiche Familien, ausländische Arbeiter, Behinderte und junge Paare, die da-

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt war am Mittwoch, den 18. Juni, Gegenstand einer Bundestagsdebatte, in deren Rahmen die Vorstellungen von Koalition und Opposition wie üblich hart aufeinanderprallten. Man muß den Sprechern von CDU/CSU ohne Zweifel zustimmen, die die Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung als unsozial und familienfeindlich anprangerte, wogegen Sprüche wie „in den 80er Jahren muß das Wohnen noch menschlicher werden“, die der SPD-Abgeordnete Franz Müntefering vorbrachte, angesichts der tatsächlichen Lage nur noch als blanker Hohn bezeichnet werden können.

In Nordrhein-Westfalen fehlen 250 000 Sozialwohnungen, in München knapp 50 000; in Köln befinden sich über 17 000 Familien und Allein-stehende auf Wohnungssuche. Insgesamt fehlen eine Million Sozialwohnungen im Bundesgebiet. Das ist die stolze Bilanz des von der SPD propagierten „Modell Deutschland“.

Und auch jene Familien, die das Glück haben, in einer So-

zialwohnung zu leben, sind längst nicht aus dem Schneider. Nach Worten des Präsidenten des Deutschen Mieterbundes (DMB) Jahn, sind „Kostenmieten von 15 Mark pro Quadratmeter keine Seltenheit“, und auch Preise über 6 Mark pro Quadratmeter könnten „nicht mehr als sozial bezeichnet“ werden. Dazu kommen noch die durch die Energiepreisexplosion drastisch gestiegenen Nebenkosten.

Zehn Millionen Wohnungen sind dringend renovierungsbedürftig, vier Millionen Wohnungen sind abbruchreif. So läßt sich andeutungsweise die Lage auf dem Wohnungsmarkt beschreiben.

Anstatt daraufhin den staatlich geförderten Wohnungsbau gehörig anzukurbeln, tat die Regierung das genaue Gegenteil, sie schränkte ihn ein. 1979 wurden im Vergleich zum Vorjahr 25 000 Wohnungen weniger gebaut. Das ist ein Rückgang von 18,7 Prozent. Genau auf diesem Weg soll es nach den Vorstellungen der Regierung auch weitergehen.

Die CDU/CSU, die wie ein-

bei sind, sich eine Existenz aufzubauen, sind am härtesten betroffen. Der Staat hat auf die wachsende Misere mit einem Abbau des sozialen Wohnungsbaus reagiert und die Lage dadurch drastisch verschärft.

gangs erwähnt, die Lage recht treffend charakterisiert hat, will da noch zwei Schritte weitergehen. Natürlich hat auch sie nicht das geringste Interesse daran, die Situation im Interesse der Werktätigen zu verändern, im Gegenteil!

Die Strauß-Partei würde, wenn sie könnte, den sozialen Wohnungsbau vollständig abschaffen. Das hätte zur Folge, daß der Wohnungsmarkt vollständig dem Diktat des großen Geldes unterworfen würde. Der DMB sagt für diesen Fall Mietsteigerungen von 100 Prozent voraus.

Unerfreulicherweise steht die CDU/CSU mit diesen mieterfeindlichen Projekten nicht alleine dar. Der Kreis der Sympathisanten reicht bis in die SPD hinein.

Im Januar dieses Jahres forderten die Haus- und Grundstückseigentümer auf einer Tagung, Mieten von 600 bis 700 Mark müßten die Regel sein, weil sie gerade noch „kosten-deckend“ seien. Zur selben Zeit forderte Strauß-Paladin Biedenkopf die Einstellung des sozialen Wohnungsbaus.

Schon Ende 1979 forderte die FDP im Zusammenhang mit ihren elf Thesen zum Wohnungsbau, der Staat solle sich schrittweise aus diesem Bereich zurückziehen und ihn der Privatinitiative überlassen.

Eine Studie des Wohnungsbauministers Haak (SPD) vom Februar dieses Jahres hält den sozialen Wohnungsbau für verzichtbar. In rechten SPD-Kreisen ist man der Auffassung, den großen Bauunternehmen zu gestatten, Sozialwohnungen schon vor der heute bestehenden Zehnjahresfrist durch vorzeitige Rückzahlung der Landesmittel von der Mietpreisbindung abzukoppeln.

Schon heute machen die Profithäie und Spekulanten der Baubranche bei der Umwandlung von Sozial- in Eigentumswohnungen märchenhafte Profite. Schon heute stellen die Sozialwohnungen für die Großunternehmen einen Spekulationswert von 100 Milliarden Mark dar. Die Realisierung der Vorstellungen von CDU/CSU würden mithin in den totalen Preisterror und Mietwucher ausarten.

Großer Pomp für König Khalid

Verstärkte Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien

Waffenhändler beim Empfang anwesend

BONN. — Groß war der Pomp, mit dem der saudische König Khalid in der Bundesrepublik empfangen wurde. Entsprechend dem Anlaß war die gesamte Presse auf eine Art Hofberichterstattung verpflichtet worden, was auch alle Blätter erfüllten. Dies waren die äußerlichen sichtbaren Erscheinungen der großen Bonner Anstrengungen die Zusammenarbeit mit dem Regime der Sauds zu verstärken.

Gemeinsamkeit in allen Fragen war dann auch der Inhalt der abschließenden Erklärungen zum Staatsbesuch. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und der Bundesrepublik waren bereits im Laufe des letzten Jahrzehnts sehr eng geworden. Saudi-Arabien ist heute mit 25 Prozent der Importmenge größter Öllieferant Westdeutschlands, das wiederum größter westeuropäischer Handelspartner der Sauds ist. Energiepolitik stand deshalb auch im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Teils des Gesprächs. Klar, daß dabei nirgends ein Wort von mittelalterlichen Tyrannen fiel, wie es in der Hetze gegen die iranische Revolution so gerne geschieht.

Das reaktionäre Regime der Sauds, das wurde auch hier deutlich, müht sich gegenwärtig im Dienste der westlichen Imperialisten die OPEC zu unterminieren. Lauthals wurde in der westdeutschen Propaganda begrüßt, daß die Sauds nach wie vor gegen einen wiedervereinheitlichten Ölpreis sind, daß sie alle OPEC-Beschlüsse und

Empfehlungen für ein planmäßiges Vorgehen bei der Ölförderung torpedieren.

Den Sauds wiederum kam dieser Besuch im Rahmen ihrer Bemühungen, auf eine gewisse Distanz zum USA-Imperialismus zu gehen, zu paß. Das zeigten sowohl die Erklärungen zur EG-Nahost-Resolution als auch die erklärte Bereitschaft, die Zusammenarbeit weiter zu vertiefen.

Und auch ihrer Hauptsorge wurde dabei Rechnung getragen. Zwar nahm die Bundesregierung — einmal mehr — den Waffenhandel von den Gebieten der Zusammenarbeit offiziell aus.

Aber auf der Rheinfahrt mit dem Schiff „MS Stolzenfels“ war unter den von der Bundesregierung geladenen Gästen auch der Waffenhändler Gerhard Mertins, schon öfter bei „delikat“ Vorgängen beteiligt. Und die Sauds wollen erklärtermaßen nach französischen und italienischen auch westdeutsche Waffen, um einigermaßen unabhängig von den USA zu werden.

Vom 12. bis 17. Juni leisteten 25 Genossen der Roten Garde, der Jugendorganisation der KPD/ML, in Thiergarten einen Beitrag zum Aufbau des IV. Internationalen Jugendlagers. Die Rote Garde unterstützt die Veranstalter des Lagers mit besten Kräften. Im folgenden der Bericht eines Genossen.

IV. Internationales Jugendlager

„... als Freunde werden wir wieder gehen“

Ein Vorbereitungstrupp der Roten Garde berichtet

Zur Vorbereitung des IV. Internationalen Jugendlagers führen wir vom 12. bis zum 17. Juni nach Thiergarten: Rotgardisten aus den Landesbezirken Ruhr, Rheinland-Pfalz, Saarland und Baden-Württemberg. Später kamen noch türkische Genossen aus Köln dazu. Insgesamt waren wir 25 — mehr als wir erwartet hatten.

In Thiergarten warteten eine Menge Aufgaben auf uns: Die Abwässerauffanggrube mußte gegraben, etliche Dornestrümpfe mußten gerodet, der zukünftige Zeltplatz mußte eingeebnet und für das Fundament des Dusch- und Waschhauses mußten über 20 Kubikmeter Mutterboden weggeschafft werden. Von Anfang an gingen wir mit Begeisterung an die Arbeit. Auch das Wetter spielte mit: Einige von uns klagen noch heute über ihren Sonnenbrand.

Bevor es mit der Arbeit richtig losging, begrüßte uns Peter vom Sekretariat der Roten Garde. Er teilte die Truppen ein, die die einzelnen Arbeiten übernehmen sollten. Zu Anfang war es noch etwas schwierig in Trupps zu arbeiten. Auch merkte man, daß etliche von uns es nicht gewohnt waren, Hacke, Spaten oder Schippe in die Hand zu nehmen. Da kam uns Jupp zu Hilfe.

Ein alter Straßenbauer

Jupp ist ein 62 Jahre alter Straßenbauer, pensioniert, der in dem kleinen Ort Abtei, einen Kilometer von Thiergarten entfernt wohnt. Er schaute sich zehn Minuten lang unsere Arbeit an, dann kam er heran und sagte: „Gib mir mal 'ne Hacke her.“ Und dann legte er los mit seinen 62 Jahren. Wir haben alle nur gestaunt. Und dann

haben wir kapiert, worauf es ankommt; langsam, aber beständig arbeiten; nicht zehn Minuten reinklotzen, und dann wie tot umfallen. Jupp hat uns den ganzen Tag über geholfen, und mit lustigen Witzen am Rande hat er uns bei guter Laune gehalten.

Abends saßen wir dann beim Bier zusammen und diskutierten. Jupp erzählte uns voll Verbitterung vom Krieg. Er sagte: „Eins wünsche ich euch, daß ihr nie die gleiche Jugend durchmachen müßt wie ich. Euch wünsche ich, daß ihr eine Jugend und ein Leben verbringt werdet ohne Krieg. Und er erzählte, daß nur wenige Kilometer von Thiergarten entfernt ein KZ der Nazis gewesen ist. „Wenn eure Jungs und Mädchen aus allen Ländern kommen“, sagte er, „fahren wir zusammen hin. Ich werde euch das KZ zeigen, und ich werde euch erzählen, wie grausam die Nazis mit den Leuten umgegangen sind.“

„Wenn ihr etwas braucht...“

Wir haben in diesen Tagen nicht nur viel gearbeitet, sondern auch viel von den Einheimischen gelernt und vor allen Dingen viele Leute kennengelernt. Alle haben uns geholfen. Der Nachbar kam mit dem Trecker an, als er sah, welche Schwierigkeiten wir hatten, die Grasnarbe wegzuschaffen. Ein Pflug wurde hinter den Trecker gespannt, und in einer halben Stunde war die Grasnarbe weg. Die Einheimischen, die uns bei der Arbeit sahen, sagten: „Wenn ihr etwas braucht, macht den Mund auf.“

Wir hatten Holz zum Verschalen eingekauft. „Was habt ihr denn dafür bezahlt?“ war

die erste Frage. Als sie den Preis hörten, haben sie uns ausgelacht. „Mensch, ich hab' doch bei der und der Firma jahrelang gearbeitet“, hieß es. „Fahren wir zusammen hin — da kriegt ihr Prozente.“ Wir waren überrascht, daß wir so gut aufgenommen wurden.

Bürgermeister Ganz

Begeistert und beeindruckt davon, wie wir hier aufgenommen wurden, faßten wir an einem Abend die Gelegenheit beim Schopf und bedankten uns. Der Veranstalter Klaus Kühl hielt eine kurze Rede, in der er sich beim Bürgermeister Ganz bedankte, daß dieser sich nicht hatte unter Druck setzen lassen. Der Bürgermeister hatte in den letzten Tagen einen Brief von der CDU bekommen, in dem ihm sein Ausschuß aus der Partei „wegen parteischädigenden Verhaltens“ mitgeteilt worden war. — Die Haltung des Bürgermeisters nötigt Achtung ab, wenn man bedenkt, daß in der Thiergartener Gegend so 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung CDU wählen. Aber der Bürgermeister sagte: „Wenn die mich ausschließen, nur weil ich euch den Platz zur Verfügung stelle und weil ich damit ein bißchen Geld verdienen will, dann können sie mir gestohlen bleiben.“

Wir haben uns gefragt, warum die Leute von unserer Arbeit und unserem Zeltlager so begeistert sind. Nun — sie haben unsere Arbeit miterlebt, sie haben unsere Planung und Organisation gesehen; sie haben gesehen, daß wir etwas Vernünftiges auf die Beine stellen wollen: Ein Zeltlager, in dem sich Jugendliche aus vielen Ländern treffen, in dem sie miteinander feiern, ihren Urlaub erleben und diskutieren können. — Und das beeindruckt sie; das macht nicht jeder. Und schon gar nicht umsonst, freiwillig, wie wir es tun. Und dann: für 180 Mark Teilnehmerbetrag. Das würde kein anderer auf die Beine bringen, haben sie gesagt.

„Wir können gut zusammenarbeiten“

Daß unter uns viele Kommunisten sind, das akzeptieren sie. Der eine sagt: „Ihr seid Kommunisten, das ist eure Meinung — ich bin es nicht, aber wir können gut zusammenarbeiten. Wenn ihr meine Hilfe braucht — die könnt ihr haben!“ Der andere interessiert sich vielleicht näher für unsere Meinung. — Wenn auch hier sehr viele Leute CDU wählen, schwarz von der Gesinnung her sind sie deswegen noch lange nicht alle.

Und überall merkt man schon: Unser IV. Internationales Jugendlager in Thiergarten wird mit Spannung erwartet. Bei vielen Jugendlichen in der Umgebung von mindestens 50 Kilometern ist es schon im Gespräch...

Bei unseren Arbeiten und Gesprächen in Thiergarten verstärkt sich bei uns folgender Eindruck: Wir sind als Fremde gekommen; als Gäste sind wir aufgenommen worden; und als Freunde werden wir wieder gehen.



Thiergarten im Hunsrück. Von dieser Stelle sind es noch 500 Meter bis zum Zeltplatz...



Das ist Jupp, 62 Jahre alt, ein Rentner aus dem Nachbardorf, der uns den ganzen Tag über half. Er zeigte, wie man's macht...



...und wir lernten schnell. Von Anfang an gingen wir mit Begeisterung an die Arbeit.

Auf zum IV. Internationalen Jugendlager

Für die Rechte der Jugend

Zeltlager mit
• Tag der internationalen Solidarität
• Großveranstaltung gegen Strauß
• Diskussionen, Arbeitsgruppen, Kulturwerkstätten, Lagerkino, Sport, Ausflüge usw.

19. 7. - 3. 8.
Thiergarten im Hunsrück
Nur 180 Mark...

... wenn Du Dich bis zum 1. Juli angemeldet hast. Danach: 200 Mark. Im Preis ist die Verpflegung enthalten. Kinder (zwischen vier und zwölf Jahren) zahlen den halben Preis. Das Geld muß auf folgendes Konto eingezahlt werden:

Vorbereitungsausschuß, Klaus Kühl, Kaiser-Friedrich-Str. 59, 4100 Duisburg, Postscheckamt Essen, Konto-Nr.: 2089 82-439.

Wer keine zwei Wochen Urlaub hat, kann natürlich auch nur für ein paar Tage, oder einen Abend vorbeischaun. Die Karten bekommt man immer am Lagereingang. Zelte zum Schlafen müssen mitgebracht werden. Und das Essengeschirr einschließlich Besteck nicht vergessen. Wer gerne scharfe Sachen ißt, denke auch an Salz- und Pfefferstreuer. Weitere Informationen beim Vorbereitungsausschuß.



Der Bauer kam mit dem Trecker an, als er sah, welche Schwierigkeiten wir hatten, die Grasnarbe wegzuschaffen. — Ein verdammt harter Boden! Nur mit großer Mühe frißt sich der Pflug in die Grasnarbe.

Literatur im Kampf gegen Hitler — 2. Folge: Frankreich

Monsieur Leroy schritt langsam auf die Kirche zu; Kinder spielten, es war alles wie sonst. Es gab leider keinen Vorwand, um noch zu verweilen. Schließlich warteten die Leute auf ihn, mochten sie noch so alltägliche Sünden auf dem Gewissen haben.

Er stieg die wenigen Stufen der Freitreppe hinauf, die zur Kirche führte. Er stellte sich im Geiste vor, wer ihn er warten würde, seine „Kunden“, wie er sie im Scherz nannte. Vielleicht Madame Guilleboudin ... die alte Mutter Buzevin ... der gute Boudart, der Chausseewärter ... ein oder zwei junge Leute der Sankt Eulalia-Stiftung, die ihre jugendlichen Zweifel zu ihm brachten... Welche Geduld er aufbringen mußte! Monsieur Leroy brachte Gott die ganze Langeweile dar, deren Vorgefühl ihn jetzt schon ergriff. Umsomehr, als er wegen der paar Leute das Radio versäumen würde, die Nachrichten aus Nordafrika... Auch dies brachte er dem Herrn dar, wenn auch ein wenig zwiespältigen Herzens. Seine Hand tastete nach dem Rosenkranz in der Tasche.

Sieben Personen erwarteten ihn, darunter sechs Frauen. Im Lichte der Kerzen, die vor dem Standbilde der unbefleckten Empfängnis brannten, stellte Monsieur Leroy mit einem Blick fest, daß es die ärgsten Tratschweiber waren. Das wird eine lange Arbeit geben: seine Befürchtungen waren durchaus nicht übertrieben gewesen. Er wußte von A bis Z, was diese unbarmherzigen Gläubigen ihm sagen würden, auf welche kleine Welt von Klatschereien er sich mindestens eine Stunde lang würde beschränken müssen.

Mein Gott, Dein Wille geschehe! Er ging in die Sakristei hinüber, um sich umzukleiden. Die armselige Wäsche, die man jetzt hatte! Wie würde er seine geflickte Soutane ersetzen können? Wieviel Kleiderkartenpunkte verlangt man für eine Soutane? Wenigstens fünfzig! Und man verfügt doch nur über zwanzig!

Er nahm seinen Platz im Beichtstuhl ein und hörte ziemlich zerstreut dem monotonen Flüstern zu, das zwischen den grünen Vorhängen durch das Gitter drang: „Hochwürdiger Vater, vergebt mir, denn ich habe gesündigt“. Es gab Beichtkinder, die sich in der Darstellung unbedeutender Einzelheiten gefielen, die sie wie zum Vergnügen aufbauschen, als wollten sie damit die Geringfügigkeit ihrer Sünden besser ins Licht rücken; es war, als kämen sie nicht um ihre Sünden zu beichten, sondern um sich mit ihren Tugenden zu brüsten. Tugend...ein dehnbarer Begriff...

Der Pfarrer zwang sich, aufmerksam zuzuhören, er versuchte, für das Gestammel der Beichtenden Interesse aufzubringen. Er sah durch den schlecht zugezogenen Vorhang das Licht der Kerzen und mußte unwillkürlich daran denken, welche Verschwendung dieser Wachsverbrauch heutzutage war, wo man nicht genug Seife hatte... War es denn sicher, daß es der Heiligen Jungfrau wohlgefällig war, wenn sie sah, wie etwas nutzlos verbrannte, was einem anderen Zweck hätte dienen können... Er verschuchte diese gefährlichen Gedanken... Durch Gedanken, Handlungen und Unterlassungen...

Und so zog in den sich allmählich verdichtenden Schatten der Reigen der Sünder vor-

Louis Aragon

Beichtkind 1943

bei und das Beichttribunal erfüllte seine Aufgabe abwechselnd an den kleinen vergitterten Fensterchen links und an den kleinen vergitterten Fensterchen rechts...

Als er aus dem Beichtstuhl heraustrat, bemerkte er in der Beichtzelle zu seiner Rechten die Füße eines Mannes, die unter dem Vorhang hervorsahen. Hatte er sich in seiner Rechnung geirrt? Ein Beichtkind mehr! Und im Chorraum sprachen Leute mit lauter Stimme. Er runzelte die Stirn. Was sollte das heißen? Er schritt auf sie zu.

Es waren drei Polizisten und zwei Männer in Zivil, die er sofort als Angehörige der Geheimpolizei erkannte.

„Was bedeutet das, meine Herren?“ fragte Monsieur Leroy würdevoll und in jener unnachahmlichen Tonstärke, über die nur er verfügte, die weder laut noch leise klang und die man doch vom einen Ende der Kathedrale bis zum anderen gehört hätte, ohne daß sie einen anderen Anschein als den eines Sprechers mit gedämpfter Stimme erweckt hätte. Die Polizisten waren eingeschüchtert stehengeblieben.



Max Lingner: Volksfrontdemonstration 1936 (Ausschnitt)

„Herr Pfarrer...“ begann einer von ihnen. Einer der Zivilisten schnitt ihm das Wort ab: „Es hat soeben wieder ein Attentat in V. gegeben... Eine Bombe, und dem Täter, dessen Flucht wir beobachteten, gelang es, sich in Ihrer Kirche zu verbergen...“

Es war undefinierbar, der Mann sprach sehr gut französisch, aber er hatte eine kaum merkliche Härte der Aussprache... Monsieur Leroy sagte sehr ruhig: „Suchen Sie nur, meine Herren, suchen Sie... aber Sie sehen, hier ist niemand...“ Er zögerte und setzte fort: „...als das letzte meiner Beichtkinder, welches seit dreiviertel Stunden wartet, daß ich ihm die Absolution erteile... Wenn Sie gestatten, werde ich

fortfahren, seine Beichte anzuhören...“

Wieder im Dunkel des Beichtstuhls, hielt er einen Augenblick inne. Das Herz schlug ihm bis an den Hals. Neben sich hörte er den angstvollen Atem des Mannes, auf dessen Schuhe sein Blick beim Zurückkommen noch einmal gefallen war: es waren armselige Schuhe mit abgetretenen Absätzen, die eine anständige Besohlung gebraucht hätten. Er entschloß sich, öffnete das vergitterte Fenster zu seiner Rechten und legte die Hand über die Augen, um sich besser zu konzentrieren:

„Mein Sohn, sprechen Sie, ich höre Sie...“

Aus dem Kirchenschiff drang der Lärm hin- und herender Schritte zu ihm. Monsieur Leroy vermutete, daß man die Tür der Sakristei öffnete. Der Kirchendiener mußte hier sein. Aber da sagte dicht neben ihm die Stimme des Mannes, eine tiefe, erstickte Stimme: „Herr Pfarrer... Mein Vater...“

Es mußte ein Mann sein, der nicht gewohnt war, mit einem Priester zu sprechen. Trotzdem war es ihm eingefallen, ihn mit „Mein Vater“ anzusprechen.

Monsieur?“ stieß er hervor und diesmal hallte seine Stimme durch die ganze Kirche; es war die Stimme des Priesters, der sich nicht scheut, in seiner Kirche laut zu sprechen, gewohnt darin zu predigen und den Kindern Belehrungen aus dem Katechismus zu erteilen. Der andere stand nahe vor ihm, ihre Körper berührten sich fast, überrascht von dem plötzlichen Herausreten des Priesters wich er zurück und antwortete mit gedämpfter Stimme auf deutsch: „Entschuldigen Sie...“, um sofort auf französisch fortzusetzen: „Verzeihen Sie, Herr Pfarrer, ich wollte...“

Den Pfarrer durchzuckte eine leise Genugtuung, daß er sich nicht getäuscht hatte; und er schmetterte hinaus: „Ja, wo glauben Sie denn eigentlich zu sein, Monsieur? Werden Sie mich mein Amt erfüllen lassen, ja oder nein? Ich habe hier ein Beichtkind aus meiner Pfarre, für das ich einstehe und das seit dreiviertel Stunden hier ist, ich sage Ihnen, seit dreiviertel Stunden... Und was mich betrifft, so wartet mein Nachtmahl auf mich, Spinat, Monsieur, wenn Sie es genau wissen wollen, und ich hoffe, daß Sie von hier verschwinden...“

Die Polizisten kamen zurück.

„Wir haben niemand gefunden“, sagte einer von ihnen.

Der Deutsche sagte einige Worte zum anderen Zivilisten.

„Ich mach Sie aufmerksam“, sagte der Priester, „daß aus der Kapelle des heiligen Johannes eine kleine Tür in die Kirche führt.“

Die Köpfe der anderen dreht sich mit einem Ruck in diese Richtung. Das stimmte schon, aber dann...

„Haben Sie ein paar Ihrer Leute draußen gelassen, Herr Inspektor?“

Der Inspektor bejahte. Die ganze Gruppe schritt mit entblößten Köpfen, die Kappen und Hüte in den Händen, auf den heiligen Johannes den Täufer zu. Monsieur Leroy sah, wie sie sich entfernten und die Kirche verließen.

Er lächelte vor sich hin. Gloria...sang es in ihm...Gloria! Gloria! Er hatte jeden Sinn für die Sündhaftigkeit seines Tuns verloren. Für den Augenblick lebte er in seiner Lüge, sein Sieg erfüllte ihn sogar mit Eitelkeit. Schlimmer noch: er ertappte sich bei dem Gedanken, daß er die Beichte des Mannes nun mit einem gewissen Frohlocken entgegennehmen würde. Als er sich jedoch umwandte, stand das falsche Beichtkind hinter ihm, die Hände baumelten an seinem Körper herab; sie hielten keinen Hut... Das Licht der Kerzen malte Schatten auf sein Antlitz.

„Sie wollen nicht beichten?“ sagte Monsieur Leroy und in seiner Stimme klang etwas wie Enttäuschung.

„Herr Pfarrer“, sagte der Mann, und bei Gott, seine Stimme war tief und schien aus dem Grunde seines Körpers, des Körpers eines Lastfuhrwerkers oder Soldaten, zu kommen und dessen festen und unteretzten Bau zu erschüttern. „Danke schön, Herr Pfarrer, das war anständig von Ihnen... Aber es ist besser, wenn ich jetzt verschwinde...“

„Wenn Sie jetzt hinausgehen, wird man Sie festnehmen, mein Sohn“ Er bestand ein wenig auf dieser im Beichtstuhl üblichen Anrede, wie um eine Situation hinauszuziehen, in der er die Oberhand hatte. Er gab sich darüber Rechenschaft

Résistance 1940-1944

Im Mai und Juni 1940 fielen die Hitler-Truppen auch in Frankreich ein. Paris wurde besetzt, Frankreich in zwei Teile geteilt. Den Norden und Westen kontrollierten die deutschen Faschisten unmittelbar; im Süden („Vichy-Frankreich“) regierte die Nazi-Marionette Petain.

Während die französischen Imperialisten Frankreich an die Nazis faktisch auslieferten, entwickelte sich aus dem Volk vom ersten Tag der Besetzung an der Widerstandskampf. Die Résistance wurde zur mächtigsten Partisanenbewegung in Westeuropa. Hinter jedem Kämpfer der Franc-tireurs und Partisanen, der Geheimarmee und anderen Befreiungsbewegungen standen oft zehn „Soldaten ohne Uniform“, die ihre Kameraden verbargen, ihnen falsche Papiere und Lebensmittelkarten besorgten, Zeitungen und Flugblätter verbreiteten.

Die führende Rolle im Widerstand erlangte die illegale kommunistische Partei Frankreichs, die schon von der französischen Bourgeoisie verfolgt und verboten worden war. Im Gegensatz zu Kräften wie denen um den General de Gaulle, die das Volk auf einen späteren Einmarsch der Alliierten zu verlocken versuchten, traten die Kommunisten für die sofortige Aktion, für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes im Lande ein. Diese Linie setzten sie konsequent in die Tat um, und darin beruhte ihre Autorität im Befreiungskampf.

Der Widerstandskampf begann mit einzelnen Aktionen vorerst in den Städten und Industriezentren, mit Kundgebungen, Demonstrationen, Streiks und Sabotageakten. Als im Juli 1942 Hitler ganz Frankreich besetzen und den Zwangsarbeitsdienst für alle Franzosen einführen ließ, erreichte der Kampf das ganze Land umfassende Ausmaße. Die Widerstandsorganisationen riefen die zur Zwangsarbeit Einberufenen auf, sich in die Berge zurückzuziehen. In verschiedenen Provinzen Frankreichs entwickelten sich Zentren der Partisanenbewegung.

Nach dem Sieg der Sowjettruppen verstärkten die Partisanen ihre Aktionen. Die Partisanen gingen zu ersten Angriffen auf deutsche Garnisonen in Brest, Niort, Besancon und anderen Orten über. Den sich ausbreitenden Aufstand konnten die Faschisten auch durch grausamen Terror, durch zahllose Hinrichtungen, Geiselschließungen und Vernichtung ganzer Dörfer (Oradour-sur-Glane) nicht eindämmen.

Im Herbst 1943 gab Korsika das Beispiel der Möglichkeit der Befreiung durch eigene Kraft, als nach der Kapitulation Italiens die korsischen Partisanen mit Unterstützung vom Festland die Deutschen von der Insel verjagten. Den Umfang des Widerstandes verdeutlichen Kommuniqués einer Widerstandszeitung vom November 1943. Danach gab es in einem Monat in Frankreich 809 Aktionen, 246 Angriffe auf deutsche Truppen, 338 Anschläge auf Verkehrszentren, 41 Aktionen gegen Hafenanlagen und 184 Anschläge auf Militärtransporte.

Am 6. Juni landeten die Truppen der Alliierten in der Normandie. Der Entscheidungskampf begann. Mehrere Departements konnte die Résistance aus eigener Kraft von den Faschisten befreien. Im August erhoben sich die Werktätigen und Widerstandskämpfer angesichts der herannahenden alliierten Truppen zum Aufstand. Als am 24. August die Vorhut der Alliierten in Paris einzog, war Paris bereits befreit.

Die Résistance erreichte eine revolutionäre Mobilisierung des französischen Volkes von ungeheurem Ausmaß. Doch die KP, die den Kampf führte, vermochte die revolutionären Möglichkeiten nicht zu nutzen. Aufgrund ihrer versöhnlichen und opportunistischen Politik gegenüber der französischen Bourgeoisie konnten die errungenen Positionen nicht ausgebaut werden und gingen wieder verloren. Das französische Großkapital, das 1940 das Land an Hitler verraten hatte, blieb an der Macht.

und warf sich Mangel an wahrer christlicher Barmherzigkeit vor.

So stellte er sanftmütig richtig: „Mein Kind...“

Das „Kind“ kratzte sich den Kopf. „Da sitzen wir schön in der Patsche!“ erklärte es mit Überzeugung und dann fühlte es plötzlich das Bedürfnis, sich zu entschuldigen:

„Ich war wirklich gezwungen, Herr Pfarrer, ich wollte Sie nicht beleidigen... Jeder hat seine Überzeugung... Aber ich hatte keine andere Wahl!“

Er wollte sich offensichtlich entschuldigen, daß er sich in einen Beichtstuhl gesetzt hatte; er, ein Ungläubiger, der nicht im Traum daran dachte, zur Beichte zu gehen...

„Ich verstehe, ich verstehe“, sagte der Pfarrer nachgiebig, „es war ganz selbstverständlich! Ich möchte aus der Situation keinen Vorteil ziehen...“

Der andere begriff diese Wendung nicht, und tatsächlich war sie auch nicht leicht zu verstehen; aber es gibt Augenblicke, wo es unwichtig ist, was man sagt; wichtig ist nur, daß man irgend etwas sagt.

„Haben Sie Ihnen nicht gesagt“, fragte er, „ob es irgendeinen erwischt hat?“

„Ob es einen was...hat?“ Nein, sie hatten nichts davon gesagt.

„Ach“, seufzte das „Kind“, „ich möchte sie nicht gerne verfehlt haben.“ Monsieur Leroy sah ihn prüfend an. Der Mann sah aus, wie ein braver anständiger Bursche, der nicht gern eine Arbeit halb machte. Der Pfarrer wagte eine zaghafte Frage.

„Waren es Boches?“

„Na ja“, antwortete der andere, „wenn es keine waren, dann waren sie jedenfalls nichts Besseres!“

Die Frage war offensichtlich dumm. Um ihren Eindruck zu verwischen, sprach Monsieur Leroy weiter:

„Schön...und was wollen Sie jetzt anfangen?“

„Also, wenn Sie gestatten, werde ich schön brav hier in der Ecke warten...“

Sie brachen beide in Lachen aus.

„Nein“, sagte Monsieur Leroy, „und wenn die Kerle zurückkämen?“

Der andere machte eine ausweichende Geste, er schien das Ausmaß der Kirche mit einem Blick abzuschätzen wie den künftigen Schauplatz einer Schlägerei.

Der Pfarrer schüttelte den Kopf.

„Nein, nein...besser nicht... Kommen Sie mit mir, hier durch; von der Sakristei aus kann man in meine Wohnung gelangen...in den Pfarrhof...“ Der Mann ließ sich das nicht zweimal sagen.

„Das geht, das ist sehr anständig...Herr Pfarrer...“

Die Akazien im Pfarrgarten dufteten so gut, daß das wohl ein Zeichen des vollen Einverständnisses vom lieben Gott sein mußte.

Louis Aragon

Louis Aragon ist einer der bedeutendsten französischen Dichter dieses Jahrhunderts. Geboren am 3. Oktober 1897, wandte er sich nach dem ersten Weltkrieg der Literatur zu. Unter der nazifaschistischen Besetzung schloß er sich der Widerstandsbewegung an und wurde einer der Führer der Résistance im Gebiet von Lyon. Er schrieb Gedichte und Romane, darunter: „Die Glocken von Basel“, „Die Viertel der Reichen“, „Die Kommunisten“, „Die Karwoche“.

Wenige Tage vor der Premiere seines neuen Stückes „Strammer Max“ im Mai trat der Autor, der Dramatiker Franz Xaver Kroetz, aus der DKP aus. Die bürgerliche Presse konstruierte folgenden Zusammenhang: Kroetz habe die Figuren seiner eigenen düsteren Stücke endlich ernst genommen und den „blinden Fortschrittsglauben“ über Bord geworfen. „Strammer Max“ bestätigt diese These nicht; in diesem Stück wird eine Fortschrittsperspektive sichtbar, wird die gesellschaftliche Situation deutlich als veränderbar dargestellt. Kroetz ist politischer geworden. — Aber das spricht nicht für die DKP...

„Strammer Max“ weist — was die Fabel, den Aufbau und das Personal betrifft — eine starke Ähnlichkeit mit früheren Stücken auf. Wie zum Beispiel in „Mensch Meier“ (1978) wird eine Kleinfamilie dargestellt, die durch Veränderungen in der Arbeitswelt des Ernährers, eines Arbeiters, aus dem Tritt geworfen wird:

Dem Arbeiter Max, Ende vierzig, Lackierer in einem süddeutschen Fertigungsbetrieb, droht die Entlassung; es droht damit der Zusammenbruch seiner häuslichen Idylle, seiner Pläne, die sich hauptsächlich auf seine Tochter beziehen, die ein teures Internat besucht und einmal etwas Besseres werden soll. Die Arbeitslosigkeit schon vor Augen, erscheint es Max als Glücksfall, daß der Betrieb ihn mit anderen älteren Arbeitern in einer neu aufgebauten chemischen Abteilung anstellt. Doch allzubald schon zeigen sich die Beweggründe zu dieser scheinbar sozialen und arbeitnehmerfreundlichen Handlungsweise: In der chemischen Abteilung kommen die Arbeiter mit Vinylchlorid in Berührung, das längerfristig zu schweren Gesundheitsschäden führt. Man hat ältere Arbeiter gewählt, weil bei ihnen die Folgen voraussichtlich erst auftreten, wenn sie schon in Rente sind.

Max jedoch hat einen Leberdefekt, und die Vergiftung wird vorzeitig spürbar. Er wird zusehends kränker, und seine häusliche Idylle ist erneut bedroht. Mit allerlei Lügen und Selbsttäuschungen versucht er sich und seine Frau darüber

Theaterkritik

Wie kommt der Arbeiter dazu zu handeln?

Zu dem Stück „Strammer Max“ von F.X. Kroetz

hinwegzutauschen; er macht aber dadurch die Sache nur schlimmer. Schließlich landet er im Krankenhaus. Nach seiner Genesung bietet ihm die Firma zum Ausgleich einen Parkwächterposten an; er soll dafür allerdings eine Unterschrift leisten, die die Firma von einer Schuld an seiner Erkrankung freispricht. Max steht nun vor der Alternative, sich einen Arbeitsplatz zu sichern, indem er das Vinylchlorid-Verbrechen deckt, oder aber das Verbrechen aufzudecken, indem er seine Unterschrift verweigert. In diesem Falle läuft er Gefahr, wieder auf der Straße zu stehen.

Seine Frau bestärkt ihn nun, der Firma die Stirn zu bieten. Max aber zeigt sich der Entscheidung nicht gewachsen. Seine Wut, sein Zorn, das Gefühl seiner Ohnmacht und Ausgeliefertheit entläßt sich in Terror gegen seine Familie. Seine Frau und seine Tochter unterwerfen sich ihm nicht. Er kapituliert. Seine Abdankung als Haustyrann ist jedoch gleichzeitig ein Neubeginn: Er wird — so läßt es der Ausgang des Stückes vermuten — seine Unterschrift verweigern und gegen die Firma angehen.

Diese Wendung zeichnet das Stück „Strammer Max“ — bei aller unverkennbaren Ähnlichkeit — gegenüber den früheren Stücken von Franz Xaver Kroetz aus. Die gesellschaftlichen Verhältnisse haben den Schein ihrer Übermacht verloren.

Während noch in „Mensch Meier“ die Verhältnisse den Arbeiter hoffnungslos verkrüppeln und zerstören — und nur die Frau und der arbeitslose Sohn, die nicht im Produktionsprozeß stehen, können neu beginnen —, verändert in

„Strammer Max“ der Druck der Verhältnisse den Arbeiter so, daß er am Ende fähig und bereit erscheint, sich aufzulehnen.

Während in „Mensch Meier“ der Arbeiter gleichsam ans Kreuz geschlagen wird (ecce homo — seht, das hat der Kapitalismus aus dem Menschen gemacht), wird in „Strammer Max“ dem Arbeiter ein Licht aufgesteckt. Und wenn er auch im Verlauf des Stückes noch nicht darangeht, die Verhältnisse zu verändern, so erscheinen sie ihm doch als vom Menschen gemachte, als nicht gegebene, als veränderbare. Nicht mehr die Zerstörung eines Arbeiters und seiner Lebensbedingungen ist das Thema des Stückes, sondern: Wie kommt ein einfacher, unpolitischer Arbeiter dazu zu handeln.

Die neue Themenstellung beeinflusst positiv das ganze Milieu, den Gestus, die Haltung des Stückes. Das Absurd-Monströse, das Beklemmend-Muffige, das Spießbürgerlich-Deformierte — die Atmosphäre der früheren Stücke ist weitgehend überwunden. Den Arbeitergestalten haftet nicht mehr der dumpfe „tierische“ Ernst an; sie zeigen auch Heiterkeit, Komik, Weisheit. Sie haben Realismus gewonnen; sie sind nicht mehr die verzerrten, deprimierenden Gestalten, an denen lediglich der pikante gutbürgerliche Theaterbesucher sein Vorurteil über den Wohlstandsproletarier bestätigt sieht. — Über den Situationen liegt oft etwas Komisches und Ironisches, wodurch die pure Verzweiflung zersetzt wird. Den Untertitel „Volksstück“ trägt „Strammer Max“ mit viel größerem Recht als „Mensch Meier“.

Die realistischere Gestaltung der Figuren macht jedoch auch die Beschränkung fühlba-

rer, die Kroetz dadurch dem Stück auferlegt hat, daß er eine mehr oder weniger hermetisch abgeschlossene Kleinfamilie zeigt. Die Bühne zeigt eine Situation wie in einem Reagenzglas: In einer bestimmten Familiensituation löst die Änderung der Arbeitsplatzsituation des Mannes bestimmte Reaktionen und Entwicklungen aus. Die Entwicklung vollzieht sich aber praktisch in einem Vakuum — außer einem Flugblatt über das Vinylchlorid kommt von außen nichts hinzu. Die Entwicklung von Max aber erweist sich so als nicht ganz folgerichtig. Er kommt auf Gedanken, die er aufgrund seiner Ausgangslage, seiner Konstitution und seiner Erfahrungen nicht bekommen kann. Man hat das Gefühl, daß der Autor in den Dialogen „zubbtert“.

So philosophiert der Arbeiter Max zum Beispiel mit seiner Frau über seine Verantwortung seinen Kollegen gegenüber. Die Gedanken, so eindrucksvoll sie vorgebracht sind, hängen jedoch irgendwie in der Luft. Denn ihre Grundlage, die Erfahrung der Solidarität der Arbeiter, ist in dem Stück nicht vorhanden; es ist eine Größe, von der Max nichts weiß und mit der er nicht rechnet. Warum hat Kroetz das weggelassen? Etwa um die Reagenzglas-Situation der Familie nicht zu durchbrechen? — Das Einbringen der Arbeitersolidarität hätte der Realität nur entsprochen, es hätte den Realismus des Stückes vertieft. Denn, daß die Arbeiter sich gegen die Arbeitsvernichtung zusammenschließen, kämpfen und Erfolge erringen, ist in der BRD längst eine Realität.

Kroetz zeigt in seinem Stück zwar die Perspektive des Widerstandes, aber dieser Widerstand bleibt ein Einzelwiderstand. So-

lidarität und Rückhalt erfährt Max nur in seiner Familie — aber immerhin...

Das Stück setzt sich — ähnlich wie „Mensch Meier“ — durch die Aneinanderreihung einer großen Anzahl kleiner und kleinster Einzelszenen allmählich mosaikartig zusammen. Die Bühne ist aufgeteilt in drei feste Einheiten: Wohnzimmer, Küche und Schlafzimmer: die Wohnung der Familie. Vor

diesem Hauptschauplatz, eine Stufe tiefer, werden durch Herablassen bestimmter Bildkulissen noch einmal andere Schauplätze simuliert: Kneipe, Bergtour, Autofahrt, Krankenhaus, Einkaufsstraße etc. Die dadurch erreichte Vielfalt von Schauplätzen ist etwas verwirrend, ihre Notwendigkeit nicht immer klar. Manches wirkt da etwas übertrieben, wie Naturalismus um jeden Preis: Warum muß Kroetz unbedingt einen im fahrenden Auto gesprochenen Dialog auf die Bühne bringen?

Das Stück wurde von dem Theater der Stadt Essen auf die Bretter gebracht, in einer Inszenierung von Wolf Seesemann. Die Inszenierung war durchaus gelungen. Die Gestalten des Arbeiters Max und seiner Frau wurden von Franz Boehm und Katja Bechtolf überzeugend dargestellt.

ju.



Max und seine Frau während einer Autofahrt. — Szenenfoto aus der Essener Aufführung des Stückes „Strammer Max“ von Franz Xaver Kroetz.

„Einstein“-Oper von Paul Dessau in Recklinghausen

Unverständlich und unverbindlich

Ein Dokument revisionistischer Kulturpolitik

„Gute Theaterkunst ist letztlich nie elitär, sondern für alle verständlich“, schreibt der tschechoslowakische Emigrant Jaroslav Chundela zu seiner Inszenierung der Dessau-Oper „Einstein“, die am Sonntag, den 15. Juni, im Haus der Recklinghäuser Ruhrfestspiele unter der musikalischen Leitung von Uwe Mund Premiere und westdeutsche Erstaufführung hatte.

So richtig der oben zitierte Satz auch ist, so wenig trifft er auf Dessaus Oper zu. Dabei hat sie einen Stoff zur Grundlage, der eine „für alle verständliche“ Behandlung verdient hätte.

Einstein, der geniale deutsche Physiker, flüchtet vor der faschistischen Barbarei in die Vereinigten Staaten von Amerika. Aus Angst, Hitler könne seine wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Bau der Atom-bombe benutzen, regt er den Bau der Bombe durch die Amerikaner an und unterstützt sie dabei.

Als sein Werk die Städte Hiroshima und Nagasaki in Atomwüsten verwandelt, steht Einstein vor den Trümmern seines im bürgerlichen Denken befangenen Humanismus. Erneut wird er zum politisch Verfolgten, weil er einen Aufruf zur Ächtung der Atomwaffen verfaßt hat.

Einstein, der den Bau der Bombe als antifaschistische Tat verstanden hatte, sieht sich als

Vollstrecker eines menschenfeindlichen Systems, das dem deutschen Faschismus in nichts nachsteht. — Ein dramatischer Stoff, der angesichts der zahllosen vom USA-Imperialismus bis heute verübten Verbrechen an Aktualität nichts zu wünschen übrig läßt.

Den Komponisten Paul Dessau (bekannt durch die Lieder der späten Brecht-Stücke) bewegte dieser Stoff bereits 1955, in Einsteins Todesjahr. Aus den Textskizzen Dessaus entwickelte Karl Mickel das vollständige Opernlibretto. Die Musik entstand 1972/73.

Bedauerlicherweise war Paul Dessau (1894 bis 1979) nicht in der Lage, eine Musik zu schreiben, die der politischen Brisanz des Stoffes gerecht wird. Die stärksten Szenen entstehen noch durch die Gegenüberstellung Bachscher Orgelmusik mit dem zerstörerischen Treiben von SA-Schergen. So demolieren drei SA-Männer das Arbeitszimmer des geflohenen

Einstein bei Klängen der Dorischen Orgeltoccata. Immerhin erzeugt dieser schreiende Mißklang Betroffenheit.

Über weite Strecken ist die Musik von der spätromantischen Kompositionsweise eines Richard Strauß und der Zwölftontechnik (1) der Wiener Schule um Schönberg, Berg und Webern bestimmt.

Diese Musik, die ohnehin nur schmalen Schichten des Bildungsbürgertums zugänglich ist, kann zwar extremen, bis zur Verzerrung reichenden Gemütsregungen Ausdruck verleihen, kann den perversen Machthungen und die abnorme Eifersucht einer Salome (2) illustrieren und das Innenleben des psychisch kranken Woyzek (3) darstellen, ihre Ausdrucksmöglichkeit aber ist auf irrationale Regungen des Individuums beschränkt, auf die private Psyche des Einzelmenschen und daher zur Vermittlung politischer Erkenntnisse, zur Aufklärung der Pu-

blikums völlig ungeeignet. Und wie anders könnte man sich dem beschriebenen Stoff nähern?

Allenfalls kommt in der Komposition Dessaus die menschliche Zerrissenheit des geprellten Physikers zum Ausdruck, und selbst das lediglich für jenen Publikumskreis, der das Glück hat, in die Geheimnisse der Musikgeschichte eingeweiht zu sein.

Doch die Gründe, weshalb der Erfinder der Relativitätstheorie am Ende zwischen allen Stühlen sitzt, bleiben im Dunkeln.

Damit fällt Paul Dessau genau auf jenen Punkt zurück, den Kommunisten wie Hanns Eisler in den zwanziger Jahren überwunden haben. Eisler, der den von Dessau benutzten Kompositionsstil bei Arnold Schönberg von der Pike auf gelernt hatte und mit eigenen Stücken, die in diesem Stil gehalten waren, brillierte, brach mit der bürgerlichen Modernen, stellte seine Fähigkeiten in den Dienst der Arbeiterklasse und entwickelte Ansätze einer proletarischen Musikkultur, die es weiterzuentwickeln gilt.

Daß Paul Dessau von diesem, an den materiellen und kulturellen Interessen des Proletariats orientierten Musik-schaffen abgerückt ist, daß er den dekadenten Einflüssen der

elitären westlichen Modernen erlegen ist, ist weniger sein Problem als das des Bankrotts revisionistischer Kulturpolitik.

Die Recklinghäuser Inszenierung der Oper sorgt vollends für die Entpolitisierung des Stoffes. Chundela bedient sich einer recht eigenwilligen Auslegung des Brechtschen Verfremdungseffektes und läßt verschiedene Szenen in bloßen Klamauk absinken, etwa wenn Adolf Hitler als lederhosenbewehrter, zu kurz geratener Lausbub auf einem als Erdkugel erkennbaren Ball über die Bühne fegt. Stellenweise hat Chundela auch recht gelungene Einfälle; hier wären die Szenen bei Roosevelt und vor dem Ausschuß zur Verurteilung Einsteins zu nennen, die durch groteske Bilder und Masken nackte Menschenverachtung der amerikanischen Regierung zeigt. Doch das sind leider Einzelfälle.

Auch die zum Teil guten Leistungen der Solisten, das saubere Dirigat von Uwe Mund können nichts daran ändern, daß Dessau mit seiner „Einstein“-Oper gründlich das Thema verfehlt hat.

Als Dessau 1955 zum ersten Mal am „Einstein“ arbeitete und seine Skizzen Brecht zur Beurteilung überließ, notierte dieser:

„Zwei Mächte sind im

Kampf, und undeutlich, ihm undefinierbar, existiert eine dritte, außerhalb und innerhalb der beiden Mächte [der Kommunismus].

X [Einstein, Red.] übergibt der einen davon die große Formel, da sie ihn selber beschützt. Er übersieht die Ähnlichkeit ihrer Gesichtszüge. Die freundliche Macht siegt und zwingt die andere nieder, und das Schreckliche geschieht: sie verwandelt sich in die andere und tritt dem Schützling schrecklich gegenüber. Und zwar hat sie ihn, den sie freundlich behandelt, als Mitkämpfer.“

Die Worte Brechts bringen genau das zum Ausdruck, was Dessaus Oper vermissen läßt: politische Klarheit.

Die Inszenierung wird von Ende September an in gleicher Besetzung im Gelsenkirchener Opernhaus weiter zu sehen sein.

Johannes Vetter

(1) abstrakter Musikeitel, der die klassische Harmonielehre (Lehre von den Akkordverbindungen) durch die Kombination von Tonreihen ersetzt hat, die alle zwölf Töne der Halbtontonskala beinhalten.

(2) Oper von Richard Strauß: Salome, Tochter von Herodes, widmet ihrem Vater den berühmten Tanz der sieben Schleier und erhält dafür den Kopf Johannes des Täufers.

(3) „Woyzek“, Oper von Alban Berg nach dem Drama „Woyzek“ von Georg Büchner



IV. Fußball-Europameisterschaft

Leere Stadien, schwache Leistungen

Bis dieser „Rote Morgen“ erscheint, wird feststehen, ob es der bundesdeutschen Fußballmannschaft gelungen ist, den Titel eines Europameisters, den sie vor vier Jahren an die Tschechoslowakei verlor, wiederzugewinnen. Aber, ob die belgische Abseitsfalle geknackt wurde oder nicht, eine Bilanz dieses Turniers läßt sich jetzt schon ziehen.

Zwei Erscheinungen prägen dieses Turnier in Italien vor allem anderen. Die leeren Stadien bei allen Spielen, an denen Italien nicht beteiligt war, und dies waren immerhin zehn von vierzehn Begegnungen, und die zum Teil unverschämte schlechten Leistungen.

Da reist der zweimalige Vizeweltmeister Niederlande mit einer Mannschaft an, die an Großspürigkeit und Altersschwäche kaum noch zu überbieten ist.

Da wird eine britische Mannschaft zum Favoriten gestempelt, die nichts anderes kann, als die seit siebzig Jahren überholte Taktik des „kick and run“ anzubieten, und dann wundert man sich schließlich nur noch, daß dieses Team überhaupt ein Spiel gewinnen konnte.

Ein Titelverteidiger aus der CSSR, bei dem man sich nur noch fragen kann, wie es möglich war, daß diese Mannschaft jemals Europameister wurde.

Und die westdeutsche Mannschaft? Ein gutes Spiel gegen die Niederlande, ja. Aber im ersten Spiel gegen die CSSR wird der Druck des Gewinnmüssens als Entschuldigung für miserable Leistungen angeführt, im dritten Spiel gegen Griechenland wird, gerade umgekehrt, die Tatsache, daß alles schon gelaufen war, als Entschuldigung für ein vielleicht noch schlechteres Spiel genannt.

Von drei Spielen, die bisher bestritten wurden, zwei miserable. Und das Versprechen, im Finale gegen Belgien würde alles ganz anders — aber da ist ja eigentlich auch der Druck des Gewinnmüssens da.

Man fragt sich als begeisterter Anhänger des Fußballsports, was eigentlich los ist. Muß denn das so sein, daß bei solchen Turnieren immer nur Außenseiter gute Leistungen bringen? Denn zweifellos haben dieses Mal die Spiele der Spanier und Belgier eine Bereicherung des Turniers dargestellt.

Aber dies ist ja eine Entwicklung, wie seit der Weltmeisterschaft von 1970 in Mexiko und der Europameisterschaft von 1972 in Belgien zu sehen war. Der sportbegeisterte Leser mag sich an die Spiele der bundesdeutschen Mannschaft bei der Weltmeisterschaft 1970 im Viertelfinale gegen England oder gar im Halbfinale gegen Italien erinnern — auch das waren Spiele unter Druck siegen zu müssen. Damals hieß es sogar: einmal verloren und schon draußen. Trotzdem waren das Spiele, an die man sich nach zehn Jahren noch erinnert, gerne erinnert. Oder auch bei der Europameisterschaft von 1972, als es nur Halbfinale und Endspiel gab. Heute noch schwärmt das sportinteressierte Publikum zum Beispiel von Netzers Sturmläufen damals. Aber was blieb eigentlich von der gewonnenen Weltmeisterschaft 1974 an Erinnerungen übrig, außer einer glücklichen Wasser-schlacht gegen Polen? Die Europameisterschaft 1976 war da nochmal eine gewisse Ausnahme, aber schon bei der WM 78 traf das oben Gesagte noch stärker zu. Da waren es wiederum die Außenseiter wie Peru, die dem Turnier eine gewisse Farbe gaben. Da waren eine spielfreudige italienische und eine gute französische Mannschaft.

Nun ist es nur normal und natürlich, daß es im Fußball beim Publikum keine Neutralität gibt. So ist es auch in jeder anderen Sportart. Natürlich wünscht man sich, die bundesdeutsche Mannschaft siegen zu sehen, ist es doch die Mannschaft des Verbandes, in dem man vielleicht selbst aktiv war, in der Spieler aus der eigenen Stadt stehen. Aber trotzdem gibt es zwischen Begeisterung, zwischen Anhängerschaft, zwischen „Dafürsein“ und dem blinden Fanatismus eine klare Grenze. Und gerade diese Grenze wird durch die zunehmende nationalistische Propaganda verwischt. Da schreibt die BILD-Zeitung nach dem miesen Tschechenspiel: „1:0: Hurra!“, wo jeder normale Fußballanhänger sich sagte: „Um Gottes Willen.“

Da werden Emotionen hochgepeitscht und dann verurteilt man es heuchlerisch, wenn sie sich in den Stadien entladen. Da wird ein besinnungsloser Starkult entfacht, werden junge Spieler nach einigen guten Spielen zum allerneuesten Star gestempelt, und man wundert

sich, wenn sie Allüren bekommen. Und das Ergebnis auf dem Spielfeld ist dann: sich ja nur nicht blamieren, um keinen Preis verlieren, Defensive total, Fußball abgeschmackt.

So geht die Tendenz zu immer weniger Stürmern. Als Brasilien 1958 mit vier Stürmern Weltmeister wurde, stellten alle auf dieses System um. Dann waren es nur noch drei, und die skandalösesten westdeutschen Spiele waren jene mit zwei Stürmern. Nur ja nicht verlieren, ist in Wirklichkeit die Hauptdevise. Zuviel Renommee steht auf dem Spiel. Das ist nicht einmal unmittelbar die Siegesprämie — die ist bei heutigen westdeutschen und westeuropäischen Gehältern im Fußball gar nicht mehr so bedeutend. Aber das Abschneiden entscheidet über Marktwert und Stellung im Starrummel.

Deshalb wundert es nicht, daß es einige jüngere Spieler sind, die mit großen Leistungen auftrumpfen. Es seien dafür nur der Spanier Zamora oder der Deutsche Schuster genannt.

Fußball lebt von Toren. Nicht einmal zwei Tore pro Spiel — da braucht man sich nicht zu wundern, wenn nur noch die Spiele der eigenen Mannschaft angeschaut werden. Sehr verständlich, daß man sich als Ausländer die zwei Gruppenspiele der Bundesdeutschen gegen Griechenland und die CSSR nicht anschauen mochte, denn man weiß ja, was da kommt.

In diesem Rummel liegt auch der Grund für Rowdies, die in den Stadien auftreten. Der äußerst brutale Polizeieinsatz, ein Stadion von Tränengas durchzogen, war nur eine Demonstration dafür, daß die Zuschauer gefälligst so zu funktionieren haben, wie es eingeplant ist. Knüppel und erst recht Gas treffen bei solchen Gelegenheiten die Falschen.

Wer sagt, dies alles liege nur am Profifußball, der macht es sich zu einfach. Profis waren auch die Akteure der großen Spiele von vor zehn Jahren. Gute Spieler gibt es heute auch, da braucht man nicht auf das gottbegnadete Talent zu warten. Es sind die Spielsysteme, die sich dem Rummel anpassen, die keine Entfaltungsmöglichkeiten mehr bieten. Von dieser Europameisterschaft jedenfalls wird man später, unabhängig vom Sieger, höchstens noch wissen, daß es sie gab, und daß sie traurig war.

—hrw—

Ba-Wü-Landräte in Fernost

SPESENKRITTER

Diesmal brachte nicht die Sonne, sondern eine Bombe es an den Tag. Und was da an den Tag gebracht wurde, schlug wiederum wie eine Bombe ein.

Als auf der Terasse des Hauses des Esslinger Landrats Hans-Peter Braun eine Bombe explodierte, rührte sich nichts, denn der Hausherr war nicht anwesend, und er war zunächst auch nicht auffindbar. Und erst Nachforschungen ergaben, daß er sich gerade im Fernen Osten auf einer Reise befand. Und damit kam die Lawine ins Rollen.

Es stellte sich heraus, daß Braun mit fast allen Landräten aus dem Württembergischen auf Reisen war. Sie befanden sich auf einer sogenannten Fachstudienreise des württembergischen Sparkassen- und Giroverbandes, die einer bemerkenswerten Nebenbeschäftigung der Landräte Rechnung trugen: Sie sind kraft ihres Amtes Verwaltungsratsvorsitzende der Sparkassen, für die der Landkreis haftet. Außer den Landräten beteiligten sich auch andere Verwaltungsratsmitglieder sowie Mitglieder der Vorstände an der Fernost-Exkursion.

Auf den Sinn der Reise angesprochen, erklärten ihn Vertreter des Sparkassen- und Giroverbandes „für ganz dringend notwendig“. Es würden Kontakte mit Banken, Firmen und Verbänden geknüpft, der Ablauf im Bankenwesen von Japan, Hongkong und Singapur studiert und die Möglichkeiten von Kreditgeschäften erörtert.

In Wirklichkeit wurde nur

wenig Zeit verwendet, um unter anderem zwei Industriegiganten zu besichtigen, für welche die württembergischen Bankenzweige kaum ernsthafte Partner darstellen können. Gut zwei Drittel des gesamten Aufenthaltes in Ostasien widmeten sich die schwäbischen Honoratioren einem „touristischen Herrenprogramm“. Dazu zählte die abendliche Rundfahrt durch den sündhaft teuren Ginsai-Distrikt in Tokio ebenso wie die Tanzaufführungen in Kyoto. Einmal fand vier Tage hintereinander nichts anderes als Tourismus statt. Wie zur Entschuldigung bemerkte das Programm über einen der Tage: „Amtlicher Feiertag (Geburstag der Königin von England); Banken, auch öffentliche Gebäude der Verwaltung sind geschlossen — Insel-Tour.“

Ihre exotischen Puff-Abenteuer brachten die schwäbischen Volkstribüne praktisch nicht selbst zu bezahlen. Die Sparkassen, die der Rechtsaufsicht des Innenministeriums unterstehen, übernahmen von 8000 Mark Kosten pro Person 6000 Mark.

Und in Baden-Württemberg standen schon die nächsten Herren für einen neuen Ostasien-Trip bereit: Die Reise sollte für jene Landräte und Vorstandsmitglieder wiederholt werden, die diesmal nicht hatten mitfliegen können. Doch aus der zweiten Reise wurde nichts. Auf der Terasse des abwesenden Landrats Braun explodierte eine Bombe...

Schon gewußt?

Klassenkampf schafft Arbeitsplätze

Wand-schmierereien

von Fassaden, Beton, Glas entfernt

Wilhelm Ay

Malerbetrieb

7800 Frbg., Hildastr. 15, Tel. 07 61 / 7 16 23.

Aus: „Badische Zeitung“ (Freiburg) vom 16. 6. 80

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALE KOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei, Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do, Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausenstr., Tel.: 0231/83 23 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 74, Tel.: 0203/44 30 14

6000 FRANKFURT (Bockenheimer), Kontaktmöglichkeit zur Partei, Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 5, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 9-12 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkscurve“, Goethestraße 25 b (Nahe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/84 84 08.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0471/56 72 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesegruppe „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Mi, Fr 17-18.30 Uhr.

6000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/26 07 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 10-13 Uhr.



Samstag, 28. Juni, 19.30 Uhr, ZDF

Direkt. — In dieser Folge befaßt sich das Jugendmagazin mit der Jugendkriminalität. Der Film schildert, wie es dazu kommt, daß Jugendliche abrutschen. In Gesprächen und Szenen legen Jugendliche offen, wie es dazu kam, daß sie straffällig wurden.

Montag, 30. Juni, 20.15 Uhr, WDR III

Auschwitz — Ein Opfer kehrt zurück. — Dokumentation von Peter Morley und Michael Deakin. — Eine Jüdin zeigt ihrem Sohn David die Stationen ihrer Vergangenheit. Kitty Hart, 1926 in Polen geboren, erlebte vom April 1943 bis zur Befreiung 1945 in Auschwitz die KZ-Haft.

Montag, 30. Juni, 20.20 Uhr, Südwest III

Musik zu zweien. — Ein Stück von und mit Karl Valentin und Liesl Karlstadt.

Montag, 30. Juni, 23.00 Uhr, ARD

Citizen Kane. — Amerikanischer Spielfilm von 1941. Regie: Orson Welles. — In seinem Schloß Xanadu stirbt Charles Foster Kane, Kunstsammler und einstiger Zeitungskönig von Amerika. Ein Journalist sucht die Menschen auf, die in Kanes Leben eine Rolle spielten. Aus ihren Erzählungen formt sich ein Bild Kanes, das zugleich ein Bild der amerikanischen Zustände ist.

Mittwoch, 2. Juli, 21.55 Uhr, ARD

Der weiße Elefant. — Reportage über den Cabora-Bassa-Staudamm in Mosambik. Von Wolfgang Weber und Madeleine Beck.

Mittwoch, 2. Juli, 22.50 Uhr, ZDF

Das Brot des Bäckers. — In dem Fernsehspiel von Erwin Keusch wird versucht, die Lebens- und Arbeitssituation eines Bäckers sowie die Veränderungen im Backgewerbe realistisch darzustellen.

Donnerstag, 3. Juli, 22.05 Uhr, ZDF

Nachforschungen über die Edelweißpiraten. — Dokumentation von Dietrich Schubert. — Am 10. November 1944 wurden in Köln Ehrenfeld, Ecke Schönstein-/Hüttenstraße dreizehn jugendliche Widerstandskämpfer hingerichtet: Edelweißpiraten. Die Bevölkerung wurde gezwungen zuzuschauen.